

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis halbjährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-Verzeichnisse für 1902 unter Nr. 7878. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich, Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Postfations-Gebühr
 beträgt für die sechsgeheften Monatshefte oder deren Raum 40 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 5 Uhr nachmittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 30. Oktober 1902.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
 Verantwortlicher: Amt IV, Nr. 1984.

Socialpolitik und Verwaltungswissenschaft.

Unser Programm bezeichnet die Eroberung der politischen Gewalt als die Aufgabe der Arbeiterklasse. In dem gleichen Maße, in dem sich im Proletariat die Kraft zur Lösung dieser Aufgabe entwickelt, steigt auch in ihm die Fähigkeit, den Besitz der politischen Gewalt im eigenen Interesse nutzbar zu machen und jene Umgestaltung der Verhältnisse herbeizuführen, die das Endziel unserer Bewegung bildet. In nicht geringem Grade ist darum die sociale Frage ein Verwaltungsproblem in des Wortes bester und höchster Bedeutung. Aber auch heute schon drängen Probleme der Verwaltung von allen Seiten auf die Arbeiterklasse ein: sei es durch Schaffung von Organisationen, deren Verwaltung von ihr allein oder unter ihrer Mithilfe geführt wird, sei es, daß es sich bloß um die Kritik der amtlichen Thätigkeit handelt, soweit sie als Wirkung oder Ursache mit den socialen Verhältnissen unserer Zeit im Zusammenhang steht. Aus diesen Gründen darf ein neues Wort des bekannten Berliner Privatdozenten Dr. J. Jastrow über „Socialpolitik und Verwaltungswissenschaft“, dessen erster Band soeben im Verlag von Georg Reimer in Berlin erschienen ist, das Interesse der Arbeiterklasse in hohem Grade für sich in Anspruch nehmen.

Der erste Band behandelt nicht nur mit umfassender Sachkenntnis Einzelprobleme, die das Interesse der Arbeiterklasse direkt berühren, und auf dessen Behandlung durch den Verfasser noch näher zurückgekommen werden soll, sondern er legt sich auch in seinem ersten Teile, von allgemeinen Gesichtspunkten ausgehend, über den Zusammenhang zwischen Socialpolitik und Verwaltungswissenschaft grundsätzlich auseinander.

Mit Recht weist Jastrow den Gedanken zurück, die Socialpolitik sei als ein neuer besonderer Zweig der staatlichen Thätigkeit aufzufassen. Die berühmte kaiserliche Vorlesung vom Jahre 1881 beweist hinlänglich, wohin diese Auffassung geführt hat. Ihr erschien die Arbeiterverwaltung als das eigentliche Wesen der gesamten Socialpolitik, und diese war ihr wiederum nichts anderes als eine ihr zweckmäßig erscheinende positive Maßregel zur Bekämpfung des „inneren Feindes“. Die „Repression der socialdemokratischen Ausbreitungen“, der Schutz von Thron und Altar erschien ihr als der eigentliche Kern aller Socialpolitik.

Im Gegensatz zu dieser beschränkten Auffassung will Jastrow in der Socialpolitik nichts anderes erkennen, als die Politik, aufgefaßt unter socialen Gesichtspunkte. Sie bildet demnach keinen besonderen Zweig der Verwaltungswissenschaft, sondern ist derselben, alle ihre Zweige gleichmäßig mit neuen Säften zu durchdringen. Als „social“ erkennt Jastrow jene Anschauung, die auf wirtschaftlichem Gebiete nicht nur die objektive Vermehrung des Wohlstandes, sondern auch seine Verteilung unter die verschiedenen Klassen der Bevölkerung betrachtet. Als ganz einwandfrei wird diese Definition nicht gelten dürfen: denn dann würde ja auch die Politik der besitzenden Klassen, soweit sie bewußt eine Verteilung des Wohlstandes zu ihren Gunsten anstrebt, als Socialpolitik betrachtet werden müssen. In Wirklichkeit aber ist Socialpolitik doch nur jene Politik, die die Verteilung des Wohlstandes vom Interessensstandpunkte der Besitzlosen aus betrachtet. So ganz scharf spricht Jastrow das nicht aus, aber er sagt es doch ungefähr, wenn er hinzusetzt:

„Endlich tritt in unsrer Zeit der Gegensatz noch nach einer andern Richtung in die Erscheinung, indem die Arbeiterklasse, welche die energische Verfechterin der socialen Anschauungsweise zu Gunsten der Arbeiterklasse, im Gegensatz zur Bourgeoisie aufgetreten ist.“

Die Arbeiterklasse ist nicht bloß die energische Verfechterin der socialen Anschauungsweise, sondern ihre eigentliche Trägerin. Und die gesamte Socialpolitik hat ihre Hauptquelle nicht im idealen Drange nach wissenschaftlicher Erkenntnis, sondern vielmehr darin, daß die Arbeiterklasse die Erkenntnis ihrer realen Interessen gewonnen hat. Eine kurze Beweiskette muß von diesem Standpunkte aus zu der Anschauung führen, daß jede Socialpolitik zum letzten Ende socialistische Politik sein muß.

Wiewohl Jastrow dieses letzte Wort nicht ausspricht, das die Socialpolitik als Streitobjekt mitten in den Klassenkampf stellt, so kann er sich den Thatfachen dieses Kampfes nicht annehmen. Sehr richtig bemerkt er:

„Jede Verwaltung ist beherrscht von den socialen Anschauungen der Gesellschaftsklassen, und der ihre leitenden Kräfte hervorgegangen sind und täglich neu hervorgehen.“

Der Einfluß der Socialpolitik zeigt sich nun nach Jastrow darin, daß dieser Gesellschaftsklasse die Einseitigkeit der eignen Anschauung zum Bewußtsein kommt und neben den Interessen der herrschenden Klasse die der andern zur Berücksichtigung sich melden. Das ist wiederum sehr richtig, wenn man hinzusetzt, daß diese Meldung der andern Klassen zur Berücksichtigung nicht durch die beschriebene Abgabe einer Visitenkarte geschieht, sondern sich nur dann Gehör verschafft, wenn sie von einer ansehnlichen Macht getragen wird. Jastrow geht wieder von der Voraussetzung aus, daß wohl die Arbeiterklasse ihr Interesse bewußt vertritt, daß aber die Abwehr der herrschenden Gesellschaftsklasse von der Socialpolitik auf den Druck und bewußter Einseitigkeit zurückzuführen sei. Dieser Druck weiche nur „der bewußten Betrachtung der Wirkungen auf alle socialen Klassen“. Der Lohn dieser Umdeutung, die „nicht ohne große geistige Anstrengung und auch nicht ganz ohne geistige Erschütterungen“ vor sich gehe, sei „die Erweiterung des geistigen Gesichtskreises, ja eine unendliche Verherrlichung des Weltbildes“.

Destwegen will Jastrow die Bedeutung der Socialdemokratie nicht unterschätzen; nur preist er sie mehr als eine Quelle der Erkenntnis, denn als eine selbstschöpferische Macht. Von ihr schreibt er:

„Je mehr eine Partei sich von der Rücksichtnahme auf das Bestehende löst, um frei erfaltet, Zukunftspläne zum Ausdruck zu bringen, je rücksichtsloser und lauter ihre Sprache ertönt, desto leichter ist es, aus ihren Lebensäußerungen zu erkennen, nach welcher Richtung hin die Wünsche einer Bevölkerungsschicht liegen. Daraus beruht die Bedeutung einer radicalen Partei in unsrer Zeit. Sie leistet gewissermaßen die Dienste eines socialen Mikroskops. So erklärt sich auch der ungeheure Einfluß, den die Socialdemokratie auf alle Socialpolitiker und Verwaltungsmänner unsrer Zeit geübt hat. Vergleiche man den Ideenschatz der Verwaltungsmänner von heute und vor dreißig Jahren, so sind in dem Gedankeninventar deutlich die Plätze zu bezeichnen, die auf diese Art ihre Fällung erhalten haben.“

Man wird sich dieses Zeugnis, das ein unparteiischer Gelehrter der Socialdemokratie ausstößt, merken müssen, auch dann, wenn man nicht bereit ist, es vorbehaltlos zu unterschreiben. Die Art, wie in Preußen-Deutschland verwaltet und Socialpolitik betrieben wird, kann und nicht davon überzeugen, daß der Einfluß der Socialdemokratie thatsächlich jetzt schon ein so ungeheurer wäre. Insofern hat Jastrow allerdings recht, daß der Ideenschatz der Verwaltungsmänner und der ganzen Welt durch das Vorbringen der socialistischen Weltanschauung um ungeheures bereichert worden ist. Aber zwischen der gewonnenen theoretischen Erkenntnis und ihrer praktischen Anwendung läßt ein gewaltiges Defizit, das unauflösbar bleibt, wenn nur der Grad der Erkenntnis, nicht der Stand des Interessenskampfes auch den Grad bestimmte, bis zu welchem die Verwaltung von socialpolitischen Anschauungen durchdrungen sein kann.

Ganz kann sich auch Jastrow dieser Erkenntnis nicht verschließen, denn er meint:

„Wenn ein Socialpolitischer Wahrgelahrte die Arbeiter verlangt, sich aber um den Ausbau des Staates im ganzen nicht kümmert, von dem es schließlich abhängt, ob in die Kammer, in die Parlamente, in die Gemeindeversammlungen Vertreter ihrer Interessen hineinkommen, so würde er einem Baumeister gleichen, der einen prächtigen Aussichtsturm errichtet, aber die Frage, ob durch den umliegenden Sumpf ein Weg zu bahnen sei, als nicht zu seiner Aufgabe gehörig betrachtet. Ueber Kammerbesetzung und Wahlrecht sind, rein wissenschaftlich angesehen, sehr verschiedene, mehr aristokratische oder mehr demokratische Meinungen möglich. Auch innerhalb der Socialpolitik als Wissenschaft sind hierüber alle erdenklichen verschiedenen Ansichten zulässig.“

Nach allem, was Jastrow sonst gesagt hat, ist es freilich ein wenig dunkel, wie eine aristokratische Verfassung den Weg zum „Aussichtsturm“ bahnen könnte. Wenn die Arbeiterklasse die entscheidendsten Verfechterin der socialen Anschauungsweise ist, dann wird das Durchdringen dieser Anschauungsweise in denselben Maße ermöglicht, in dem der Einfluß der Arbeiterklasse auf die Verwaltung wächst. Und damit ist alle Socialpolitik zum letzten Ende nicht bloß socialistische, sondern auch demokratische Politik.

Wenn sich nur auch durch den Idealismus seiner Betrachtungsweise die klaren Linien seiner Darstellung hier und da ein wenig verwischen mögen, so darf der großzügige Versuch Jastrows, zu einem System der Verwaltungswissenschaft vom Standpunkte der Socialpolitik aus Bausteine zu liefern — er selbst hat diesen bescheidenen Ausdruck gewählt — von der Arbeiterklasse mit großem Interesse verfolgt werden. Die fesselnde Form, in der er seine scheinbar trockene Materie behandelt, kommt diesem Interesse ein gut Stück des Weges entgegen.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 29. Oktober.

Reichstag.

Die Zollparteien scheinen das parlamentarische Leben durch eine neue Einrichtung bereichern zu wollen: sie seien Abstimmungstage an, an denen sie kraft ihrer Majorität möglichst viel Dinge, wie Singer treffend es nannte, „im Ramisch“ zu erledigen suchen. Die Debatte über die Viehzölle war am Mittwoch durchaus nicht erschöpft, um so weniger, als ja auch hier wieder eine Reihe Positionen zusammengefaßt waren, und wichtige Fragen, wie etwa die Erleichterung der Fleischverforgung für die Grenzbevölkerung, noch gar nicht besprochen waren. In sachlichen Auseinandersetzungen aber hat die ungeduldige Mehrheit, die an solchen Tagen mit der Zeit gehen muß, keine Lust, und so stellte sich denn sofort nach einer Rede des freisinnigen Abgeordneten Müller-Reinigen gegen die Viehzölle mit unverkümmerter Pünktlichkeit der übliche Schlußantrag der Firma Reichig u. Co. ein.

Unser Fraktion erwiderte diesen Erdrosselungsversuch sofort mit dem Verlangen nach einer namentlichen Abstimmung. Man billigt darf der Mehrheit die Schlammhülle nicht zu stehen kommen. Der Schlußantrag wurde natürlich angenommen. Er unterdrückte leider auch eine gewiß recht interessante Rede des kochener Centrums-Abgeordneten Sittart, der so nur in einer Geschäftsordnungsrede andeuten konnte, weshalb er aus einem Freunde ein Gegner der Viehzölle geworden sei. Er schreibt Herrn v. Bobielski dies Verdienst zu; aber die Stimmung der Wählerklasse seines Reiches, die unter der ängstlichen Fleischerzeugung leiden muß, wird zu dieser späten und unvollständigen Belehrung wohl auch etwas beigetragen haben.

Drei weitere Stunden wählten fünf namentliche Abstimmungen über die Vieh- und Fleischzölle gewidmet werden. Das Ergebnis

war überall die Annahme der Kommissionsbeschlässe mit ihren für die Regierung unannehmbaren Minimalzöllen. Die Abstimmungsziffer stieg bis auf 301, das Verhältnis von Majorität und Minorität war ungefähr dasselbe wie bei den Kornzöllen. Wieder fanden sich fünf nationalliberale Agrarier, die auf Parteitag- und Fraktionsbeschlüsse pflügen, wieder zeigte sich ein kleines Häuflein Ultramontaner, die unter Vorantritt Müllers (Zulda) bei der Abstimmung über die Viehzölle von vornherein auf die Regierungseite fielen. Auch für unsern Antrag auf Erleichterung in der Fleischverforgung für die Grenzbevölkerung stimmten die beiden oberösterreichischen Centrums-Abgeordneten Petzcha und Graf Vellestrein.

Es war fast 5 Uhr geworden, die herkömmliche Zeit für den Sitzungsschluß, als die namentlichen Abstimmungen beendet waren. Zur Ueberschau für die Einsicht schlug Graf Vellestrein jetzt vor, in die Erledigung der noch ausstehenden Minimalzollanträge der Bündler einzutreten. Dieser Vorschlag entsetzte eine ebenso ausgedehnte wie erregte Geschäftsordnungsdebatte. Demnach zwei Stunden dauerte der Kampf, den die Rechte in ihrer Manier mit lärmenden Unterbrechungen und lauter Unruhe begleitete. Es mußte wie eine Ueberstürzung erscheinen, über eine Reihe wichtiger Positionen, die der Präsident zusammenzufassen vorge schlagen hatte, ohne Vorbereitung zu diskutieren. Singer stellte deshalb einen Vertagungsantrag. Auch blieb zuerst willkürlich, ob der Präsident bei seinem Vorschlag, eine Reihe Positionen von höchst zweifelhafter Zusammengehörigkeit gemeinschaftlich zu beraten, nur die Positionen des Wangenheimischen Antrags über die Viehzölle oder auch die dazugehörigen Positionen des Maximaltarifs gemeint hatte. Erst allmählich stellte es sich heraus, daß Graf Vellestrein nur den Wangenheimischen Antrag im Auge hatte. Rechte und Centrum suchten durch Schweigen die Geschäftsordnungsdebatte abzukürzen. Auch die Bündler ließen es sich schweigend gefallen, als Stadthagen sie wegen der Unvollständigkeit ihrer Anträge verhöhnte. Schließlich wurde unser Vertagungsantrag in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Zu einer Verhandlung der Wangenheimischen Anträge kam es aber nicht. Das Centrum hatte eine neue Ueberlegung vorträg. Herr Herold stellte den Antrag, über sämtliche Wangenheimischen Anträge auf Einstellung von Mindestzöllen bei den Gartenerzeugnissen zur einfachen Tagesordnung überzugehen. Er begründete den Antrag mit der Aussichtslosigkeit und der Ueberflüssigkeit der überzöhlnerischen Wünsche. Herr Schahn sprach kurz gegen den Antrag. Nur scheinbar war das Centrumsmanöver ein schwerer Schlag gegen die Bündler. In Wahrheit sind die Bündler zufrieden, daß ihnen die unangenehme Aufgabe erspart blieb, den Fortgang der Verhandlungen durch ihre Ueberzoll-Anträge beträchtlich zu verhindern. Der Antrag Herold wurde angenommen. Für ihn stimmten außer dem Centrum und den Nationalliberalen auch der größte Teil der Konservativen und der Reichspartei. Der Rückzug der Agrarier auf die Pälowsche Mittellinie wird immer deutlicher. Den Rückzug deckte mit seinem Häuflein auch Eugen Richter. Im Gegensatz zu unsren Genossen und der Partihchen Gruppe trug er zur Verewaltung einer Minderheit und wiederum zur Abkürzung der Verhandlungen nach besten Kräften bei.

Am Donnerstag wird die Beratung fortgesetzt. Sie beginnt mit einer namentlichen Abstimmung.

Gegen die Geschäftsordnung des Reichstags sollen, wie eine parlamentarische Korrespondenz berichtet, Verhandlungen innerhalb der Centrumsfraktion gepflogen worden sein. Hierbei seien auch die Gesichtspunkte, von denen eine solche „Reform“ auszugehen hätte, in Erwägung gezogen worden; so wolle man u. a. die Zulässigkeit von namentlichen Abstimmungen in gewissen Grade einschränken. Vorläufig seien nur unverbindliche Wünsche ausgesprochen worden.

Bei diesen unverbindlichen Wünschen wird es erst auch bleiben, wenn nicht das Centrum einen parlamentarischen Streit herausbeschwören will, der nur ihm selbst eine vernichtende Niederlage bereiten wird.

Wasser als Wasser. Einer parlamentarischen Korrespondenz zufolge fiel es in den Wandelgängen des Reichstags sehr auf, daß verschiedene Vertreter der verbündeten Regierungen eingehende Besprechungen mit maßgebenden Führern einzelner Fraktionen über die Posttariffrage abhielten; namentlich sei Handelsminister Müller in dieser Richtung thätig gewesen.

Die elende Flottenpolitik. Die „Germania“ erwidert von neuem auf den Versuch der „Deutschen Tagesztg.“, ihre Bündler von dem Vorwurf des Dr. Heim zu reinigen, daß aus ihren Reihen bei Dr. Heim ein Belämpfung der „elenden Flottenpolitik“ erfolgt worden sei. Die „Germania“ erklärt nun:

„Der Brief rührt von einem Herrn Her, welcher nicht nur Mitglied des Bundes ist, sondern besonders als publicistischer Vertreter und „Scharfmaoer“ der Zeitung des Bundes der Landwirte sehr nahe steht.“

Das ist deutlich genug. Herr Klapper war also offenbar der Unvorsichtige, der die bündlerische Flottenclique allzu offen ausplauderte.

Die Landratsbescheidung in Grimmen durch das auf einem Kaisergeburtstag-Kommers vorgetragene belauzte Scherzgedicht ist gebührend geahndet worden: Der „Dichter“ hat einen Monat Gefängnis erhalten und der Gutbesitzer v. Wendowitz wurde zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt, der für die angeklagte Landratsbescheidung ein besonders feines Empfinden besaß, hatte gegen die Hauptverbrecher 4 und 8 Monate Gefängnis beantragt, er wollte sogar den Drucker und einen Verteiler des „Liedes“ zu hoher Geldstrafe verurteilt wissen.

Der Prozeß hat eine ganze Reihe von Curiosa zu Tage gefördert. So war in der Anklageschrift dem Gutbesitzer Bachz, der übrigens nicht liberal gewähnt hat, sein „Schmarnlein“ während des Vortrages des Gedichtes zur Last gelegt worden. Ferner

*) Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis. Gewerbegerichte und Einigungsämter.

hat ein Polizeidiener, der als Aufpasser zu dem Kommerzgeschick worden war, vom Bürgermeister und Landrat einen Hüffel erhalten, weil er über das Landratslied „gelächelt“ hatte! Im übrigen wurde durch den Vorzug festgestellt, daß ein Hotel am liebsten boykottiert worden ist, nur weil der Landrat sich einbildete, daß die Freisinnigen, die in dem Lokal Versammlungen abhielten, mit der Sozialdemokratie fraternisiert hätten, wofür nach dem Zugeständnis des Staatsanwalts nicht der geringste Beweis vorlag. Man kann danach die wirtschaftlichen Schädigungen ermessen, die amtliche Organe solchen Wirten bereiten, die sogar Sozialdemokraten ihr Lokal zur Verfügung stellen! —

Ultramontane Wahlforgen. In einem Artikel „Wie steht es mit der Wahlorganisation“ schreibt die „Kölnische Volkszeitung“: „Ein wichtiger Gesichtspunkt ist namentlich die ausreichende Vertretung der arbeitenden Klassen im Komitee. Dagegen wird vielfach von den bisherigen Führern und ihren engeren Freunden geltend gemacht, daß der vergrößerte Apparat schwerfällig werde, daß man Reibungen verhüten müsse, daß die Interessen der Arbeiter und kleinen Leute auch von dem bisherigen Komitee genügend vertreten worden seien usw. Daran mag viel Wahres sein — man darf aber doch den Zug der Zeit nicht missachten. Die Leute sind nicht zufrieden damit, daß für sie etwas geschieht, sondern es soll mit ihnen geschehen. Die Umständlichkeiten, welche durch die Erweiterung der Wahlkomitees herbeigeführt werden können, sind ein viel kleineres Uebel als die Verhinderung, die durch den Ausschluß herbeigeführt wird. Die Wahlkomitees müssen mit einem großen Tropfen demokratischen Deles gefolgt sein.“

Das Geständnis der „Köln. Volksztg.“, daß die Beteiligung der Arbeiter an den Wahlkomitees auf jeden Fall als „Uebel“ empfunden wird, sollte den katholischen Arbeitern zu denken geben. Den unangenehmen „Zug der Zeit“ wird das Centrum bald wohl noch peinlicher empfinden. —

Zum nationalliberalen Kurs nach links. Im Wahlkreis Dithmarschen haben die Nationalliberalen beschlossen, an Stelle des ihrer Partei angehörigen Kahlke, der eine Wiederwahl ablehnte, den freikonservativen Landtags-Abgeordneten Engelbrecht-Oberndorf aufzustellen. Dieser Kandidat ist Mitglied des Bundes der Landwirte! —

Zur Festsetzung des Redakteurs Hoffmann wird noch gemeldet: Hoffmann war zu acht Wochen Gefängnis wegen Verleumdung durch die Presse verurteilt worden. Er hatte nur noch acht Tage seiner Strafe zu verbüßen und besand sich also noch in Haft. Es ist in Rottow selbst nicht gescheit worden, sondern auf dem Bahnhof Weuthen. Uebrigens ist er nicht mit einem bereits Abgeurteilten, sondern mit einem unter der Anklage wegen Sittlichkeitsverbrechens in Untersuchungshaft befindlichen Gefangenen zusammengeschlossen worden. Der schmachvolle Akt der Festsetzung erfolgte also, ohne daß auch nur der Schimmer eines Fingerverdachts vorliegen konnte! —

Herr Krupp auf Capri. Der deutsche Kronenprinz, dem seine Unternehmerrintelligenz jährlich ein Einkommen von einigen 20 Millionen abwirft, hat sich auf Capri eine Villa gebaut, wo er sich von den Anstrengungen seines Berufs ausruht. Herr Krupp ist bei der Capri-Verweilung so sehr beliebt, daß sogar eine öffentliche Straße nach ihm benannt ist.

Jetzt geht nun durch die italienische Presse die sonderbare Nachricht, die deutsche Regierung habe so heftige Sehnsucht nach ihrem Krupp empfunden, daß sie ihn bestimmt habe, Capri für immer zu verlassen, nach der deutschen Heimat zurückzukehren und in der Villa Hügel sein Leben zu fristen.

Der Geheimrechner Krupp ist auch Mitglied des Herrenhauses. Die Geschichte hat wegen der rechtlichen Frage — der merkwürdigen angeblichen PreSSION, Capri zu verlassen — einiges öffentliches Interesse. Und wir machen deshalb die deutsche Regierung auf die Behauptungen der italienischen Presse aufmerksam, um ihr Gelegenheit zu geben, sie richtig zu stellen. —

Landtagswahlen in Hessen.

Wie jetzt wird und durch Privattelegramm über folgende Ergebnisse bei den Wahlmänner-Wahlen berichtet:

In Gießen erhielt der bürgerliche Wahlzettel 688 Stimmen, der sozialdemokratische 334. Unsere Partei hat sich in diesem Kreise zum erstenmal an der Wahl beteiligt.

In Mainz, dessen beide Mandate bisher in unserm Besitz waren, errang die Sozialdemokratie wiederum einen glänzenden Sieg. Wir erhielten 2987 Stimmen, das Centrum 1870, die Liberalen 600. —

In Offenbach siegte die sozialdemokratische Liste mit 400 Stimmen Mehrheit und wegte dadurch die bei der Stadtverordnetenwahl erlittene Schlappe wieder aus.

In Darmstadt und Friedberg siegten die Freisinnigen.

Die Kommission für Kinderschutz

beriet am Mittwoch die Anträge, die seitens unsrer Genossen gestellt waren, weiter. Der nationalliberale Abgeordnete Müller-Kudolstadt bestritt, daß die Glasbläserei vor der Lampe den Kindern schädlich sei. Die Verwendung von Quecksilber biete ebenfalls keine Gefahren für die Kinder und wenn man diesen das Arbeiten bei der Herstellung von Thermometern und Barometern, die mit Quecksilber gefüllt werden, verbiete, könne man doch nicht hindern, daß sie sich im Arbeitsraum, der zugleich Wohnraum ist, aufhalten; falls aber die Verdampfung des Quecksilbers schädigend wirke, würden sie dann ebenfalls geschädigt. Er wisse aber aus Erfahrung, daß von Erkrankungen infolge der Quecksilberarbeit in den Hausindustrien Thüringens nicht die Rede sein könne. Der konservativ Abg. Richter wendete sich gegen die Anträge unsrer Genossen; man dürfe nur tastend und vorsichtig bei diesem neuen Gesetz vorgehen. Abg. Hise (C.) tritt für die meisten Anträge der Sozialdemokraten ein, wendet sich aber gegen die Einbeziehung der Tabakindustrie in dieses Gesetz. Da die Regierung sich versprochen habe, gleich, nachdem das Kinderschutz-Gesetz verabschiedet sei, ein Spezialgesetz über die hausindustrielle Tabakfabrikation zu bringen, müsse man auf dieses Gesetz warten. Wenn folgerichtig das Gegenteil; gerade weil die Regierung erst das Kinderschutz-Gesetz fertig sehen wolle, ehe sie an ein Tabakindustrie-Gesetz gehe, müsse in ersterem deutlich ausgeprochen sein, was die Mehrheit des Reichstages zum Schutze der Kinder in dieser Industrie verlange. Er halte demnach seinen Antrag aufrecht. — Eine längere Debatte entspann sich über den Antrag unsrer Genossen, die Arbeit von Kindern „an Maschinen“ zu verbieten. Abg. Hise meint, da könne schließlich auch die Arbeit an der Schreibmaschine verboten werden. Regierungsrat Caspar verliest die Erklärung, die Professor Reuleaux für den Gesetzentwurf „Maschine“ giebt; danach ist auch eine Bunte, eine Bage als Maschine zu betrachten und einer solch weitgehenden Einschränkung der Kinderarbeit werde die Regierung nicht zustimmen. Wenn ersucht, in der ersten Lesung für seinen Antrag zu stimmen; man könne ja bis zur zweiten Lesung eine bessere Definition suchen; vorläufig schlage er vor, zu setzen: „an Werkstatt-Maschinen“. Da die Unfallverhütungs-Vorschriften für die Hausindustrie nicht verbindlich sind, sei die Gefahr der Beschäftigung der Kinder an Maschinen um so größer. Auch führe unabweislich die Tätigkeit an Spinnmaschinen zu Verkrümmungen des Rückgrats.

Die Abstimmungen begannen beim Verzeichnis der verschiedenen Gruppen von Gewerben angeht, in denen Kinderarbeit verboten ist. Hierzu liegen folgende Anträge unsrer Genossen vor: Anstatt Kalkbrennereien zu setzen: Kalk-

und Gipsbrennereien; wird einstimmig angenommen. Bei Glasbläsereien die Ausnahme für solche, in denen nur vor der Lampe geblasen wird, zu streichen, wird gegen 6 Stimmen (Socialdemokraten, Freisinn, Naab) abgelehnt. Der Antrag Dr. Hise (C.) hinzuzufügen: „Werkstätten der Schmiede und Schlosser“ wird gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Der sozialdemokratische Antrag, die Kinderarbeit in allen Werkstätten, in denen Quecksilber verwendet wird, zu verbieten, wird angenommen, ebenso der sozialdemokratische Antrag, dem Verzeichnis der Verbote hinzuzufügen: „Felleinlagereien, Gerbereien“. Bei der Position des Verzeichnisses betreffend Vorstienindustrie wird dadurch, daß gemäß einem sozialdemokratischen Antrag ein Komma durch einen Punkt ersetzt wird, die Kinderarbeit in Haar- und Vorstienindustrie verboten; der Antrag wird einstimmig angenommen. Dagegen der weitere sozialdemokratische Antrag, die Kinderarbeit in allen Wärsen- und Pinselmachereien zu verbieten, nicht nur in denen, die ausländisches tierisches Material verarbeiten, gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Naabs abgelehnt, ebenso der sozialdemokratische Antrag, die Tabakindustrie in das Verzeichnis der verbotenen Beschäftigungen aufzunehmen.

Bei der Beratung des § 4 (allgemeine Verbote der Kinderbeschäftigung) wird der sozialdemokratische Antrag hinzuzufügen: „an Werkstatt-Maschinen“ mit 9 Stimmen (Socialdemokraten, Centrum und Naab) gegen 7 Stimmen angenommen. — Die Beratung wird Donnerstag fortgesetzt. —

Ausland.

Die schweizerischen Nationalratswahlen.

Zürich, 27. Oktober. (Sig. Ver.)

Der gestrige Wahltag hat leider die erwarteten Erfolge für unsre Partei nicht gebracht. Nur 4, mit Regierungsrat Scherrer in St. Gallen 5 Sozialdemokraten auf 167 Abgeordnete wurden gewählt, 1 mehr als vor 3 Jahren, aber gegenüber einer um 20 größeren Abgeordnetenzahl. Im Züricher Wahlkreis hatte man auf die Wahl dreier Sozialdemokraten gerechnet, es wurden jedoch nur die Genossen Grenzsch und Vogelsanger, die auf den Listen aller drei Parteien standen, gewählt. Die übrigen 5 sozialdemokratischen Kampflandidaten erhielten 7308 bis 9250 Stimmen bei einem absoluten Mehr von 10.946. Der mit der geringsten Stimmenzahl gewählte Bürgerliche erhielt mit 10.449 um 1200 Stimmen mehr als Ernst mit den meisten sozialdemokratischen Stimmen, so daß die Differenz zwischen den Sozialdemokraten und den Bürgerlichen keine große ist und von den neun Stimmern vier unsrer Partei gehörten. Vogelsanger wurde mit 16.038, Grenzsch mit 12.168 Stimmen gewählt. Gegenüber 1899 stieg die Stimmzahl unsrer Partei um 492. Aber es drückt sich darin das Wachstum derselben nicht genügend aus, wie schon daraus erhellt, daß Genosse Ernst im Auserwählten Stadtkreis nur 4648 Stimmen erhielt, während vor zwei Monaten bei den Kantonsratswahlen Erdmann 6318, um 1670 Stimmen mehr erhielt, und doch hatte es sich um einen reinen Parteikampf gehandelt. Allerdings ist auch die Zahl der bürgerlichen Stimmen von 3648 auf 2727 zurückgegangen, so daß demnach gestern eine erheblich schwächere Wahlbeteiligung stattfand als am 31. August. Im zweiten Züricher Wahlkreis erhielt unser Genosse Ernst mit 3431 Stimmen um 708 mehr als 1899. Die bürgerlichen Kampflandidaten erhielten 3347 bis 5464, so daß um den fünften Stimm ein zweiter Kampf stattfinden muß, an dem hoffentlich auch unsre Partei sich beteiligt. Erfreulich ist das Resultat im dritten Züricher (Winterthurer) Kreise, in dem Dr. Studer, der nur auf der sozialdemokratischen Liste stand, mit 7063 Stimmen, allerdings ohne Gegenkandidaten gewählt wurde. Vor 2 Jahren erhielt unsre Partei bei einer Erwahlwahl 5400 Stimmen. Zweifellos sind aber in den 7000 mehrere hundert bürgerliche Stimmen enthalten.

Aus verschiedenen Kreisen, so auch aus dem Genfer, liegen die Stimmzahlen noch nicht vor. In Lausanne ist leider die sozialdemokratische Stimmzahl von 3485 auf 4370 zurückgegangen. In Appenzell hatte Dr. Herz vor 6 Jahren schon 2655 Stimmen erhalten, während diesmal nur 1492 auf ihn fielen. Dagegen stieg unsre Stimmzahl in Solothurn von 2800 auf 3572, in Luzern von 1700 auf 2276, Bern von 2968 auf 4056, Biel von 3467 auf 3718, Burgdorf von 1188 auf 4156, Neuenburg von 2808 auf 4779 Stimmen usw. In den Berner und Burgdorfer Kreisen sind indes auch konservative Stimmen enthalten.

In St. Gallen sieht Brandt mit 4731 gegen 4557 Stimmen in ansichtsloser Stichwahl, es fehlten ihm nur 19 Stimmen zum absoluten Mehr. In Basel stehen die beiden Sozialdemokraten für den zweiten Wahlgang, da interessanterweise hier überhaupt keine der sechs Wahlen zu Stande kam. Leider erhielt unser Kandidat Dr. Brühlstein mit 2598 Stimmen um 118 weniger als 1899. Aufschleger, der zweite Sozialdemokrat Arnold erhielt gar nur 2161 Stimmen. Weitere Stichwahlen finden statt in Neuenburg, Burgdorf, Leysin und wahrscheinlich Genf; es dürften neun Sozialdemokraten in sieben Kreisen in Stichwahl kommen und vielleicht noch der eine oder andre gewählt werden.

In Winterthur ist bei den lokalen Wahlen die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen weiter von 1700 auf 1972 gestiegen, allem die der Gegner stieg in noch höherem Maße, so daß sie siegten. Aber die Bedeutung der von Wahl zu Wahl ansteigenden sozialdemokratischen Stimmzahl wird dadurch nicht abgeschwächt.

Die Ständeratswahlen in den Kantonen Zürich, Basel, Solothurn, Schaffhausen und Appenzell A.-A. vollzogen sich glatt, da nirgends Gegenkandidaten aufgestellt waren.

Das Kirchengesetz ist im Kanton Zürich in der Volksabstimmung mit 28.117 gegen 26.867 Stimmen angenommen, dagegen das Befoldungsgesetz im Kanton Solothurn mit 9143 gegen 8106 Stimmen verworfen worden.

Oesterreich-Ungarn.

Bei den Landgemeinde-Wahlen, die am Dienstag stattfanden, wurden aus der Kurie der Landgemeinden von 21 zu vergebenden Mandaten 20 Christlich-Soziale gewählt; eine Stichwahl ist erforderlich.

Auch im Jahre 1896 war diese Kurie mit ihren 21 Mandaten eine fast unbestrittene Domäne der Christlich-Sozialen. Wenn auch einzelne Landgemeinden Vertreter damals auf das deutsch-nationale Programm gewählt wurden, so geschah das zum Teil mit Hilfe christlich-sozialer Stimmen. Als dann die Trennung zwischen den Christlich-Sozialen und der deutschen Volkspartei eintrat, bekamen sich sechs Abgeordnete der Landgemeinden als Gegner der herrschenden Partei.

Von diesen sechs Abgeordneten sind dem Anschein nach fünf bereits unterlegen. Das gemeinsame Vorgehen der Deutsch-Völkischen, Deutsch-Liberalen, Deutsch-Nationalen und Sozialisten hat den Sieg der Christlich-Sozialen nicht zu verhindern vermocht.

Die liberalen Blätter messen dem in St. Pölten abgehaltenen Lehrtage, auf welchem die Forderung auf neun-jährige Schulpflicht gestellt wurde, die Schuld bei, daß die ländliche Bevölkerung sich vollständig den Liberalen in die Arme geworfen habe. —

Frankreich.

Der Achtstundentag in den Bergwerken. Die Senatskommission, welche den von der Kammer bereits angenommenen Gesetzentwurf betr. die Einführung der achtstündigen Arbeitszeit für Bergleute zu beraten hatte, hat die Beratung beendet; der von der Kammer angenommene Text ist im wesentlichen derselbe geblieben, so daß zu hoffen steht, daß das Gesetz auch im Senat zur Annahme gelangt. —

Belgien.

Abgeordnete der belgischen Grubenarbeiter legen in einer Unterredung mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten diesem die Forderungen der Arbeiter dar und erlauben um Auskunft, was der Minister zu ihm beabsichtige, um den unvermeidlichen Zustand zu verhindern. Sie ersuchten den Minister, unter der Form eines Schiedsspruches, den er den Kohlengruben-Besitzern vorschlagen sollte, zu intervenieren. Der Minister lehnte es entschieden ab, als Schiedsrichter aufzutreten, erklärte sich jedoch bereit, mit Hilfe der Gouverneure der Provinzen und der Grubeningenieure, welche ein Mittel zur Herstellung eines Einvernehmens suchen sollten, als Vermittler zu dienen. —

England.

Die Bewegung gegen die Schulbill wird außerhalb des Parlaments eine immer mächtigere. Am Sonnabend werden die Liberalen im Alexandra-Palast eine große Demonstration veranstalten; die Wickets zu dem 12.000 Sige fessenden Riesenpalast finden reichend Platz.

Das parlamentarische Komitee hat ein Manifest an alle Arbeiter erlassen, in welchem diese aufgefordert werden, bei den nächsten Wahlen nur solchen Kandidaten ihre Stimmen zu geben, welche sich gegen die Schulbill erklären. —

Die Reise Chamberlains und die Voerengenerale. Die amtliche Mitteilung der Reise des Kolonialsekretärs Chamberlain nach Südafrika, so berichtet das „Daily Chronicle“, hat die Voerengenerale veranlaßt, in London zu einer Beratung zusammenzutreten. Chamberlain's Reise macht eine völlige Aenderung des Planes der Voerengenerale nötig. In der Beratung wurde beschlossen, eine schriftliche Darlegung der Wünsche der Voeren aufzustellen, die möglichst Chamberlain von den Generalen persönlich überreicht werden soll, wozu sie eine Unterredung mit ihm nachsuchen wollen. Ferner erwoogen die Voerengenerale die Wahl einer Abordnung, die gleichzeitig mit Chamberlain die Reise durch Südafrika machen soll, um dem Kolonialsekretär ein klares Bild der Lage, wie die Voeren sie betrachten, zu geben. Es wurde angeregt, etwaigenfalls De Wet Botha und Delarex selbst mit dieser Mission zu betrauen. —

Die meisten irischen Abgeordneten haben London verlassen und sich nach ihrer Heimat zurückbegeben, wo sie während der ganzen Dauer der parlamentarischen Session verbleiben, da der weitere Verlauf der Parlamentsverhandlungen für sie kein Interesse mehr hat. —

Schweden.

Opfer der Polizeiwilktir. Am Sonnabend fällt das Mathausgericht zu Stockholm das Urteil über 60 Angeklagte von der Wahlrechts-Demonstration am 20. April, die bekanntlich infolge thörichtester Maßnahmen der Polizei zu einem Kratwall führte. Das Gericht hat sich nicht der Ansicht des öffentlichen Anklägers, der die meisten der Angeklagten wegen Aufsicht der Verleitung zum Aufruhr zu 2 bis 4 Jahren Zwangsarbeit verurteilt wissen wollte, angeschlossen, sondern auf Geldstrafen von 15–105 Kronen erkannt. Nur einer der Angeklagten, der der Polizei gewalttätigen Widerstand geleistet haben soll, wurde zu Gefängnisstrafe und zwar zu einem Monat verurteilt. Drei wurden freigesprochen. Die Geldstrafen, die wegen Aufstaus und Widersehlichkeit verhängt wurden, machen zusammen die Summe von 3270 Kronen aus. Das Gericht erklärte ausdrücklich, daß es nicht der Ansicht sei, irgend einer von den Angeklagten habe mit Absicht oder im Verein mit andern versucht, sich gewalttätig den Organen der öffentlichen Ordnung zu widersetzen; die Störung der öffentlichen Ordnung sei vielmehr infolge des Zusammenbrüchens der großen Volksmassen entstanden. Auch sei nicht nachgewiesen, daß Schaden an Personen oder an Eigentum verursacht worden sei. — In Anbetracht dieses vernünftigen Urteils über die Ursachen der Unordnung erscheinen die Strafen recht hoch. Der moralisch Verurteilte in dem Prozeß ist offenbar die Polizei. —

Amerika.

Amerikanisch-kolumbische Verwickelungen. In Washington wird eine ernstliche Verwicklung zwischen den Vereinigten Staaten und Kolumbia in der Frage der Verhandlungen über den Kanalvertrag auf Grundlage der Spooner-Akte befürchtet. Man ist in Kolumbia nicht nur mit der Summe nicht zufrieden, die an das Land gezahlt werden soll, sondern es wird auch der von den Vereinigten Staaten erhobene Anspruch auf Polizeigewalt auf dem Isthmus mit wachsendem Argwohn betrachtet. Eine Note der kolumbischen Regierung als Antwort auf den Vorschlag der Vereinigten Staaten, in Verhandlungen über den Vertrag einzutreten, ist vor einigen Tagen nach Washington gelangt, wurde der Regierung jedoch bisher noch nicht zugestellt. —

Parlamentarisches.

Petitionskommission. Zwei Petitionen auf Erlaß eines Gesetzes zur Sicherung der Bauforderungen wurden in der gestrigen Sitzung der Regierung als Material überwiesen. — Ein Nachzügler aus dem Petitionsschrank wünschte Deutschland mit der Vermittlerrolle im Boerentriege betraut zu sehen. Die Petition wurde nebst einer Protesteinsgabe gegen die Ausherrungen Chamberlains über die deutsche Kriegsführung 1870/71 für erledigt erklärt. — Ein sächsischer Gewerbetreibender Hirsch-Dunderlicher Richtung verlangte die Errichtung eines Reichs-Arbeitsamtes. Die Thätigkeit desselben war jedoch in so bescheidenen Grenzen gedacht, daß der Regierungskommissar mit Recht erklären konnte, den Wünschen der Petenten sei durch Errichtung der arbeitsstatistischen Abteilung im Reichsamt des Innern seit 1. April im wesentlichen Rechnung getragen worden. — Mehrere Handwerker-lamtern verlangten, in § 100f der Gewerbe-Ordnung solle eine andere Erklärung der Begriffe Handwerksbetrieb und Fabrikbetrieb gegeben werden. Obwohl die Petition mehrere ganz konfuse Vorschläge machte, wollte sie Abg. Jacobköpfer zur Verwirklichung überweisen haben. Nach längerer Debatte, in welcher die Sozialdemokraten und Freisinnigen für bloße Ueberweisung als Material eintraten, wurde mit 9 gegen 8 Stimmen die Entscheidung beschloffen, da Konservative, Centrum und Antisemiten dafür stimmten. — Herr v. Giese in Baden will die Arbeitslosigkeit vermindern durch Kultivierung der Eisel-Moere. Die Kommission konnte sich aus verschiedenen Gründen nicht für das Unternehmen erwidern, zumal es ganz im Rahmen einer preussischen Anlegenheit gedacht war und die Vermutung bestand, Petent erstrebe die künstliche Erwerbung seines Unternehmens durch das Reich. — Recht gut gemeint war die Petition eines Herrn Reumann-Berlin. Er verlangte, die Militärwärter sollten während ihrer vorbereitenden Beschäftigung im Gildweise so auszeichnen bezahlet werden, daß für sie keine Gefahr vorliege, Schulden zu machen. Die Petition wurde für ungeeignet zur Erörterung im Plenum erklärt, da sie kein genügendes Material zur Aenderung der Gesetzgebung enthielt. — Ein energischer Herr Schein wendete in Luz zu sein. Er droht am Schlusse seiner Petition, die schon mehrmals den Reichstag beschäftigt hat, der aber keine Folge gegeben werden konnte, wenn er auch diesmal keinen Erfolg habe, werde er durch ein Hafenschieden das Volk aufrufen, um so zu seinem Rechte zu kommen. Die Kommission wird dem hufarischen Hatendrang nicht hunderlich sein; sie erstrebe auch diese Petition für ungeeignet zur Erörterung im Plenum. —

Partei-Nachrichten.

Der Majestätsbeleidiger.

Am heutigen 30. Oktober öffnet sich die Thüre des Gefängnisses dem Genossen Albert Schmidt aus Magdeburg, nachdem er drei volle Jahre im Kerker zugebracht hat für ein unbedachtes Wort. Am 9. Januar 1899 wurde die Öffentlichkeit in hohe Erregung versetzt durch ein Urteil der Strafkammer beim Landgericht Magdeburg, durch das der Genosse August Müller, Redakteur der „Magdeburger Volksstimme“, wegen Majestätsbeleidigung zu 4 Jahren 1 Monat Gefängnis verurteilt wurde. Das Urteil erregte Aufsehen sowohl wegen der außergewöhnlich hohen Strafe, als auch wegen der begleitenden Umstände. Müller war an der ihm zur Last gelegten That völlig unschuldig; zwei Zeugen bestätigten dies, das Gericht hielt aber ihre bestimmten Aussagen für unglaubwürdig, lehnte die Verurteilung der Zeugen ab und erlachte auf die unerhörte Strafe.

Die Majestätsbeleidigung wurde gefunden in einer kleinen Fabel, die im Sommer 1898 in der „Magdeburger Volksstimme“ erschienen war und vom Gericht auf den Kaiser und den Prinzen Citel Fritz bezogen wurde. Müller befand sich zu dieser Zeit bereits seit zwei Wochen in Ferien in Wernigerode. Zufällig war er am Tage des Erscheinens der fraglichen Nummer der „Volksstimme“ in privaten Angelegenheiten auf einen Tag nach Magdeburg gekommen und auch auf einige Minuten in den Redaktionsräumen gewesen, mit der Herstellung des Blattes hatte er jedoch nicht das geringste zu thun gehabt. Ohne sein Zutun und ohne sein Wissen war fälschlich sein Name als der des Verantwortlichen auf das Blatt gekommen. Die Umstände wurden in der Verhandlung gegen Müller durch diesen und die Zeugen mitgeteilt, ohne daß das Gericht Gewicht darauf legte. Auch das Reichsgericht bestätigte dieses unglaubliche Urteil.

Genosse Albert Schmidt, der die betreffende Nummer der „Volksstimme“ allein redigiert hatte, sah sich deshalb genötigt, sich selbst dem Gericht als Täter zu stellen, zu welchem Zwecke er vom Reichsgericht die Genehmigung zum Verzicht auf seine Immunität erbat und erhielt. Anfangs schien es, als ob Schmidts Selbstbeleidigung dem Genossen Müller nichts nützen sollte. Nicht nur, daß sich die Erhebung der Anklage gegen Schmidt monatelang hinzögerte und Müller indessen in Haft behalten wurde, behandelte die Anklageschrift den Genossen Schmidt nur als Mitthäter.

Am 29. September 1899 endlich fand die Verhandlung gegen Schmidt statt. Sie endete damit, daß Schmidt als Täter zu drei Jahren Gefängnis und zum Verlust seiner Mandate als Reichstags-Abgeordneter und Stadtverordneter verurteilt wurde.

Das Urteil erregte nicht bloß in den Kreisen unserer Partei einen Sturm der Entrüstung; auch die bürgerliche Presse Deutschlands wie des Auslandes übte daran scharfe Kritik. Namentlich die Presse des zivilisierten Auslandes ließ keinen Zweifel darüber, daß es eines Kulturvolkes unwürdig sei, die Presse und die freie Kritik mit solchen unerhörten Mitteln zu knebeln.

Die Parteigenossen sprachen ihr Urteil über dieses „Recht“ dadurch, daß sie Schmidt sofort wieder als Kandidaten für die erledigten Mandate ausstellten. Als Stadtverordneter wurde er auch wiedergewählt, bei der Reichstags-Ergebniswahl unterlag er jedoch dem national-liberalen Plade.

Am 30. Oktober 1899 mußte Schmidt die Strafe antreten und jetzt ist sein „Verbrechen“ gesühnt. Müller wurde bald darauf im Wiedererfassungverfahren freigesprochen.

Das herrschende System hat sich mit diesem Urteil keinen Dienst geleistet. Wie alle Thaten der in Preußen-Deutschland herrschenden politischen Weltwirtschaft, die von der Hand in den Mund lebt, hat das Urteil nur dazu beigetragen, das Volk aufzurütteln und die Einsicht von der Unhaltbarkeit dieses Systems zu erweitern. Der Monarchismus hat durch das Urteil seine Stärkung erfahren; dagegen ist in den letzten drei Jahren gar wieder auf seinen Grundfesten gerüttelt worden von seinen eigenen Interessenten. Und in den weitesten Kreisen der gelehrten Fachmänner gewinnt die Ueberzeugung von der Unhaltbarkeit des Majestätsprozesses immer mehr Boden.

Der „National-Zeitung“ erscheint es zu bescheiden, daß wir von der sozialdemokratischen Hälfte des Schwarzburg-Rudolstädter Landtages nur die Durchsetzung einiger Reformen erwarten. Viel leicht würde eine national-liberale Hälfte des Rudolstädter Landtags die reichsdeutschen Kasernen erobern. Uebrigens mag doch die „National-Ztg.“ abwarten, ob wir nicht noch das neunte von den 16 Mandaten erobern, was nicht so ganz aussichtslos ist. Von 9 unter 16 erwarten wir dann noch etwas mehr; 8 unter 16 können bekanntlich noch nicht positiv beschließen, sondern nur negativ realistische Beschlüsse verhindern.

Postfil und Schulbänke. Zu Pachelitzken im Kreise Hedeburg waren Schulbänke zu machen. Die Arbeit wurde im Wege der Submission an den Tischler Schmeil in Hedeburg vergeben. Bei der Ablieferung der Bänke fragte der Schulvorstand, was Schmeil mit dem Landrat vor habe; er wäre beim Kreis-schulinspektor gewesen; es sollte eine Eingabe bei der Regierung gemacht werden, um eine Beihilfe zu erhalten. Da habe der Kreis-schulinspektor gescholten und gesagt, es gefalle dem Landrat nicht, daß ein Sozialdemokrat die Bänke gemacht hat; er werde entschieden nicht beifürworten, daß der Schulsozialist eine Beihilfe von der Regierung gezahlt wird. Auch habe der Landrat wissen wollen, wer dazu geraten hat, daß dem Sozialdemokraten die Lieferung der Bänke übertragen wurde. Der Schulinspektor habe sich geweigert, die Eingabe an die Regierung zu schreiben, und dem Schulvorstand geraten, sie selbst zu schreiben, was dieser denn auch gethan habe.

Der arme Schulvorstand hatte gar nicht gewußt, daß Schmeil unser Parteigenosse ist; er hatte die Arbeit dem gegeben, der sich als der Leistungsfähigste erwies und nun soll die Gemeinde dafür büßen.

Aus den mitgeteilten Aeußerungen muß man schließen, daß der Landrat, wenn er rechtzeitig seinen Einfluß hätte geltend machen können, die Vergabe der Arbeit an den Sozialdemokraten verhindert hätte, selbst auf die Gefahr hin, daß die Gemeinde von andern Tischlern nicht so gut bedient worden wäre.

Partei-Presse. Eine Parteikonferenz für den Regierungsbezirk Magdeburg, die sich mit den Reichstagswahlen zu beschäftigen hatte, faßte unter anderem folgenden Beschluß:

Die Regierungsbezirks-Konferenz erklärt, daß das einzige sozialdemokratische Partei-Organ des Regierungsbezirks Magdeburg die in Magdeburg erscheinende „Volksstimme“ ist und weist das fürstehende Gericht, das „Halberstädter Tageblatt“ als zukünftiges Parteiblatt zu betrachten, zurück.

Der Kongress der sozialistischen Gemeinderäte Belgiens tagte am 20. Oktober in Brüssel.

Der Kongress verlangt in einer Resolution die Abschaffung des (für die Gemeinden gültigen) Vierstimmen-Systems. Weiter eine Altersversicherung für die Gemeinde-Angestellten.

Ferner wurden die Gemeinderäte verpflichtet, bei Neu-Anstellungen von Lehrern nur für solche zu stimmen, welche das staatliche Seminar (Boole normale officielle) besucht haben und sich bei Anstellungen von Lehrern, welche aus den Priesterseminaren kommen, ablehnend zu verhalten in Anbetracht ihrer notorischen Unberuflichkeit; ferner bei der Wahl der Schulbücher nur solche zu wählen, die keine religiösen oder militärischen Tendenzen verfolgen.

Der nächste Kongress findet am 15. August 1903 statt. 92 Delegierte waren anwesend.

Ein zweiter Sozialdemokrat im Magistrat Kopenhagens. Die Gemeindevertretung Kopenhagens wählte am Montag mit 33 von 34 abgegebenen Stimmen unseren Parteigenossen P. Amundsen zum Mitglied des Magistrats an Stelle eines verstorbenen konservativen Kandidaten. Amundsen wird in die dritte Abteilung des Magistrats eintraten, die besonders mit der Armenpflege und der Altersversorgung zu thun hat. Von dem Magistrat, der aus den 4 Bürgermeistern, 4 Ratsmännern und dem Oberpräsidenten besteht, sind jetzt 2 Ratsmänner Sozialdemokraten.

Aus Industrie und Handel.

Hellios-Elektrizitätsgesellschaft, A.G. In der gestrigen Generalversammlung wurde nach heftigen Angriffen verschiedener Aktionäre gegen die Direktion und den Verwaltungsrat, der kürzlich mitgeteilte Rekonstruktionsplan mit großer Stimmenmehrheit angenommen, jedoch mit einigen kleinen für die Aktionäre günstigen Abänderungen. So sollen auf jede Vorzugsaktie von 2000 M. je zwei Genuscheinne und auf jede solche Aktie von 1000 M. ein Genuschein auszugeben werden. Diese „Genuscheinne“ sollen von dem Gewinn, der nach Auszahlung von 6 Proz. Dividende an die Vorzugsaktien und der Gewinnanteile des Aufsichtsrats verbleibt, ein Viertel dergestalt erhalten, daß auf jeden Genuschein ein Betrag bis zu 10 M. entfällt. Verbleibt dann von diesem Viertel des Gewinns noch ein Rest, so soll derselbe zur Auslösung von Genuscheinne zum Betrage von 100 M. für das Stück benutzt werden. Die nach Abzug des erwähnten Viertels verbleibenden drei Viertel des Gewinns werden zwischen Vorzugs-Aktien und Stamm-Aktien geteilt. Die 6 Prozent Vorzugs-Aktien mit dem Rechte auf Nachzahlung werden außerdem noch mit dem Rechte der vorzugsweisen Berücksichtigung im Falle der Liquidation ausgestattet.

Ferner wurde der Antrag, 5 Millionen Mark neue Vorzugsaktien zum Zweck der Einziehung von Schuldverschreibungen auszugeben, dahin abgeändert, daß nur für 3 1/2 Millionen Mark Vorzugsaktien auszugeben und das Recht auf den Bezug dieser Aktien nur jene Aktionäre haben sollen, die ihre alten Aktien unter Zahlung in Vorzugsaktien ausgewandelt haben.

Als Mindestsumme, deren die Gesellschaft zur Durchführung des Rekonstruktionsplanes bedarf, wurde von der Verwaltung der Betrag von 3 Millionen Mark bezeichnet. Sie rechnet also darauf, daß etwa vier Fünftel der Aktionäre die Zugahlung leisten werden. Ob diese Rechnung stimmt, erscheint recht fraglich.

Deutscher Eisenverbrauch. Dr. H. Mengisch, der Statistiker des Vereins deutscher Eisen- und Stahlindustriellen, hat für 1901 die Ein- und Ausfuhr von Eisen, Stahlwaren und Maschinen der wichtigsten eisenproduzierenden Länder zusammengefaßt. Danach wurden im vorigen Jahre in Deutschland 7 861 000 Tonnen Roheisen erzeugt. Werden sämtliche Eisenwaren und Maschinen auf Roheisen umgerechnet, so betrug für Deutschland die Einfuhr 529 000 Tonnen, die Ausfuhr 3 304 000 Tonnen, der inländische Verbrauch 5 083 000 Tonnen, das ist pro Kopf der Bevölkerung 80,2 Kilogramm. Dagegen belief sich in den vorausgegangenen 10 Jahren:

der Eisenverbrauch a. d. Kopf der Bevölkerung	der Roheisen-erzeugung	der Eisenverbrauch a. d. Kopf der Bevölkerung	Roheisen-erzeugung
1891 69,7 kg.	93,8 kg.	1896 90,1 kg.	121,4 kg.
1892 74,3 "	98,8 "	1897 104,1 "	120,8 "
1893 73,5 "	98,7 "	1898 105,8 "	136,0 "
1894 73,0 "	105,5 "	1899 128,4 "	150,8 "
1895 71,0 "	105,1 "	1900 131,7 "	182,1 "

Nach bedeutend geringer als im Jahre 1901 wird sich für 1902 der Eisenverbrauch pro Kopf der Bevölkerung stellen. Er berechnet sich unter Zugrundelegung des Verbrauches der ersten acht Monate und bei Annahme der gleichen Bevölkerungsziffer wie 1901 auf nur 66,6 Kilogramm für den Kopf der Bevölkerung und geht damit auf den Stand des Jahres 1888 zurück, der tiefer liegt als irgend einer der letzten zwölf Jahre.

Genau geben diese Zahlen natürlich den Verbrauch nicht an, da bei der Berechnung nicht die vorhandenen Vorräte mit in Betracht gezogen werden können. In Wirklichkeit wird der Verbrauch pro Kopf in 1899 und 1900 nicht 128,4 bzw. 131,7 Kilogramm erreicht haben und dafür in 1901 und 1902 höher sein, als die oben berechneten Zahlen ihn erscheinen lassen. Immerhin zeigt die Zusammenstellung, wie enorm der Bedarf des einheimischen Marktes zusammengeschrunpft ist.

Riebeck'sche Montanwerke, Halle. In der heute abgehaltenen Sitzung des Aufsichtsrates der A. Riebeck'schen Montanwerke, Aktien-gesellschaft in Halle a. S., wurde vom Vorstände über die Geschäfts-lage und das Ergebnis des ersten Semesters des Geschäftsjahres 1902/03 berichtet. Danach ist die Kohlenförderung mit 19 Millionen um 1/2 Millionen Hektoliter höher als im Vorjahre und auch der Absatz der Produkte recht befriedigend gewesen.

Die ernährten Verkaufspreise für Kohlenprodukte und die Folgen der unerfreulichen Lage des Paraffinmarktes konnten durch verbesserte Betriebseinrichtungen, größeren Absatz und billigere Einkaufspreise für Materialien nahezu ausgeglichen werden, so daß sich das Gewinnergebnis von dem der Vergleichsperiode des Vorjahres nicht wesentlich entfernte.

Die Kreditbank für Industrie und Handel in Liquidation in Dresden schließt die Bilanz für das erste Liquidationsjahr pro 12. Juli 1902 mit einem Verlust von 17 519 505 M. ab.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Lohnforderungen der holländischen Parkarbeiter. Eine sehr gut besuchte Versammlung der städtischen Parkarbeiter tagte am Montagabend, um Stellung zu ihrer Lohnforderung zu nehmen. Schuberger gab in seinem Referat ein Bild der jetzigen Lohnhöhe, die auch nicht im entferntesten genügen könne, um bei den heutigen Verhältnissen eine Familie zu ernähren. Denn während in andern Betrieben der Stadt zumeist Minimallohne von 3,50 M. gezahlt werden, gilt dieser Satz in der Parkverwaltung schon als ein hoher und nur für die Gärtner berechnet. Die Arbeiter erhalten noch weniger und daher ersehne eine Aufbesserung für dieselben als äusserst notwendig. Der Einwand, daß sich unter den Arbeitern Leute befänden, die Armenunterstützung beziehen, könne doch nicht stichhaltig sein, um die andern Arbeiter vor der in andern Betrieben gewährten Lohnerhöhung und andern Einrichtungen — z. B. Errichtung eines Arbeiterauschusses — auszuscheiden. Deshalb halte er ein Vorgehen um Erhöhung des Lohnes für durchaus berechtigt. — Sämtliche Diskussionsredner sprachen sich in diesem Sinne aus und wurde beschlossen, folgende Resolution an die Parldelputation zu senden:

„Wir, die unterzeichneten, bitten die Parldelputation, die Gehälter der in ihrem Beruf Beschäftigten in der Weise zu regeln, daß Lohnstufen eingeführt werden, nach denen die Gärtner einen Anfangslohn von 4,50, steigend von Jahr zu Jahr um 25 Pf., bis zum Höchstbetrage von 6,50 M. beziehen und den Arbeitern ein Anfangslohn von 3,50 M., gleichfalls steigend um 25 Pf. pro Jahr bis zur Maximalgrenze von 4,50 M. gewährt wird, daß ferner für Überstunden 33 1/2 Proz. und für Nacht- und Feiertagsarbeit 50 Proz. Zuschlag bewilligt, sowie auch den Wächtern die zu leistende Überstundenarbeit entschädigt wird.“

Metallarbeiter! Bei der Firma G. A. Schulze haben die Uhrmacher und Mechaniker die Arbeit niedergelegt. Anlaß hierzu gab der mangelhafte Verdienst von 16 bis 18 M. pro Woche.

Der Streik der Justizier bei Kollmann (Niedorf) dauert unverändert fort. Herr Rothmann bemüht sich, Streikbrecher zu bekommen, bis heute allerdings ohne Erfolg. Seitens der Niedorfer Polizei wird alles versucht, um das Streikpostensystem unmöglich zu machen.

Der Streik der Drahtarbeiter bei Heinke daneben ebenfalls fort. Auch diese Firma versucht, von außerhalb Streikbrecher heranzuziehen; den sich Weidenden wird ebenfalls noch die Bedingung gestellt, nicht Mitglied des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes zu sein. Bis jetzt sind die Bemühungen des Herrn Heinke vergeblich gewesen, denn es arbeiten bei ihm weder Verbändler noch Nicht-verbändler.

Zum Streik der Bleigläser wird uns geschrieben: Es scheint, daß den vom Streik betroffenen Unternehmern durch die Firma Vitalli-Schell in Offenburg (Baden) thätigste Hilfe geleistet wird. Die verlannt, wird daselbst in der That Berliner Streikarbeit vertrieben. In der Schell'schen Abteilung am Bahnhof werden alle Kräfte übermäßig angefordert, besonders in der Bleigläserei, so daß auch

von den Bleigläserarbeitern des oberen Geschäftes (Vitalli) etliche zur Aushilfe herangezogen wurden. Dort ist auch in neuester Zeit die Kontrolluhr eingeführt worden und jede Minute Verspätung führt zu Scharfeleiten. Eine Organisation besteht nicht, meistens werden Schuttwärter der Bauern als Lohnhändler verwendet. Was die Berliner Firma Vitalli betrifft, so bestätigt diese durch Thatfachen, daß die Arbeitgeber — wie diese selbst sagten — die Forderungen der Arbeiter wohl bewilligen können, aber nicht wollen. Die Familie Vitalli führt nämlich ein so luxuriöses Leben, daß es der Firma ein leichtes wäre, den Arbeitern etwas zuzulegen, ohne sich selbst dadurch zu benachteiligen.

Deutsches Reich.

Der Weberstreik in Meerane.

Gestern teilten wir mit, daß Einigungsverhandlungen angebahnt seien. Die Hoffnung, welcher unser Chemiker-Partei-Organ an diese Mitteilung knüpfte, hat sich nicht erfüllt. Die Fabrikanten nehmen eine so scharfe Haltung ein, daß die Aussichten auf einen Friedensschluß wieder in weite Ferne gerückt sind. Aus Meerane wird uns unter dem 29. Oktober telegraphiert:

Die vereinigten Weberbesitzer haben das vom hiesigen Stadtrat vorgeschlagene Einigungsamt heute abgelehnt. In einem Schreiben erklären dieselben, daß von ihrer Seite Zugeständnisse auf keinen Fall gemacht werden können, und sollte der Generalstreik Monate dauern. Die Fabrikanten beharren darauf, daß die Streikenden den von ihnen — den Fabrikanten — aufgestellten Lohn-tarif unbedingt annehmen.

Der deutsche Bergarbeiter-Verband hat in seiner letzten Vorstandssitzung beschlossen, den freireichenden französischen Bergleuten als erste Rate 5000 M. Unterstützung zu senden. — Der Vorstand erneuerte den Aufruf an die deutschen Bergarbeiter, keine Ueber-sichten zu machen, damit nicht noch mehr deutsche Kohle nach Frankreich geschafft werde. Trotz aller Ablehnung der Unternehmer-Organen werden auf sehr vielen, namentlich auf westfälischen Zechen — wir wollen hier nur nennen die Zechen „Friedrichs-Rothbar“ und „Wasser-Kulde“, Zeche „Hagenbeil“ bei Essen, „Mont Louis“ bei Herne, „Lannenbaum“ bei Bochum — allwöchentlich mehrere Tage, namentlich die letzten 3 Tage in der Woche, Ueberdichten erzwungen. Der Zwang wird ganz rücksichtslos ausgeübt. Auf einigen der genannten Zechen hat man den organisierten Bergleuten ganz einfach mit Entlassung gedroht, wenn sie nicht mitmachen oder etwas in die Zeitung bringen würden.

Unter den Bergleuten herrscht deshalb große Erregung. Ihre Führer sind von ihnen schon wiederholt bestimmt worden, ob es nicht besser sei, ebenfalls zu streiken. Wenn die eindringlichen Abtrünnigen der Verbandsliefer nicht mehr befolgt werden und die Bergleute durch die bezeichnete Aufreizung seitens der Werkverwaltungen noch in den Streik getrieben werden, so weiß dann alle Welt, wer die Schuld trägt.

Am 31. d. M. findet eine internationale Konferenz der Bergleute statt, um zu dem französischen Streik, zu der belgischen Bewegung und zu dem Verhalten der deutschen Bergleute und der deutschen Grubenverwaltungen Stellung zu nehmen.

Die entlassenen Cigarrenarbeiter der Krayscheren Fabrik in Offenburg (Baden) können — wie uns von dort gemeldet wird — nicht wieder arbeiten. Der Fabrikinspektor, der vermittelnd eingegriffen hat, riet den Arbeitern, daß sie wegen der ungünstigen Konjunktur auf ihre Forderungen verzichten. Nur für Nicht wurde durch das Fabrikinspektorat geforgt.

Sociales.

Mit der Frage der Arbeitslosen-Versicherung beschäftigte sich die freie Vereinigung badischer Orts-, Betriebs-, Bau- und Innungs-kantonsassen auf ihrer Jahresversammlung am Sonntag in Offen-burg. Sie beschloß dazu folgende Resolution:

„Die heutige Generalversammlung erachtet die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit als unumgänglich notwendig. Dieselbe muß auf der Basis einer öffentlich rechtlichen Institution mit Zwang für alle Arbeiter eingeführt werden, zu deren Kosten Reich, Unternehmer und Versicherte beizutragen haben. Als Träger dieser Versicherung werden die Krankenkassen bestellt, in Verbindung damit der Arbeits-nachweis. Beide Institutionen müssen einer gründlichen Ausgestaltung unterzogen werden. Die Unterstützung müßte in gleicher Höhe zu bemessen und von gleicher Dauer sein, wie bei den Krankenkassen.“

Arbeiterstatistik in Ostpreußen.

Der ostpreussische Arbeitsrat, eine ähnliche Institution wie der den deutschen reichsstatistischen Amt beigegebene Rat, jedoch besser zusammengesetzt, nahm folgenden Antrag des sozialdemokratischen Mitglieds an:

„Das I. L. arbeitsstatistische Amt zu ersuchen, Einrichtungen für eine Arbeitslosen-Statistik zu treffen, um eine genauere Kenntnis über den Umfang und die Bedeutung der Arbeitslosigkeit zu ermöglichen.“

Ebenso wurde ein Antrag auf Einleitung von Erhebungen über die Lage der landwirtschaftlichen Arbeiter angenommen.

Aus der Frauenbewegung.

Verein für Frauen und Mädchen. Montag, den 3. November, abends 8 1/2 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: Vortrag von Lily Braun über: „Entwicklungstendenzen der Frauenarbeit.“ Gäste willkommen. Der Vorstand.

Gerichts-Zeitung.

Ein arger Reinfall der Polizei. Vor der 145. Abteilung des Schöffengerichts stand am Montag abermals Termin an gegen den Schuhmacher Rant. Selbiger sollte sich am 1. Mai d. J. des großen Unfalls und eines Vergehens gegen § 132 der Strafgesetzbuch-Ordnung — Verlethrobhinderung, begangen aus der Teilnahme an einem unerlaubten öffentlichen Aufzuge — schuldig gemacht haben. Von der Polizei war ihm deswegen ein Strafmandat in Höhe von 30 M. zugegangen, wogegen er durch den Rechtsanwalt Wolfgang Heine Berufung eingelegt hatte. In dieser Sache fand bereits vor mehreren Wochen ein Termin statt, der aber auf Antrag der Staatsanwaltschaft vertagt wurde, weil noch zwei Polizeioffiziere als Zeugen geladen werden sollten. Der Thatbestand ist kurz folgender:

Am 1. Mai d. J. hielt die Berliner Zählstelle des Vereins deutscher Schuhmacher ihre von ca. 2000 Personen besuchte Rat-serversammlung bei Lippis im „Friedrichshain“ ab. Nam-beachtlicher Versammlung wollten sich die Teilnehmer nach dem Schlesischen Bahnhof begeben, um einen gemeinschaftlichen Ausflug nach Friedrichshagen zu unternehmen. Sie verließen also das Lokal und gingen in zwanglosen Gruppen auf dem erhöhten Promenadenwege der Friedenstrasse nach dem Landsberger Thor. Währenddessen war aber die Absicht der Versammelten, sich an dem Ausflug zu beteiligen, von dem überwachten Polizeikommissar Golze auf Grund erhaltener Instruktion an den Reviervorstand telephonisch gemeldet worden. Polizeihauptmann Heischke hatte bereits vorher in Erwartung einer großen, vielleicht revolutionären Rast-Demonstration die Schup-mannschaft des Reviers bedeutend herkärt und zusammengezogen und rückte nach erhaltener Meldung sofort an der Spitze seiner Polizeitruppe nach dem Landsberger Thor ab, um die angeblichen Demonstranten zu zerstreuen und so einen möglicherweise geplanten revolutionären Gewaltakt noch im Keime zu ersticken. Als er der harnlos-spaziergänger ansichtig wurde, kommandierte er vom Pferde herüber: „Schwärmen!“ Die Schupleute bildeten hierauf eine Kette und drangen im Sturmchritte in die Masse ein, dies in wenig rücksichts-voller Weise fortwährend zum Auseinandergehen auffordernd. Sie hatten laut früherer eidlischer Verbindung des Schupmanns

Schmidts den strikten Befehl, unter allen Umständen den „Zug“ auseinanderzutreiben, was sie denn auch so gründlich befolgten, daß einige der Ausflüchter über die Umzäumung des Promenadenweges gestochen wurden und auf den Fahrbaum und auch in den Friedrichshafen hineinfelen. Das ganze Ergebnis dieser Polizeimassnahme war — das eine Strafmandat gegen Rauff. Letzterer war nämlich, um nur nicht mit der Polizei in Konflikt zu kommen, mit einigen andern Kollegen vom Promenadenwege heruntergegangen, um sich über den Fahrbaum nach dem Trottoir zu begeben; er hatte sich also den Aufforderungen der Schutzeleute gemäß aus dem „Zug“ entfernt. Trotzdem forderte ihn der Schutzmann Schmidts noch extra auf, „auseinanderzugehen“. Rauff soll dem Schutzmann hierauf eine „unziemliche“ Antwort gegeben haben, was jener aber bestritt. Er will nur gesagt haben: „Was wollen Sie denn von mir, ich gebe ja schon meiner Wege.“ Infolgedessen wurde Rauff zur Wache listiert.

Polizeihauptmann Heischke kann als Zeuge über diesen Specialfall nichts beibringen, ist jedoch der Ansicht, daß es sich hier um eine Demonstration, um einen öffentlichen Aufzug gehandelt habe, den zu zerstreuen er Befehl habe. Polizeileutnant Wolke sagt aus, der Vorsitzende der Rai-Versammlung habe die Anwesenden allerdings nicht aufgefordert, in geschlossenem Zuge zu marschieren; auch sei der Weg, den die Ausflüchter gingen, der nächste nach dem Schießstand Bahnhofs gewesen. Schutzmann Schmidts leistet den Zeugnissen in dem bekannten „militärischen“ Tone und macht keine Anstöße im Sinne der Anklage. Von den Entlassungszeugen wurden nur die Schutzmacher Herrmann und Ebel vernommen. Nach beendeter Beweisaufnahme beantragte der Staatsanwalt selbst die kostenfreie Freisprechung. Es sei keineswegs erwiesen, daß es sich bei dem genannten Aufzug um eine Demonstration oder gar um einen geschlossenen öffentlichen Aufzug gehandelt habe. Infolgedessen könne auch keine Verletzung der Straßenordnung festgestellt werden; ebenfalls sei die Verübung groben Unpats ausgeschlossen. Rechtsanwalt Heine schließt sich dem Antrag des Staatsanwalts an und in der Hauptsache auch dessen Begründung. Eine Verurteilung des Publikums sei weder vom Angeklagten, noch von den übrigen Ausflüchtlern erfolgt, vielmehr sei diese auf einer ganz andern Seite zu finden gewesen. Uebrigens müsse das Polizeipräsidium selbst der Meinung gewesen sein, daß es sich hier um keinen öffentlichen Aufzug handle, andernfalls wäre wohl sicher Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft wegen Verletzung des Vereinsgesetzes gestellt worden. Entgegen der Ansicht des Staatsanwalts müsse er ausdrücklich betonen, daß die Polizei keineswegs das Recht habe, rechts- oder zweckwidrige Anordnungen zu erlassen, mithin habe für den Angeklagten auch gar nicht einmal eine Pflicht vorgelegen, der Aufforderung des Schutzmanns nachzukommen. Dieser Auffassung trat auch das Gericht bei, gestützt auf ein Urteil des Kammergerichts vom 27. Februar 1902, wonach die Nichtbefolgung einer polizeilichen Anordnung nur dann strafbar ist, wenn letztere sich auch im Rahmen und den Voraussetzungen des § 132 der Straßenordnung hält. Im übrigen schloß sich das Gericht sämtlichen Argumenten des Staatsanwalts und des Verteidigers an. Der Vorsitzende hob hierbei noch ausdrücklich hervor, daß die Beurteilung einer strafbaren Handlung nicht von politischen Gesichtspunkten aus erfolgen könne; ob der Angeklagte zur sozialdemokratischen Partei gehöre oder nicht, das sei ganz gleichgültig. Nach Lage der Sache müsse auf kostenfreie Freisprechung erkannt werden.

In dem Prozeß wegen des Landratsliedes ist gestern vor der Strafkammer zu Greifswald folgendes Urteil gefällt worden: Es ist erkannt, daß die Angeklagten Dr. Wendrich, Stechert und Brandt der Beleidigung schuldig und deshalb Dr. Wendrich mit 50 M. event. 4 Tagen Gefängnis, Stechert mit 300 M. event. 20 Tagen Gefängnis, Brandt mit 1 Monat Gefängnis zu bestrafen seien. Dem beledigten Landrat Freiherrn von Maljahn ist die Publikationsbefugnis im „Grimmer Kreis-Wochenblatt“, der „Greifswalder Zeitung“, dem „Greifswalder Tageblatt“, der „National-Zeitung“ und dem „Berliner Tageblatt“ zuerkannt. Aus dem zehnten Verse des Liedes geht die Absicht der Beleidigung hervor. Wenn die Angeklagten es auch nicht beabsichtigten, so konnte doch der zehnte Vers dahin verstanden werden, als hände Landrat Freiherr v. Maljahn auf demselben sittlichen Standpunkt wie sein Amtsvorgänger. Die Voransetzung des § 198 ist daher hier nicht vorhanden. Bei der Strafzumessung sind bei Brandt und Stechert die Vorstrafen, bei Brandt außerdem noch der Umstand berücksichtigt worden, daß er der Verfasser des Liedes war. Es ist ferner die Schwere der Beleidigung in einer so großen Versammlung gegen einen auf sehr exponierten Posten stehenden Landrat in Betracht gezogen worden.

Ueberschreitung des Züchtigungsrechts gegenüber seinen Schülern in vier Fällen wurde dem Gemeindefullehrer Johannes Krüger zur Last gelegt, welcher gestern vor der dritten Strafkammer des Landgerichts I stand. Der Angeklagte befindet sich seit dem 1. Januar 1875 in städtischen Diensten und unterrichtete an der 125. Gemeindefschule. Es wird nun in der Anklage behauptet, daß er eine besondere Neigung zu körperlichen Züchtigungen gehabt hat. Es sind folgende Fälle zur Kenntnis seiner vorgesetzten Behörde gelangt: Am 22. April 1901 soll der Angeklagte dem 11-jährigen Schüler Billy W. eine so heftige Ohrfeige versetzt haben, daß dieser angeblich noch heute an Ohrenschmerzen leidet. Zu derselben Zeit wurde der 11-jährige Schüler Wilhelm Klinghorn einer Züchtigung ausgesetzt, welche das Maß des Erlaubten weit überschritten haben soll. Weil der Schüler eine an ihn gerichtete Frage in der Geographie nicht beantworten konnte, züchtigte der Angeklagte ihn in der Weise, daß er den Kopf des Knaben so fest zwischen seine Arme klemmte, daß das Kind Schmerzen empfand. In dieser Stellung bearbeitete der Angeklagte das Gesicht des Knaben mit einem Rohrstock. In einem andern Fall soll der Lehrer den damals zehnjährigen Schüler Hans Helwig zehn bis zwölf Schläge mit dem Rohrstock über Kopf und Hände gegeben haben, weil er beim Diktat einen Fehler machte. Der Kopf soll Striemen gezeigt haben. Endlich soll Krüger am 21. Mai 1891 dem Schüler Graf einen Schlag mit dem Rohrstock über den Kopf gegeben haben, daß eine längere Zeit schmerzende Beule entstand. Der Beschuldigte bestritt, daß er das ihm zustehende Züchtigungsrecht überschritten habe. Er sei von dem Gefühl der Liebe zu seinem Besuche befeelt, verfolge über viel Geduld und Langmut, doch bisweilen würden in dieser Beziehung zu hohe Ansprüche an einen Lehrer gestellt und das Einschreiten mittels körperlicher Züchtigung sei unerlässlich. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von insgesamt 80 M. — Der Verteidiger beantragte die Freisprechung, da alle Fälle von Mißhandlungen, die für die Gesundheit nachteilige Folgen haben, nur disziplinarisch laut Rabinetsorder bestraft werden könnten. — Der Gerichtshof ging über den Antrag des Staatsanwalts hinaus und verurteilte den Angeklagten wegen Mißhandlung im Amte in zwei Fällen zu 130 M. Geldstrafe.

Im Heliosprozeß wurde gestern Abend 1/10 Uhr das Urteil verkündet. Unter Aushebung des ersten Urteils wurden sämtliche Angeklagten freigesprochen und die Kosten der Instanzlasten auferlegt. — Die gegen den Angell. Nieß vorbehaltene Urgebührlivorte wurde auf 30 M. festgesetzt.

Verfassungen.

Centrum und Socialdemokratie.

Ueber dies Thema referierte Genosse v. Bollmar in einer imposanten Volksversammlung zum dritten Berliner Reichstags-Wahlkreis, die den großen Saal des Bismarckhofs einnahm und bis auf den letzten Platz füllte. Redner geht — nach seinen einleitenden Worten — davon aus, daß alle gegnerischen Parteien zu bekämpfen seien. Er habe deshalb auch zugestimmt, daß der letzte Parteitag die Stellung der Partei zum Centrum nicht besonders behandle. Selbstverständlich sei er weit davon entfernt gewesen, die Verantwortl. Redaktoren: Carl Feid in Berlin. Informativell verantwortlich: Th. Glöde in Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsanstalt

keriale Partei irgendwie zu unterschätzen, wie es ja im politischen Leben überhaupt nichts Schädlicheres gebe, als eine Unterschätzung der Gegner.

Die jetzige hervorragende, wohl einzige Stellung einer katholischen Partei im wesentlichen nicht katholischen Deutschland verbaute das Centrum der Thorheit jenes vielgenannten „Kulturkampfes“. Gerade in katholischen Bayern habe damals eine Centrumpartei um heutigen Umfang auch nicht im entferntesten bestanden. Soweit man Politik trieb, habe man sich wenig oder nicht von religiösen Gefühlen leiten lassen. Das sei anders geworden, als das Volk sah, daß der Gendarm in der Sakristei der Kirchen gebieten sollte. Da sei das katholische Volk aufgereizt worden, und die Partei, die oben keine Reigungen fand, habe sich an das Volk gewandt und ihm demokratische Konzeptionen gemacht. Da habe ein Mallinckrodt, das „Gewissen“ des Centrums, in den berüchtigt gewordenen politischen Reden gesprochen von „der Freiheit, die vorläufig auf den Spigen der Bajonette sitze“, von der Gefahr des Imperatorismus, zu dem der Militarismus führe. Die heftigsten Angriffe gegen den alles verschlingenden Militarismus seien allenthalben von Centrumsleuten gemacht worden. — Redner schilderte dann die spätere Entwicklung des Centrums mit Bezug auf Militarismus, Kolonialpolitik und Marinismus und zeigte in schlüssiger Darstellung, wie die veränderte Stellung der Regierung zur katholischen Kirche zur Umbildung der Centrumpolitik führte, bis es schließlich aus einer mehr demokratischen militärisch-indigen, die militärisch-konsequente Partei geworden sei. Einige seiner Leute, so der Pfarrer und ehemalige Redakteur Majunk, hätten schamlosweg ausgeprochen oder geschrieben, die Handlungen des Centrums wären durch kirchliche Interessen bestimmt worden. Genau so, wie das Centrum früher gegen das Septennat, gegen den Militarismus gestimmt habe, weil eine kirchenfeindliche Regierung nicht zu stärken sei, so habe es nach Verrückung der Verhältnisse die Pflicht gehabt, unzulässig und für das Militär zu stimmen. Das Centrum sei eine konfessionelle Partei. — Genosse Bollmar wies weiter nach, daß das Centrum in den letzten Jahren emsig bemüht sei, auf die Wünsche des Reichsoberhauptes Rücksicht zu nehmen. Man sehe sich immer mehr die Politik breit machen, die darauf ausgeht, sich „nach oben ranzuerheben“. Die Centrumpartei spiele sich auf als die eigentliche Kaiserpartei. Gröber habe sich dazu verhalten, sie als festes Bollwerk des Thrones hinzustellen, ohne das die christliche Gesellschaft vernichtet wäre. Mit solchen Zweideutigkeiten nach oben wolle man ein außerordentliches Geschäft machen. Was dies festeste Bollwerk des Thrones auf sich habe, beweise die Thatsache, daß der Papst selber die Katholiken Frankreichs seiner Zeit von der Monarchie zur Republik befohlen habe. Für die katholische Kirche sei eben (nach ihren Grundsätzen) jede Gewalt legitim von dem Augenblick an, wo sie bestehe. — Eine solche Partei, die die kirchlichen Interessen über das Volkswohl stelle, habe naturgemäß ihre früheren freiheitlichen Anschauungen verlieren müssen. Daß das Centrum jeder Keuzung des freien Geistes der Wissenschaft und der Kunst abhold sei, zeigte sich beim Umsturzgesetz und der lex Heinze. — Nachdem Redner weitere Beispiele dafür angeführt hatte, daß das Centrum kirchenfeindlich und keine Volkspartei sei, zog er in den Kreis seiner Betrachtungen auch das Wahlbündnis, welches Socialdemokratie und Centrum bei den Landtagswahlen in Bayern abschloffen. Dieses allerdings heroische Mittel habe der bayerischen Socialdemokratie nicht nur einen Zuwachs der Landtags-Mandate von 5 auf 11 gebracht, sondern auch das mehrheitslästige Centrum kompromittiert und — die seit neun Jahren von der Socialdemokratie im Landtag betriebene Sache der Wahlreform gegen den Willen des Centrums münchener zu einer endgültigen gemacht. Wir hätten die Herren in der Hand. Wollten sie nicht die Reform durchführen, dann verlor sie bei den nächsten Wahlen die Mehrheit, die sie nur durch uns hätten. Wenn man auch nicht das volle gleiche Wahlrecht erlangen werde, so doch ein besseres als jetzt, und Redner sei der Ueberzeugung, daß, wenn erst ein Resultat vorliege, niemand mehr daran denken werde, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, ob die Genossen mit dem fraglichen Wahlbündnis recht gehandelt hätten oder nicht. Im zweiten Teil seines zweistündigen Vortrages wandte sich Redner der Tätigkeit des Centrums auf socialen Gebiete zu. Wie eine Partei des Kaisers, des Papstes, des Mittelstandes, der Bauern und die „irdische Vertretung Gottes“ wolle das Centrum auch eine Arbeiterpartei sein. Alles was in Deutschland auf dem Gebiete der Socialpolitik geschehen sei, will das Centrum gemacht haben. Da bestreite es sich damit, daß der erste Arbeiterkongress-Entwurf im Reichstag (dem wenige Wochen später ein sozialdemokratischer folgte) ein Centrumsantrag gewesen sei. Bezeichnend für das Centrum seien die Vorgänge auf dem internationalen katholischen Socialkongress zu Zürich vom Jahre 1890. Namentlich die romanischen Vertreter, und besonders Kirchenlichter, hätten sich dort auf einen Standpunkt gestellt, der an Beschränktheit den des seligen Stumm und Gen. noch übertraf. In einer geistlichen Beeinträchtigung der Arbeitszeit erklärten verschiedene der Herren eine Vereinfachung der Freiheit der Arbeit, andere meinten, eine kürzere Arbeitszeit würden die Arbeiter zum Pummeln und Saufen demühen. Wegen der Vorschläge einiger deutscher katholischer Socialpolitiker sei es zu wahren Kaufereien in der Debatte gekommen. Am ärgsten wäre es gewesen, als der Deströcker Graf v. Kuffstein für einen so auskömmlichen Lohn eingetreten sei, daß der Arbeiter auch noch der Erholung und dem Vergnügen etwas widmen könne, und als derselbe Herr meinte, die Gesellschaft müsse für alle das Notwendige und auch Angenehme nach Möglichkeit produzieren und einem größtmöglichen Mitgliederkreise zugänglich zu machen. Den Eindruck dieser Ausführungen auf die Versammelten kennzeichnete der Bischof Korwin von Trier mit den Worten, sie hätten auf den Kongress gewirkt wie Dynamit. Besonders eine große Anzahl Theologen zogen während gegen den Grafen Kuffstein los. Sie stellten sich auf den Standpunkt, der Lohnvertrag sei und müsse bleiben ein reiner Arbeitsvertrag von Person zu Person; der einmal vereinbarte Lohn genüge. Und ein französischer Advokat erklärte, wenn jemand bei einem so vereinbarten bestimmten Lohn Gefahr laufe zu verhungern, dann sei es Sache der christlichen Nächstenliebe, ihm zu helfen.

Was das Centrum überhaupt zur Förderung socialpolitischer Fragen drängte, habe übrigens Bischof Korwin deutlich gesagt: „Wir müssen eingreifen und Socialpolitik treiben, sonst fallen die Arbeiter ganz der Socialdemokratie in die Hände.“ Also lediglich um ein erbärmliches Konkurrenzbestreben handele es sich. Seit dem Kongress habe sich das Centrum jeder principielle Vertiefung in socialpolitische Fragen ferngehalten. Kleine Maßregeln habe in Deutschland seitdem das Centrum durchzuführen helfen, und man habe es in möglichst schlechter Form gemacht. Auf dem wichtigsten Gebiet, dem der geistlichen Festlegung eines Maximal-Arbeitstages, sei nichts geschehen. Die hauptsächlichste Tätigkeit des Centrums auf socialpolitischen Gebiet sei, daß es gegen die Socialdemokratie schimpfte und dieser, wenn sie unzulängliche Gesetze ablehnte, vorwarf, sie hätten das Gesetz niedergestimmt. So auch beim Invalidenversicherungsgesetz, obwohl das Centrum selbst dagegen gestimmt habe und in der zweiten Lesung nur 13 Centrumsstimmen dafür, aber 78 Centrumsstimmen dagegen gewesen seien. Und das mache der Socialdemokratie einen Vorwurf und bläse sich wie ein Ohrenschmerz großmächtig auf, als ob es Wunder was für Verdienste um dieses Gesetz habe. Centrumsvertreter seien übrigens dafür eingetreten, daß die Rentenversicherung für Unfallverletzte erstarrt wurde, und hätten behauptet, es seien zu viel Rentenempfänger herum, die eigentlich kein Recht darauf hätten. Während 1898 Bischof Dethlefs von Mainz unter damaligen Parteigenossen Freigabe den Tabakarbeitern aller religiösen Richtungen als ein Wunder hingestellt und den Anschein an die von ihm geleitete Gewerkschaft empfohlen habe, gründe jetzt das Centrum konfessionelle Organisationen, natürlich immer erst dann, wenn die Socialdemokraten vortrangungen seien. Die Freigabe werde es allerdings nicht lange tragen, aber zunächst würde doch diese ganze Tätigkeit dahin, daß die Arbeiterbewegung gespalten und geschwächt werde, was wieder die Socialpolitik hinterrück halte. Diese eine Sinde des Centrums wiege alles auf, was die Partei in der Socialpolitik bisher gethan habe. — Zum Schluß noch etwas über die Behandlung

des religiösen Motivs. Es sei erkennlich, wie der Münchener Parteitag einmütig die Aneignungen des kirchenfeindlichen Genossen Belder abgelehnt habe. Mit dem von ihm gewünschten energischen Kampf gegen die Religion, wären wir zurückgefallen in die Kinderkrankheiten unserer Partei. Die Scheidung zwischen Politik und Religion sei festzuhalten. Wir hätten ein politisches und ökonomisches Programm, nicht aber eine Kirchenlehre. Der Satz: „Religion ist Privatfache“, könne nichts anderes bedeuten als: Volle Neutralität gegenüber der kirchlichen und religiösen Lehre, soweit sie sich als solche gibt und nicht etwa zu politischen Machzwecken benützt wird. Er schliesse damit, daß es eine Notwendigkeit sei, die Centrumpartei mit aller Macht zu bekämpfen. Es sei gegen sie mit voller, ungedrohter Kraft vorzugehen, aber alles beiseite zu lassen, was irgendwie schwächen wirken könnte, also auch das religiöse Gebiet. Dann würden wir auch die Kämpfe, die uns bevorstehen, so durchzuführen, daß sie unsere Partei zur ausschlaggebenden machen, um eine Verbesserung der Verhältnisse für das deutsche Volk zu ermöglichen. (Stimmrufer, anhaltender Beifall.) In der kurzen Debatte trat der Genosse Schäfer dafür ein, daß wenigstens jeder einzelne Genosse in der Familie für religiöse Aufklärung sorgen sollte. — In seinem Schlusswort betonte Genosse Bollmar, daß der einzelne als Privatperson das Recht habe, in religiöser Beziehung zu machen was er wolle; er dürfe aber nicht die Partei damit befehlen. Die religiöse Ueberzeugung der Parteigenossen gehe niemand etwas an, und er, Redner, würde es sich verbitten, danach gefragt zu werden. Ein Socialdemokrat brauche noch kein Freidenker sein. — Die Versammlung gab durch lebhaften Beifall ihre Zustimmung zu erkennen. — Nachdem der Vorsitzende noch die Anwesenden auf ihre Parteipflichten aufmerksam gemacht hatte, trennte man sich mit einem begeisterten Hoch auf die Socialdemokratie.

Börsen. Mit den Gewerbergerichts-Wahlen beschäftigte sich am 24. d. M. eine im „Wühelmsgarten“ tagende Volksversammlung. Nach einem Vortrage des Gewerbergerichts-Beisizers Behrend-Berlin wurden folgende Kandidaten aufgestellt: Adolf Sonntag, Tischler; Albert Link, Maurer; Friedrich Wolf, Zettlarbeiter. Edward Litzsche, Arbeiter. Als Stellvertreter: Karl Schöne, Zimmerer; Wilhelm Böhlen, Geiger; Martin Klose, Maurer; Eduard Becker, Bau- und Erdarbeiter.

Zu der gestrigen Erklärung des Genossen Hinrichsen erwiderte ich mir kurz, um den Raum des „Vorwärts“ mit der unergütlichen Sache Gubela nicht über Gebühr in Anspruch zu nehmen.

Das Gewerkschaftsstatut lud die Vertrauensleute Verlin und Umgebung zu einer Sitzung ein, um meine Erklärung in der Gubelischen Angelegenheit „nachzuprüfen“. Eine Teilnahme an solcher Sitzung wurde von uns abgelehnt, da wir, als Bevollmächtigte der politischen Partei, nicht der Kontrolle des Kartells unterstehen. Vorgehen wurde der Unterzeichnete beauftragt, dem Kartell die Gründe der Vertrauensleute schriftlich mitzuteilen und wenn verlangt, noch mit mündlichen Informationen an Hand zu gehen, da sich die Einzelheiten in dieser Affaire schriftlich nicht wiederergeben ließen. Schließlich wiesen wir noch darauf hin, daß Frau Gubela ja der § 2 des Organisationsstatuts der Partei zu Gebote stünde, wenn sie die einmütig beschlossene Erklärung der Vertrauensleute für ungerecht halte.

Darauf schreibt Genosse Hinrichsen am 17. Oktober: „Die Intervention zwischen Kartell und Berliner Vertrauensleuten ist demnach hiermit erledigt. Der Hinweis auf § 2 des Organisationsstatuts war meinerseits schon vordem der Frau Gubela nahe gelegt und empfohlen worden, sie verzichtet darauf mit Rücksicht auf früher gemachte Erfahrungen. Für Ihre Bemerkungen sagen besten Dank.“

Ich überlasse es hiernach den Berliner Genossen, selbst zu urteilen, ob meine Berichterstattung im fünften Kreise den Thatsachen entspricht. — Meine Privatansichtung, daß auch das Kartell sich der Frau Gubela entledigen werde, ist wohl nach der Erklärung des Genossen Hinrichsen doch eine allzu vertrauensvolle.

Leopold Riepmann.

Zur Nichtigstellung. Bezugnehmend auf den in Nr. 250 des „Vorwärts“ enthaltenen Verammlungsbericht über Charlottenburger Hoffstelle des Holzarbeiter-Verbandes, erlaube ich mir als Verfasser des in Nr. 215 des „Vorwärts“ veröffentlichten Verammlungsberichts der Charlottenburger Gewerkschaftskommission folgendes richtig zu stellen: Wenn der Bericht der Holzarbeiter sagt, daß der Bericht der Gewerkschaftskommission einseitig und parteiisch abgefaßt ist, weil in demselben kein Wort von der Rechtfertigung des Drechsler-Beschlusses erwähnt ist, so muß ich sagen, daß aus den Ausführungen des Genossen Besch, in welchen er sich gegen den Vorwurf eines Streikbruchs resp. Verrats an der Arbeiterschaft (weil er während der Differenzen in der Allgemeinen Orts-Krauterkasse dort als Angestellter eingetreten ist) wandte, sich nichts herausfinden ließ, welches als eine Rechtfertigung angesehen werden könnte. Schon die Thatsache, daß ich als einziger Redner der Versammlung rief, mit dem Genossen Besch nicht so leicht ins Gericht zu gehen, beweist, daß persönliche und parteiische Momente mir bei der Berichterstattung gänzlich ferngelegen haben.

Otto Bisming.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Zu den Landtagswahlen in Hessen

ist noch nachzutragen, daß wir auch Offenbach und Land mit 82 gegen 22 Wahlmännern glänzend behaupteten.

Der französische Bergarbeiter-Aufstand.

Paris, 20. Oktober. (B. L. V.) Ministerpräsident Combes empfing heute nachmittags das Nationalmittee der Bergarbeiter, mit dem zusammen Laurès, Briand und einige andre socialistische Deputierte erschienen. Combes erklärte, die Unterhandlungen mit den Bergengesellschaften seien gut im Gange und es bestehe Grund, eine befriedigende Lösung zu erhoffen; die socialistischen Deputierten teilten indessen dem Ministerpräsidenten mit, sie würden morgen eine Anfrage an ihn richten, um ihm Gelegenheit zu geben, den Stand der Angelegenheit offiziell bekannt zu geben.

Unzuverlässige Steuererheber.

Christiania, 20. Oktober. (B. L. V.) Wie „Morgenbladet“ mitteilt, ist im hiesigen Steuererhebungs-Bureau das ganze Personal wegen Unzuverlässigkeit in Geldsachen verabschiedet worden. Der neulich zurückgekehrte Bureauchef, den selbst keine Schuld treffe, habe die Verantwortung für die Rückbezüge zu tragen, die sich auf einige tausend Kronen beziffern. Eine gerichtliche Untersuchung scheint nicht eingeleitet zu werden.

Vulkan-Ausbruch.

Guatemala, 20. Oktober. (B. L. V.) Am heutigen Tage erfolgte wiederum ein schwerer Ausbruch des Vulkans Santa Maria. Das Gestein war 150 Meilen weit hörbar; ein großer Aschesteiff ist verweht worden.

Durch die vulkanischen Ausbrüche sollen die blühendsten Distrikte der Kaffezone schweren Schaden genommen haben. Der Umfang des entstandenen Schadens ist aber wegen der strengen Zensur der einlaufenden Nachrichten noch nicht genau zu erkennen. Die mit Erdbeben verbundenen Ausbrüche dauern fort.

Oldenburg, 20. Oktober. (B. L. V.) Der wegen Tötung des Oberamtsrichters Veder zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilte Bankier v. Baden-Bruns wurde heute vom Schwurgericht noch wegen Depotunterschlüpfung zu 2 Jahren Gefängnis und unter Umwandlung der Strafe in Zuchthaus, insgesamt zu 13 Jahren Zuchthaus verurteilt, sein Vater, der Professor der Bank war, wurde wegen Beihilfe zu einem Jahre Gefängnis verurteilt unter Annahme mildernder Umstände.

Paul Smor & Co. Berlin SW. Hierzu 2 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Reichstag.

206. Sitzung. Mittwoch, den 29. Oktober 1902, mittags 12 Uhr.

Am Bundesratspräsidenten Graf Pasadowski, v. Podbielski. Vor der Tagesordnung erhält das Wort Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.). Im Namen meines fraktionsgenossen Ritter, der verhindert ist, hier zu erscheinen, habe ich zu erklären, daß Herr Ritter am 28. Oktober d. J. überhaupt nicht im Parlament gewesen ist, daß also die amtliche Feststellung des Herrn Schriftführers, er habe bei der namentlichen Abstimmung über den Antrag Heim betr. Mindestzoll für Gerste mit Ja geantwortet, auf einem Irrtum beruht. Wäre Herr Abg. Ritter anwesend gewesen, so hätte er mit seinen politischen Freunden gegen diesen Antrag gestimmt. Hierauf wird die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes bei den Minimal- und Maximalzöllen für Rindvieh fortgesetzt.

Abg. Dr. Müller-Weinigen (fr. Sp.):

Auf die Wahlrede des Herrn Abg. Trimborn von gestern eingegangen habe ich keine Veranlassung. Herr Trimborn hat in Köln als Kolner, hier aber als Pötker gesprochen. (Große Heiterkeit links, Unruhe im Centrum.)

Graf Pasadowski hat gestern in Wirklichkeit nicht für die Regierungsvorlage, sondern für die Kommissionsbeschlüsse gesprochen. Er hat zwar gegen die Linke seine Zustimmung gemacht und ist gegen den Kollegen Bebel angereizt, aber es wäre doch auch seine Aufgabe gewesen, gegen die Kommissionsanträge Front zu machen. Bei seiner Bezugnahme auf England hat Graf Pasadowski die historische Seite der Sache nicht berücksichtigt. Gerade unter der Herrschaft der hohen Agrarölle hat sich in England die Landwirtschaft entwickelt. Dieselbe unselbige Politik, die in England den Bauernstand vernichtet hat, wollen Sie (nach rechts) jetzt auch in Deutschland durchführen? Weiter meint Graf Pasadowski, Dänemark sei aus klimatischen Gründen nicht mit Deutschland zu vergleichen. Welche großen klimatischen Unterschiede bestehen denn zwischen Jütland und Schleswig-Holstein? In Jütland hat nämlich eine große Anzahl von Bauern gegen jede Erhöhung der Getreide- und Viehzölle protestiert. Auch zwischen Holland einerseits und Ostpreußen und Oldenburg andererseits bestehen keine großen klimatischen Unterschiede. Alles, was in dieser Beziehung für Holland gilt, hat auch für Nordwest-Deutschland Gültigkeit. Bei den Ausführungen des Grafen Pasadowski, daß die Landwirtschaft nur dann höhere Löhne zahlen könne, wenn sie höhere Zölle habe, daß sie also die Zölle nicht für sich, sondern für die Arbeiter wolle, ist mir eine kleine Episode aus einem Wiener Kaffeehaus eingefallen. Dort plärrte einem Kellner das Malheur, eine Masse Toffen, Zeller und Pfeffer fallen zu lassen. Als der Wirt klagend die Hände über dem Kopf zusammenschlug, meinte ein Gast, der Wirt sei ja doch ein reicher Mann, der den Verlust verschmerzen könne. Da folgte der Kaffeehausbesitzer: „Es ist nicht mein Weg, sondern wegen des armen Kellners, der mir alles auf Keller und Pfennig ersparen muß.“

Daß eine Fleischnot besteht, wird selbst vom Bayerischen Landwirtschaftsrat und andern extrem agrarischen Körperschaften zugegeben. Die „Germania“ konstatiert, daß die Klagen aus allen Teilen des Deutschen Reiches kommen. Daraus geht doch aber hervor, daß es sich nicht um Maximaltionen der Viehhändler handelt. Die Fleischnot verursacht besonders der kleinen Bauern großen Schaden, da vielfach, um von den hohen Preisen zu profitieren, Zuchtschweine verkauft werden. Graf Pasadowski wies gestern darauf hin, daß das Gewicht des Stückes Vieh sich gehoben habe. Nach der Statistik aber hat das Schlachtgewicht abgenommen. Das heißt die Qualität des Viehes hat sich verschlechtert. Bei der von den Agrariern beliebten Schnellmastung ist das auch gar nicht wunderbar. Diese Herren hätten besser, ihre Kartoffeln statt zur Schnapfabrikation zur Viehmastung zu verwenden. (Sehr richtig! links.) Eine Fleischsteuerung besteht zweifellos. Das Volk aber kann doch nicht von den Hoffnungen und Wünschen des Herrn v. Oldenburg leben. (Sehr gut! links.) Es ist höchste Zeit, daß die Regierung gegen diese Anlamität ernste Maßnahmen ergreife. — Graf Kanitz sprach von den Preisen und Zöllen im Ausland. In der That würde nach dem vorliegenden Zolltarif Deutschland in Zukunft den höchsten Zoll für Schweine und Schafe haben. (Hört! hört! links.)

Was die Preise anlangt, so haben wir bereits vor der Aenderung abgesehen von Paris, die höchsten Schweinepreise von der ganzen Welt gezahlt. (Hört! hört! links.) In Russland und Holland sind die Fleischpreise um mehr als den Zoll niedriger als bei uns. — Was das Vorführverbot anlangt, so hat Graf Pasadowski selbst zugegeben, daß es auf einer wissenschaftlichen Hypothese beruht. Ein allgemeines Vorführverbot bezieht weder in Frankreich, noch in Belgien, noch in der Schweiz. Belgien hat für Fleisch gar kein Vorführverbot. Die mit Hundstücken beim Reichs-Gesundheitsamt angestellten Versuche sind absolut unwissenschaftlich. Einen Hund ließ man erst vier Tage hungern, gab ihm dann am fünften und sechsten Tage einige Gramm Vorführ ein und wunderte sich dann, daß das arme Tier verreckte. Ebenso lächerlich waren die Versuche mit dem eigentlichen Reichs-Soda-Hund. Diese Versuche sind dem Spott der ganzen wissenschaftlichen Welt verfallen. Ein Hilfsarbeiter im Reichs-Gesundheitsamt, der sogenannte Reichs-Plasmon-Doktor (Heiterkeit), nahm zum Frühstück Klammern, Kochsalz, Fleischextrakt und heißes Wasser, darauf als Zuspitze 2-3 Gramm Vorführ. Als er sich darauf erbrechen mußte, glaubte er die Schwäche der Vorführ erwiejen zu haben. (Heiterkeit.) Wenn der arme Mann noch hundert Pfäumen gegessen hätte, wäre er wahrscheinlich ein Kind des Todes gewesen. (Große Heiterkeit.) Daraus hätte er dann auf die Gesundheitsgefährlichkeit der Pfäumen geschlossen. (Erneute Heiterkeit.) In den gefährlichsten Objekten, sogar in den Erdbeeren, ist Vorführ vorhanden. (Hört! hört! links.) Nach diesen neueren wissenschaftlichen Untersuchungen hätten das Reichs-Gesundheitsamt und die Regierung die Pflicht und Schuldigkeit, ihre Versuche auf besserer Grundlage zu revidieren. (Sehr richtig! links.) Das Vorführverbot trifft nicht nur die Fleischzufuhr, sondern auch ganz besonders den inländischen Fleischverkehr.

Die Agrarier geben nun zwar das Vorhandensein einer gewissen Fleischsteuerung zu, leugnen aber das Bestehen einer Fleischnot. In der „Augsb. Postztg.“, die dem Vertreter der trockenen Schichten-Theorie (Heiterkeit) hier im Reichstag wohl nicht ganz fernsteht, sind eine Anzahl Artikel erschienen, die von einem Mitgliede des Reichstags herzu führen scheinen. Diese Artikel sind eine der bayerischen Kollegen darüber Auskunft. In diesen Artikeln wird das Bestehen eines Viehwangels in den Städten zugegeben und weiter ausgeführt, von einer entsprechenden Viehzufuhr vom Lande sei keine Rede. Auf dem Lande rühre sich nichts, um eine genügende Viehverforgung der Städte in die Wege zu leiten. Der eine Artikel schließt: „Des Bauern größter Feind ist der Bauer.“ (Lärm im Centrum.) Ein freisinniges Blatt! Rein, es ist kein freisinniges Blatt! Die agrarische Genossenschaftsbewegung hat bei dem Versuch, die Viehverforgung in die Hand zu nehmen, vollständig versagt. Eine genaue Statistik über diese Verhältnisse ist dringend erforderlich. Die Konservativen schaden den kleinen Bauern mit ihrer Schanzzollpolitik. Wer den Bauern die Futtermittel verkauert, treibt Antihauernpolitik! (Sehr richtig! links.) Sie (nach rechts) werfen uns immer vor, es sei uns nicht ernst mit der Herabsetzung der Zölle. Nun, wir werden ja sehen, wenn wir noch zu den Indultzöllen kommen, was ich nicht glaube, ob wir dann nicht Hand in Hand mit Ihnen an die Herabsetzung dieser Zölle herangehen. Ihre unheilvolle Politik werden wir bekämpfen nicht

bloß im Interesse der Konsumenten, sondern auch der kleinen bäuerlichen produzierenden Bevölkerung. (Beifall links.)

Vizepräsident Büsing teilt mit, daß von den Abg. Rettich (L.) und v. Grand-Rh (C.) ein Antrag auf Schluß der Debatte eingegangen ist. (Große Unruhe links.)

Der Antrag wird genügend (von den beiden konserverbaliden Parteien und dem Centrum) unterstützt.

Abg. Singer (Soe.) beantragt namentliche Abstimmung über diesen Schlusstrantrag.

Der Antrag auf namentliche Abstimmung wird von den Socialdemokraten und den freisinnigen Parteien, mithin ebenfalls genügend unterstützt.

In der Abstimmung beteiligen sich 268 Abgeordnete, mit „Ja“ stimmen 180, mit „Nein“ 88, der Abstimmung enthalten sich 3.

Der Antrag auf Schluß der Debatte ist also angenommen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp., zur Geschäftsordnung): Ich möchte mir feststellen, daß mir durch die Annahme des Schlusstrantrages die Möglichkeit genommen ist, auf die Angriffe der Herren Kollegen v. Oldenburg und Graf Kanitz zu erwidern. Ich behalte mir diese Erwidmung für die nächste Gelegenheit vor.

Abg. Eittart (C.): Ich möchte ebenfalls konstatieren, daß mir durch den Schluß der Debatte unendlich gemacht ist, näher auszuführen, wie der preussische Landwirtschaftsminister Herr v. Podbielski durch seine wenig wohlwollende Behandlung dringender und wohl begründeter Besuche aus meinem Wahlkreise um Zulassung eines bestimmten Kontingents Schweine über die Grenze es fertig gebracht hat, daß ich aus einem Freunde der Viehzüchter ein Gegner geworden bin. (Hört! hört! links. Bewegung.)

In seinem Schlussvort wendet sich der Abg. Derold (C.) als Berichterstatter der Kommission gegen den Vorwurf des Abg. Bebel, er habe einen zu kurzen Bericht erstattet. Er halte es für besser, in wenig Worten möglichst viel, als in langen Reden wenig zu sagen. (Lebh. Beifall im Centrum und rechts. Unruhe links.)

In der nunmehr folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag Wangerheim (L.) den Minimalzoll für Rindvieh auf 18 M. pro Doppelcentner Lebendgewicht festzusetzen, abgelehnt. Dafür stimmt die Mehrheit der Konserverbaliden und die Antisemiten.

Ein Antrag Albrecht (Soe.) in den Kommissionsbeschlüssen statt „Lebendgewicht“ zu setzen, „Schlachtgewicht“ wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, der beiden freisinnigen Parteien und des Abg. Schwarz-München (links) abgelehnt.

Die Abstimmung über die Kommissionsfassung (14,40 M. Minimalzoll für Rindvieh pro Doppelcentner Lebendgewicht) ist auf Antrag Singer (Soe.) eine namentliche.

Es nehmen an der Abstimmung teil 284 Abgeordnete. Davon stimmen mit „Ja“ 161, mit „Nein“ 120 Abgeordnete, der Stimme enthalten sich 3. Die Kommissionsfassung ist somit angenommen. Für den Antrag der Kommission stimmen die Konserverbaliden, die Reichsparteiler, das Centrum, die Antisemiten, Polen und die Nationalliberalen Börner-Gruppen, Haas-Erbach und v. Kaufmann Helmsiedt; gegen den Antrag das Gros der Nationalliberalen, die freisinnigen, Welsen, Kläffer und Socialdemokraten, außerdem vom Centrum die Abgg. Letocha, Müller-Julda, Eittart und Ausangel. Von den Nationalliberalen fehlten u. a. die Abgg. Deinhard und Jehr. Hehl v. Hermsheim.

Es folgt nunmehr die Abstimmung über den Minimalzoll für Schafe (Position 103 des Tarifs).

Der hierzu vorliegende Antrag Jehr. v. Wangerheim (L.) den Minimalzoll für Schafe auf 18 M. zu normieren, ist in Konsequenz der Abstimmung für Rindvieh zurückgezogen, ebenso der Eventualantrag Albrecht u. Gen. (Soe.), der in dem Kommissionsbeschlusse statt „Lebendgewicht“ „Schlachtgewicht“ setzen wollte.

Die Abstimmung erstreckt sich daher nur auf den Kommissionsantrag, für Schafe einen Minimalzoll von 14,40 M. festzusetzen. Auch diese Abstimmung ist eine namentliche. Ihr Resultat ist das folgende: Es beteiligen sich 204 Abgeordnete, davon stimmen für den Kommissionsantrag 161 Abgeordnete, dagegen 120, der Abstimmung enthalten sich 4.

Der Antrag ist somit angenommen.

Von den Nationalliberalen stimmen diesmal mit Ja die Abgg. Haas-Erbach, Fische und Graf v. Oriola.

Die Abstimmung über den Minimalzoll für Schweine (Position 105) — auch hier sind die entsprechenden Anträge v. Wangerheim (L.) und Albrecht (Soe.) zurückgezogen — ist ebenfalls eine namentliche.

Es beteiligen sich an der Abstimmung 301 Abgeordnete, davon stimmen mit „Ja“ 162, mit „Nein“ 135 Abgeordnete, der Abstimmung enthalten sich vier.

Der Antrag der Kommission (14,40 M. pro Doppelcentner) ist somit angenommen.

Es folgt die namentliche Abstimmung über den Kommissionsantrag für Fleisch (ausschließlich Schweinefleisch) — Position 107 des Tarifs — folgende Mindestzölle einzusetzen: Fleisch, frisch, ungeschneitten 48 M. pro Doppelcentner einfach zubereitet 36 „ „ zum feineren Tafelgenuss zubereitet 96 „ „ (Auch hier sind die entsprechenden Anträge v. Wangerheim (L.) und Albrecht (Soe.) zurückgezogen worden.)

An der Abstimmung über den Kommissionsantrag beteiligen sich 298 Abgeordnete; davon stimmen 162 für den Antrag, 132 gegen den Antrag, der Abstimmung enthalten sich 4. Der Antrag ist somit angenommen.

Damit sind die Mindestzölle für Vieh und Fleisch in § 1 Absatz 2 erledigt. Es folgen die Abstimmungen über die entsprechenden Positionen des Generaltarifs.

Der Kommissionsantrag zu Position 102 des Tarifs Rindvieh, 18 M. für 1 Doppelcentner Lebendgewicht, wird in einfacher Abstimmung angenommen. (Der socialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit war durch die Annahme des Mindestzolltarifs der Kommission erledigt worden.)

Eine Anmerkung zu dieser Position bezieht in der Kommissionsfassung, daß für Bewohner des Grenzbezirkes nach näherer Bestimmung des Bundesrates Zugochsen für den eignen Wirtschaftsbetrieb im Alter von 2 1/2-5 Jahren für 30 M. das Stück eingelassen werden dürfen.

Dazu liegt vor ein Eventualantrag Albrecht und Gen. (Soe.), statt der Worte „nach näherer Bestimmung des Bundesrats“ zu setzen „unter dem vom Bundesrat festzusetzenden besonderen Kontingente“, und statt „30 M.“ zu setzen „20 M.“ Dieser Eventualantrag wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten, freisinnigen und einiger Nationalliberaler abgelehnt und die Anerkennung in der Fassung der Kommission angenommen.

Bei Position 103, Schafe, ist der socialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit ebenfalls durch die Abstimmung über die Mindestzölle erledigt. Der Kommissionsantrag, für Schafe im Generaltarif einen Zolltarif von 18 M. pro Doppelcentner einzusetzen, wird in einfacher Abstimmung angenommen.

Ein Antrag Albrecht und Gen. (Soe.) dieser Position die Anmerkung hinzuzufügen: „Lämmer frei“, wird gegen die Stimmen der Socialdemokraten und freisinnigen abgelehnt. Ein weiterer Antrag Albrecht (Soe.) die Anmerkung hinzuzufügen: „Lämmer im Gewicht bis zu 4 Kilogramm frei“, wird ebenfalls abgelehnt gegen die Stimmen derselben Parteien, einiger Nationalliberaler und des Centrumsabgeordneten Ausangel. (Heiterkeit.)

In Position 105 „Schweine“ wird ebenfalls der Kommissionsantrag (18 M. pro Doppelcentner) angenommen. (Auch hier

ist der socialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit hinfällig geworden.)

Es folgt Position 107 des Tarifs, der die Kommission folgende Fassung gegeben hat:

Fleisch, ausschließlich des Schweinefleisches und genießbare Eingeweide von Vieh (ausgenommen Federvieh): fleisch, auch gefroren 60 M. pro Doppelcentner einfach zubereitet 45 „ „ zum feineren Tafelgenuss zubereitet 120

Die Kommissionsätze werden in einfacher Abstimmung angenommen. (Auch hier war der socialdemokratische Antrag auf Zollfreiheit durch die Annahme der Minimalzölle erledigt.)

Abg. Albrecht u. Gen. (Soe.) beantragen, der Position 107 folgende Anmerkung (die in bestehenden Zolltarif enthalten ist) hinzuzufügen: „Einzeln Stücke von frischem oder einfach zubereitem Fleisch in Mengen von nicht mehr als zwei Kilogramm, nicht mit der Post eingehend, für Bewohner des Grenzbezirkes, vorbehaltlich der im Falle eines Mißbrauchs förmlich anzuerkennenden Aufhebung oder Beschränkung dieser Begünstigung: frei.“

Die Abstimmung über diesen Antrag ist eine namentliche. Es nehmen an ihr teil 296 Abgeordnete; dafür stimmen 105, dagegen 190 Abgeordnete. Der Abstimmung enthalten sich 1 Abgeordneter. Der Antrag ist somit abgelehnt. (Für den Antrag stimmen die Socialdemokraten und die freisinnigen Parteien; vom Centrum nur die Abg. Graf Balkefrem und Letocha.)

Hierauf wird Position 107a, „Schweinefleisch“, (88 Mark für 1 Doppelcentner) in der Kommissionsfassung angenommen. Damit sind die Zölle für Vieh und Fleisch erledigt.

Abg. Graf Balkefrem: Wir kommen nunmehr zur Beratung der noch vorliegenden Anträge Wangerheim auf Mindestzölle. Herr von Wangerheim hat eine Reihe von Anträgen schon früher zurückgezogen und heute im Laufe der Sitzung einige weitere. Ich schlage Ihnen vor, für die Beratung zu verbinden die Positionen 33 (Mühsengewächse), 37 (lebende Pflanzen), 40 (Blumen), 41 (Blätter), 42 (Cycaswedel), 44 (Weintrauben) und 46 (Oliven) im Antrage Wangerheim.

Abg. Singer (Soe.)

(zur Geschäftsordnung): Herr Präsident, ich erlaube mir, Widerspruch gegen diesen Vorschlag zu erheben. Nach dem Verlauf der Debatte und nach verschiedenen Mitteilungen konnte man annehmen, daß die Positionen des Antrages Wangerheim, die zum Absatz 2 des § 1 gestellt sind, heute nicht mehr zur Diskussion gelangen würden. Die Diskussion darüber wird schon um deswegen außerordentlich erschwert, da wir über den Zustand des Antrages Wangerheim ja gar nicht unterrichtet sind. Welcher Teil der Anträge heute zurückgezogen ist, wissen wir nicht. Die Diskussion über die vom Herrn Präsidenten bezeichneten Positionen ist außerordentlich wichtig und es muß uns die Möglichkeit gegeben werden, die einzelnen Positionen eingehend zu beraten. Eine Zusammenziehung, wie der Herr Präsident sie vorschlägt, wird der Diskussion ungemein abträglich sein. Ein treffliches Beispiel dafür hat die Diskussion gegeben, die wir eben abgeschlossen haben. Hier waren eine ganze Reihe von Anträgen zu den Positionen und den Anmerkungen gestellt. Durch den vorzeitigen Schluß der Debatte ist es den Antragstellern dieser Anträge nicht einmal möglich gewesen, dieselben zu begründen. (Hört! hört! links.) Das nennen die Herren dort drüben besagliche Beratung der Tarifvorlage. (Sehr gut! links. Unruhe rechts.) Es wird auch hier geradezu unmöglich sein, wie es der Herr Präsident vorgeschlagen hat, so heterogene Dinge zusammen zu diskutieren. Ich meine doch, Sie sollten gegenüber dem Verhalten der Opposition, das sich auf rein sachliche Gründe stützt, derartige Anträge nicht stellen. Ich glaube, daß wir uns mit der heutigen Diskussion begnügen können und die Anträge Wangerheim, gegen deren Verhandlung an dieser Stelle ich selbstverständlich gar keinen Einspruch erhebe, morgen zu verhandeln, aber getrennt und nicht zusammen. Sie scheinen ja jetzt Abstimmungstage einzurichten zu wollen. (Große Heiterkeit und lebhafter Zustimmung links.) Die Woche über sind Sie nicht da, aber an einem bestimmten Tage kommen Sie, um beraten Sie das Wort, so im Anschluß die Positionen zu erledigen. (Große Unruhe rechts; Sehr richtig! links.) Wenn das die Absicht der Majorität sein sollte, so wird sie damit nicht zur Verkürzung der Verhandlung, die ihr Ziel ist, beitragen. Was hat denn bisher für die Oeffentlichkeit in dieser Frage geschehen können? Es hat eine Generaldiskussion stattgefunden, in der selbstverständlich die einzelnen Positionen nicht entfernt entsprechend ihrer Wichtigkeit behandelt werden konnten. Eine Kommission hat getagt, aus der allerdings Berichte bekannt geworden sind, die aber bei weitem nicht der Bedeutung der Sache gerecht werden konnten. Wir fangen also jetzt erst an, auf die Gründe einzugehen, aus denen wir Gegner der Zölle sind. Wollen Sie wirklich, obgleich Sie öffentlich sagen, den Zolltarif unter Ausschluß der Oeffentlichkeit beraten? (Große Lärm rechts.) Ich bitte Sie, mir zu sagen, wie Sie die Diskussion gründlich führen wollen, wenn Sie alle diese Gegenstände zusammenfassen. Heute haben Sie ja die Majorität. Nach Ihren Intentionen werden Sie etwa eine Stunde reden, dann Schluß der Debatte beantragen und dann haben Sie eine Reihe Artikel, die außerordentlich wichtig sind für die Ernährung der breiten Massen, in einer halben Stunde abgeschlichtet, ohne daß das Volk weiß, aus welchen Gründen die Zölle erhöht worden sind, es sei denn, daß kein anderer Grund vorliegt, als in die Taschen der Agrarier zu arbeiten. Ich beantrage also hiermit Vertagung der Sitzung bis morgen und getrennte Beratung der einzelnen Positionen des Antrages Wangerheim. (Lebhafte Zustimmung links.)

Präsident Graf Balkefrem:

Vorher ich das Wort weiter erteile, muß ich doch sagen, daß die Gegenstände, deren gemeinsame Beratung ich Ihnen vorgeschlagen habe, nicht so heterogener Natur sind (Sehr richtig! rechts), wie Abg. Singer gemeint hat. Wenn Abg. Singer sagte, kein Mensch und er am wenigsten hätte geglaubt, daß heute noch die weiteren Anträge Wangerheim zu § 1, Absatz 2 des Zolltarif-Gesetzes zur Verhandlung kommen würden, so ist es merkwürdig, daß der Herr Abgeordnete mir einen Antrag auf namentliche Abstimmung über den ganzen Absatz 2 des Tarifgesetzes übergeben hat. (Ausbaldendes Gelächter rechts und im Centrum.) Ich halte meinen Vorschlag für ganz acceptabel, und ich werde weiter abwarten, was das Haus beschließt. Abg. Singer hat zwei Anträge gestellt, den einen auf Vertagung. Dieser ist präjudizialer Natur. Wenn er angenommen wird, wird der zweite nicht mehr zur Abstimmung kommen, daß nämlich zunächst nur über die Tarifstelle 33 verhandelt wird.

Abg. Dr. Barth (fr. Sp.) [zur Geschäftsordnung]:

Ich möchte den Ausführungen des Kollegen Singer noch etwas hinzufügen. Wir waren darauf gefaßt, daß wenn die Diskussion weiterginge, dies an der Hand der Anträge Wangerheim geschehe, aber niemand konnte darauf gefaßt sein, daß von den Positionen des Antrages Wangerheim heute noch weitere zurückgezogen werden würden. Wir mußten annehmen, daß die Diskussion zunächst die Positionen Kartoffeln, Tabak, Flachsbetreffen würde. Wenn Sie einzeln sind, aber Kartoffeln heute noch in eine Diskussion einzutreten — diese Diskussion würde ja voraussichtlich bei der Wichtigkeit des Gegenstandes mehrere Tage dauern (Stürmische Oho!-Rufe rechts und im Centrum) —, so sind auch wir bereit, die Diskussion zu beginnen. Der erste Redner würde voraussichtlich in zwei Stunden leicht das Bewältigen können, was er zu sagen hat. (Große Heiterkeit links, anhaltende Unruhe rechts.) Höre daß diese Artikel

zurückgezogen werden würden, konnte kein Mensch wissen. Wir haben und deshalb auch nicht mit dem erforderlichen Material ankräften können, das erforderlich ist, um nachzuweisen, welche Schäden gegen Minimalzölle für Obstweidel und Weintrauben sprechen. Es würde daher höchst unzuverlässig und sachwidrig sein, wollten wir jetzt in überstürzter Weise in die Diskussion dieser Mindestzölle eintreten. Im übrigen möchte ich bei allem Respekt gegenüber dem Herrn Präsidenten doch meinen Zweifel darüber äußern, ob in der That Dinge wie Obstweidel und Weintrauben mit einander so sehr nahe verwandt sind, daß sie zusammen beraten werden können. Ich meine deshalb, daß wir über die verschiedenen Artikel einzeln diskutieren und einzeln darüber abstimmen müssen. Im übrigen liegt es in der Natur der Sache, daß wir uns jetzt zunächst betragen.

Abg. Stadthagen (Soc.) zur Geschäftsordnung
(mit großer Unruhe empfangen) bittet, jetzt die Vertagung der Sitzung zu beschließen in Rücksicht einmal auf die Antragsteller, die Herren Wangenheim, Köpcke und Dr. Hahn und dann auf die Berichtserkatter. Er führt unter großer Heiterkeit des Hauses aus, daß diese Rücksichtnahme auf die Antragsteller notwendig sei, da durch das Zurückziehen eines Teiles der Anträge Wangenheim der übrig bleibende Teil des Antrags redaktionell ganz ungenügend formuliert sei. Die Heiterkeit steigert sich, als er dem Hause klar macht, daß jetzt vor und nach den geforderten Mindestsätze nur Strichstrichen ständen, deren Bedeutung nicht ohne weiteres zu erkennen sei. Der Antrag Wangenheim führe unter der Rubrik "Lebende Pflanzen" römische Ziffern von I-IV auf. Im ganzen Tarif sei aber eine solche Rubrizierung bei "Lebenden Pflanzen" nicht zu finden. (Abg. Dr. Hahn ruft: Kommission!) Auch in der Kommissionsvorlage steht die Rubrizierung nicht. Er bitte den Präsidenten dringend, die Sitzung zu vertagen und den Antragstellern Gelegenheit zu geben, ihre Anträge verständlich zu formulieren. (Große Heiterkeit), also auf die Herren Wangenheim und Dr. Hahn Rücksicht zu nehmen. (Erneute Heiterkeit.) Unter steigender Unruhe des Hauses bittet Redner um Interesse einer Beschleunigung der Beratung. (Große Heiterkeit) die einzelnen Positionen getrennt zur Diskussion zu stellen. Man könne doch nicht wichtige Dinge, die in der Kommission zu wichtigen handelspolitischen Erörterungen Anlaß gegeben haben, mit gleichgültigeren Dingen verbinden. Auch in der Kommission habe es sich gezeigt, daß je mehr Positionen verbunden waren, desto länger die Reden wurden.

Abg. Singer (Soc.):
Der Herr Präsident glaube, mir einen Widerspruch (Rufe rechts: Lauter! Rufe links: Ruhiger! Heiterkeit) nachweisen zu können, indem er hervorhebt, daß ich wohl wissen möchte, daß die Anträge Wangenheim jetzt an die Reihe kommen sollten, weil ich bereits dazu einen Antrag auf namentliche Abstimmung eingereicht habe. Die Anträge sind vorbereitet und zur Information des Herrn Präsidenten so früh eingebracht worden. Daß diese Anträge jetzt zur Beratung gestellt wurden, wußten wohl wenige, denn das ist ja in letzter Stunde von der Mehrheit verabredet worden. (Ohl rechts. Sehr richtig! links.) Sie hatten eine ganz andre Diskussion erwartet, die sich an die Feststellung der nächsten Tagesordnung knüpfen sollte. Aber da Sie zufällig hier in großer Zahl versammelt sind, machen Sie diesen Heberumpelungsversuch. (Glode des Präsidenten.)

Präsident Graf Ballestrem: Herr Abgeordneter, Sie dürfen Ihren Kollegen nicht Heberumpelungsversuche vorwerfen.

Abg. Singer (Soc.) fortfahrend: Dann will ich den Ausdruck Heberumpelungsantrag gebrauchen. Aber ich sage Ihnen, solche Heberumpelungen führen zu nichts, Sie gewinnen keine Zeit dadurch. Auch dadurch nicht, daß Sie (rechts) nicht reden. Ich bitte Sie, meine Anträge anzunehmen und stelle den Antrag auf namentliche Abstimmung über meinen Antrag auf Vertagung. (Heiterkeit.)

Präsident Graf Ballestrem: Ich muß die Mehrheit des Hauses doch gegen den Vorwurf des Herrn Singer in Schutz nehmen, eine Heberumpelung beabsichtigt zu haben. Die Anträge Wangenheim liegen seit mehreren Tagen vor und es war bekannt, daß nach dem die Abstimmung über Schweinefleisch erlegt war, der Rest der Anträge Wangenheim zur Verhandlung kommen mußte. Das Präsidium hatte diese Absicht seit Tagen und mußte sie haben, da die Anträge Wangenheim Mindestzölle betrafen. (Sehr richtig! im Centrum und rechts.)

Abg. Dr. Sattler (natl.):
Ich muß gegen die Behauptung des Herrn Singer protestieren, als ob heute vorzeitig Schluß der Debatte beantragt worden wäre. Wir haben drei Tage lang ausgiebig über diese Positionen beraten und auch drei Redner von sozialdemokratischer Seite sind zu Worte gekommen. — Für den Antrag Singer, die Beratung zu vertagen, kann ich mich nicht erklären. Wir sind so lange durch Abstimmungen aufgehalten worden, daß die Anstrengung des Einzelnen nicht so groß gewesen ist. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Dagegen hat Kollege Singer mit seinem Protest gegen die vom Herrn Präsidenten vorgeschlagene Verbindung einer ganzen Reihe von Positionen recht. Ich kann auch meinerseits versichern, daß ich nicht geglaubt habe, daß man in dieser Weise verhandeln wolle. (Hört! hört!) Die Positionen betreffen in der That zum Teil ganz heterogene Gegenstände. Kapsel dürfen nicht mit abgemessenen Blumen, sondern höchstens mit Obst und Most verbunden werden. Ich setze voraus, daß der Herr Präsident die Absicht hat, die betreffenden Positionen des Zolltarifs gleich mit zur Debatte zu stellen. — Ein Kopfschütteln des Herrn Präsidenten belehrt mich, daß er diese Absicht nicht hatte, er will also jedenfalls die Debatte über die einzelnen Positionen nachher noch einmal an der Hand des Tarifs eröffnen; der Herr Präsident nicht, jetzt habe ich ihn also richtig verstanden. (Heiterkeit.) Am einfachsten kämen wir ja dann aus allen Schwierigkeiten, wenn Herr v. Wangenheim seine sämtlichen Anträge zurückzöge. (Lebhafte Zustimmung links und in der Mitte.) Damit würde er dem Hause einen großen Dienst erweisen und auch dem Herrn Präsidenten, dem es sicher nicht angenehm sein kann, wenn wir seinen Vorschlägen aus Gründen der Gerechtigkeit und Willigkeit widersprechen müssen. Wie die Dinge jetzt liegen, könnten sich allerdings die Herren der Linken mit dem Vorschlag des Herrn Präsidenten einverstanden erklären, denn es handelt sich lediglich um ein anständiges Begräbnis der Wangenheim'schen Anträge. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Präs. Graf Ballestrem: Ich bin nicht in der glücklichen Lage des Herrn Sattler, meinen Kollegen gute Ratschläge erteilen zu können (Heiterkeit), das würden Sie sich von mir verdienen, ich kann nur mit dem mit eingetragenen Anträgen gemäß der Geschäftsordnung verfahren. Nach der Geschäftsordnung mußte ich den Antrag Wangenheim an dieser Stelle zur Beratung stellen. Dadurch, daß ich nicht die entsprechenden Nummern des allgemeinen Tarifs gleichzeitig auf die Tagesordnung setzte, habe ich, wie ich glaube, zur Gemüthe gezeigt, daß die sachliche Diskussion erst beim Tarif erfolgen soll. (Sehr richtig! im Centrum.)

Abg. Richter (fr. Sp.): Der Herr Präsident hat ganz recht, daß er an die Geschäftsordnung gebunden ist, wenn aber die Tarifpositionen nicht mit zur Debatte gestellt werden, wird damit derjenige Weg verlassen, den wir bisher beim Tarifgesetz eingeschlagen haben. (Sehr richtig! links.) In einer Vorbesprechung waren sich die Vertreter fast aller Parteien darüber einig, daß es widersinnig sei, Mindestsätze und Minimalsätze getrennt zu verhandeln. Diese Art der Verhandlung würde geradezu eine Prämie auf die Obstruktion bedeuten. Kassiniert könnte man sie gar nicht betreiben, als es mit diesen Anträgen Wangenheim dann möglich wäre. Ich bin überzeugt, daß Herr v. Wangenheim nicht diese Absicht hat (Große Heiterkeit links), ihn leiten sicher lediglich sachliche Motive. (Erneute Heiterkeit.) Bei getrennter Verhandlung über Minimal-

und Maximalsätze wäre es in das Bestehen jedes einzelnen Abgeordneten gestellt, durch Zurückziehung von Anträgen die Tagesordnung fortwährend zu verschieben. Das würde zu unmöglichen Zuständen führen. (Sehr richtig! links.) — Noch eins. Wenn gruppenweise verhandelt wird — ob das angebracht ist, kann nur im einzelnen Falle entschieden werden —, dann muß jedenfalls vorher bekannt gemacht werden, wie man die Gruppen zu bilden gedenkt, sonst kann sich ja niemand mehr auf eine Diskussion einrichten, wenn plötzlich verkündet wird: die und die Nummern sollen verbunden werden.

Abg. Singer (Soc.):
Der Herr Präsident hat Veranlassung genommen, das Haus gegen den Vorwurf der Heberumpelung zu verteidigen und zwar durch den Hinweis, daß die Anträge von Wangenheim schon einige Tage vorliegen. Der Herr Präsident muß mich falsch verstanden haben. Ich habe nicht gesagt, daß die Heberumpelung darin liegt, daß die Anträge Wangenheim im Anschluß an § 1 Absatz 2 des Tarifgesetzes verhandelt werden, sondern darin, daß sie heute verhandelt werden sollen. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Ich wiederhole: erst vor einer Stunde sind die Herren drüben zu dieser Auffassung gekommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Selbst die Herren Berichtserkatter sind nicht einmal informiert worden, daß die Frage heute zur Verhandlung kommen würde. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Meinen Vorwurf, daß vorzeitig Schluß der Diskussion vorhin herbeigeführt worden ist, halte ich trotz der Ausführungen des Abgeordneten Dr. Sattler aufrecht. Es ist doch ein äußerst seltener Vorgang, daß nach dem ersten Redner sofort die Diskussion geschlossen wird. Man konnte damit rechnen, daß vor den Abstimmungen noch einige Stunden diskutiert werden würde. Daß es anders gekommen, ist nur dem Zufall zuzuschreiben, daß die Herren drüben in beschlußfähiger Anzahl da waren. Ich bin mit dem letzten Redner der Ansicht, daß es nicht richtig ist, die Dispositionen, die für die Beratung des Zolltarifs von vornherein getroffen worden sind, jetzt durch andre Dispositionen zu durchbrechen. Es ist durchaus richtig, mit den Minimalätzen auch die entsprechenden Tarifpositionen zu verbinden. Wenn der Präsident heute erklärt hat, er beabsichtige nicht, diese Verbindung eintreten zu lassen, so ist das ja gewiß ein sehr dankenswertes Entgegenkommen, und schon deshalb war es möglich, diese Geschäftsordnungs-Debatte zu führen, damit diese Anschauung deutlich zum Ausdruck gelangt. (Sehr gut! links.) Das ändert aber nichts daran, daß jetzt eine andre Praxis eingeführt werden sollte. Jedenfalls müssen diese Positionen so frühzeitig wie möglich getroffen werden, denn bei dieser hochwichtigen Vorlage gebrauchen die Redner Vorbereitung. Wenn über die Sache überhaupt nicht gesprochen werden sollte, wie Herr Dr. Sattler meinte, was hat dann die Diskussion über die Anträge Wangenheim überhaupt für einen Zweck? (Sehr richtig! links.) Wir haben kein Bedürfnis, den Heberzoll-Anträgen ein unabhängiges Begräbnis zu gewähren. (Sehr gut! links.) Diese Anträge müssen durch die Diskussion lächerlich gemacht und niedergedrückt werden. Wir haben Herrn v. Wangenheim nicht aus der Schlinge zu helfen, sondern müssen dafür sorgen, daß die maßlosen Angriffe des Agrarierturns hier vor dem Volke gekennzeichnet werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Die Anträge Wangenheim müssen so verhandelt werden, als wenn wir sie ernst nähmen. Mit einer Handbewegung, wie Dr. Sattler rät, sind sie nicht zu beseitigen. Gerade bei dem Einfluß, den dieser Teil der Rechten auf die Regierung ausübt, verdienen diese Anträge ernst genommen zu werden. Sie (nach dem Natl.) unterschätzen die Gefahr, die von dieser Seite droht. Sie verdienen eingehende Würdigung. Uebrigens sind Sie (nach rechts) es wieder, die die Debatte verlängern (Heiterkeit links), während wir sie verkürzen wollen. (Lärm rechts.) Wenn Sie überhaupt von Obstruktion reden wollen, dann richten Sie diese Worte gefälligst an Ihre eigene Adresse. (Lärm rechts. Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Frhr. v. Wangenheim (L.):
Ich bin etwas überrascht, daß man ein Wort vorwurf daraus macht, daß wir eine Reihe von Positionen zurückgezogen haben. Es war ganz einfach ein Gebot der Logik, daß meine Anträge z. B. zu den Fleischprodukten zurückgezogen wurden, nachdem die Hauptpositionen abgelehnt waren. Wir haben aber ein ganz besonderes Interesse daran, daß das Haus und die verbündeten Regierungen über die Gärtnereizölle ihre Meinungen äußern. Mein Zweck der landwirtschaftlichen Produktion ist in der Kommission von den verbündeten Regierungen so falsch behandelt worden wie die Gärtnerei. Nach den Erklärungen in der Kommission müssen wir annehmen, daß man die Absicht hat, bei etwaigen Handelsvertragsverhandlungen die Gärtnerei wieder gänzlich ausfallen zu lassen. Deswegen blieb uns nichts übrig, als für diese Produkte Mindestzölle zu beantragen. Es handelt sich für uns ganz einfach darum, jetzt eine Generaldiskussion zu haben über die Gärtnereizölle, es kann dann die Abstimmung über die Mindestzölle kommen; lehnen Sie die ersten Mindestzölle ab und sehen wir, daß Sie auch die weiteren ablehnen werden, so werden wir die übrigen Anträge zurückziehen. Der Vorschlag des Präsidenten fördert am besten die Geschäfte des Hauses. (Sehr gut! rechts.)

Abg. Dr. Sattler (natl.): Wenn Frhr. v. Wangenheim nach der ersten Ablehnung alle übrigen Anträge zurückziehen will, so genüge ja überhaupt die Diskussion über den ersten Punkt, dann würden die übrigen wegsfallen.
Abg. Frhr. v. Wangenheim (L.): Und könnte das ja recht sein, Der Präsident wird aber kaum geneigt sein, bei der Position "Küchengewächse" auch schon über Blumen diskutieren zu lassen.
Abg. Richter (fr. Sp.): Damit sich solche Diskussion nicht wiederhole, möchte ich in Bezug auf die geschäftliche Behandlung des Tarifs folgenden Vorschlag machen: der Reichstag wolle demnächst die Weiterverhandlung nach Maßgabe der Reihenfolge der Tarifnummern vornehmen und, soweit zu den Tarifnummern Anträge auf Mindestsätze gestellt werden, die Verhandlung darüber mit den betreffenden Tarifnummern verbinden.
Abg. Dr. Warth (fr. Sp.): Bei dieser Art der Verhandlung würde es eine offene Frage bleiben, wie viel Anträge auf Einführung von Mindestzöllen im Laufe der nächsten Monate etwa noch gestellt werden. In jedem Stadium könnten ja neue Anträge auf Mindestzölle eingebracht werden. Zu jeder Position könnten neue derartige Anträge kommen. Ich glaube kaum, daß diese Verhandlungsweise eine besondere Beschleunigung unsrer Arbeit bedeutet. Wir müssen deshalb die Frage der Mindestzölle zunächst ein für allemal erledigen im Zusammenhang mit den korrespondierenden Nummern des Zolltarifs.
Abg. Stolle (Soc.): Frhr. v. Wangenheim meint, die Gärtnereiprodukte seien in der Kommission sehr schlecht behandelt worden. Wohin soll es führen, wenn solche subjektiven Anschauungen eines einzelnen Abgeordneten für unsre Verhandlung der einzelnen Positionen maßgebend sein sollen? Wir würden dann gar nicht mehr zum Ziel gelangen. Aber auch sachlich hat Abg. v. Wangenheim durchaus Unrecht. Wohl zu keiner Position des Tarifs sind in der Kommission so viel Erklärungen seitens der Regierungsbereitete gegeben worden, wie gerade zu den Gärtnereiprodukten. Die Regierung hat wiederholt ihren ablehnenden Standpunkt gegenüber Mindestzöllen für diese Produkte präzisiert. (Wiederholte Rufe rechts: Zur Geschäftsordnung!)

Abg. Stadthagen (Soc.) (von der Rechten und dem Centrum mit großer Unruhe empfangen), die sich im Laufe seiner Ausführungen zu andauerndem Lärm steigert. Die meisten Darlegungen des Redners bleiben infolge dessen auf der Tribüne unverständlich: Herr v. Wangenheim hat soeben erklärt, er hätte diejenigen Teile seines Antrags zurückgezogen, die durch die Abstimmungen über die Getreidearten und über die Viehzölle erledigt seien. Er scheint sich in einer bedauerlichen Unkenntnis über seinen eignen Antrag zu befinden. Er sagte, nach der Ablehnung seiner Anträge für Getreide und Vieh seien seine Anträge für die Produkte aus diesen Positionen hinfällig geworden. Unter den zurückgezogenen Sätzen befindet sich aber auch

der Minimalatz auf Kartoffeln. Ich setze doch so viel Kenntnis der Landwirtschaft bei Herrn v. Wangenheim voraus, daß er nicht der Ansicht ist, Kartoffeln seien ein Produkt des Viehes oder geheißen auf Getreidebalken. (Große Heiterkeit.) Es liegt also ein neuer Grund vor, Herrn v. Wangenheim zur nochmaligen Prüfung seines eignen Antrages Gelegenheit geben. (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Richter (fr. Sp.) führt aus, daß sein Vorschlag die Bildung von Gruppen einzelner Tarifpositionen nicht präjudiziere. Selbstverständlich sei, daß über § 1 nicht eher abgestimmt werden könne, als bis der ganze Tarif erledigt sei.

Der Präsident stellt zunächst die Unterstufungsfrage für den Antrag Singer auf Vertagung der Sitzung. (Die Unterstufung genügt, da sich außer den Sozialdemokraten beide freisinnige Parteien dafür erheben.)

Der Präsident stellt hierauf die Unterstufungsfrage für den Antrag Singer auf namentliche Abstimmung über den Vertagungsantrag. (Die Unterstufung genügt, da sich auch hierfür mit den Sozialdemokraten die beiden freisinnigen Parteien erheben.)

Der Antrag Singer auf Vertagung wird hierauf in namentlicher Abstimmung mit 210 Stimmen gegen 87 Stimmen abgelehnt. Zwei Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten. **Abg. Herold (C.)** zur Geschäftsordnung: Ich beantrage auf Grund des § 53 Absatz 2 der Geschäftsordnung über den Antrag Wangenheim in seinen sämtlichen Positionen zur einfachen Tagesordnung überzugehen. (Bewegung.)

Präsident Graf Ballestrem: Nach § 53 Abs. 2 der Geschäftsordnung ist bei Anträgen auf Uebergang zur Tagesordnung einem Redner für und einem Redner gegen das Wort zu geben.

Abg. Herold (C.): Eine weitere Beratung des Antrages Wangenheim ist absolut überflüssig. Wer bei der Minimalatzbindung einen Gegenstand nicht zufügen will, wird auch einen andern nicht zufügen wollen. Der Antrag Wangenheim findet so wenig Anlaß, daß ein summarisches Vorgehen sich empfiehlt. (Sehr richtig! im Centrum.)

Als Redner gegen die Tagesordnung erhält **Abg. Dr. Hahn (B. d. L.)** das Wort. Er bezeichnet die Anträge auf Mindestzölle bei den Gärtnereiprodukten als einen Akt der Gerechtigkeit gegen die deutschen Gärtnere. Die Gärtnereiprodukte dürften beim Abschluß von Handelsverträgen nicht zu Kompensationsobjekten gemacht werden. Der Regierung müsse die Möglichkeit dazu durch die Bindung der Sätze genommen werden. Die Lage der Gärtnere sei eine schwierige, man müsse diesen gefunden Mittelstand erhalten zum Schutze gegen die Socialdemokratie. Die Sätze des Generaltarifs schwächen in der Luft. Er bitte, in eine Debatte über die Anträge Wangenheim einzutreten. Gerade die Herren aus dem Süden und Westen könnten es nicht verantworten, diese Debatte abzuschneiden. (Sehr richtig! bei den Konservativen und links.) Er bitte dringend, den Antrag Herold abzulehnen. (Vereinzelter Beifall rechts.)

Der Antrag auf einfache Tagesordnung wird gegen die Stimmen eines Teiles der Rechten, der freisinnigen Vereinigung und der Sozialdemokraten (die freisinnige Volkspartei stimmt mit der Mehrheit) angenommen.

Hierauf schlägt der Präsident Vertagung der Sitzung vor. (Allgemeine Zustimmung.)

Nächste Sitzung: Donnerstag 12 Uhr. Die Weiterberatung beginnt mit der Abstimmung über den Absatz 2 des § 1 des Zolltarif-Gesetzes. Die Abstimmung wird eine namentliche sein. Schluß 8 1/2 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Zweiter Wahlkreis. 4. Kommunal-Wahlbezirk. Freitag abend 8 1/2 Uhr findet bei Gräber, Schwerinstraße 13, eine Wählerversammlung statt. Der Stadtv. Genosse Zubeil hat das Referat übernommen. Es ist Pflicht der Genossen und Genossinnen, für zahlreiche Besuch zu agitieren. Die Vertrauensleute.

Wahlung, Parteigenossen des dritten und vierten Wahlkreises (Südost). Am heutigen Donnerstagabend 8 Uhr findet im Lokale von Graumann, Raumnstr. 27, eine Volksversammlung zwecks Agitation für die Ersatzwahl im 11. Kommunal-Wahlbezirk statt. Das Referat hat der Genosse Stadtv. Dr. Alfred Verstein übernommen. Außerdem Diskussion. Mit Rücksicht auf die intensive Agitation der Gegner ist es Pflicht der Parteigenossen, für regen Besuch dieser Versammlung zu agitieren. Das Wahlkomitee.

Die Parteigenossen im ersten Wahlbezirk werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Wählerlisten in der Parteipetition, Laufziger Platz 14/15, eingesehen werden können. An die am ersten Oktober nach auswärts verzogenen sowie an die zur persönlichen Einsichtnahme verhinderten Wähler wird sofort auch schriftlicher Bescheid erteilt. Da festgestellt ist, daß die Namen einer Anzahl verzogener und zugezogener Wähler nicht in der Liste stehen, ist doppelte Aufmerksamkeit erforderlich.

Königlicher Wahlkreis. Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, findet im Rosenhaller Hof, Rosenhallerstraße 11/12, die Generalversammlung des Wahlvereins statt. Neben Berichten steht die Neuwahl des gesamten Vorstandes und aller Funktionäre auf der Tagesordnung. Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Das Mitgliedsbuch legitimiert. Der Vorstand.

Die Parteigenossen der Schönhäuser Vorstadt werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Sonntagabend 5 Uhr im Lokal von Bernau, Schwedterstr. 23, eine Volksversammlung stattfindet, in welcher Genosse Georg Davidsohn über drei wichtige Fragen der Socialdemokratie sprechen wird. Da der Vortrag eingehend die Besteuerung der Arbeiter behandelt, so ist es Pflicht, die Versammlung recht zahlreich zu besuchen. Der Vertrauensmann.

Die Parteigenossen von Teltow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg werden auf die heute abend in Schöneberg bei Obit, Reiningersstraße 8, stattfindende Kreisversammlung aufmerksam gemacht. Außer einem Referat des Abg. Förster über die Aussichten des Zolltarifs steht die Berichterstattung und Neuwahl der Vertrauenspersonen auf der Tagesordnung.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

H. W. Koppold. Die Kaiserthum-Brücke in Berlin ist früher als die Lange Brücke massiv gebaut worden.

Hülfeldorf. Wir haben Ihre Anregung der Reichstagsfraktion übermitteln.

Brandenburg 206. 1. Die häufig gestellte Frage, ob die Vernichtung oder Entwertung eines Geldstücks strafbar sei, ist eben so dahin beantwortet: nein, aber in der Regel eine Unmisset. 2. In der Königsstraße — W. 9. Administration heißt Verwaltung. In Norddeutschland versteht man in der Regel unter A. gerichtliche Administration (Zwangsvollstreckung Schulden oder Erbteilungshalber). An Drenthe wird das Wort besonders für Verwaltung, Verlag einer Zeitung gebraucht. — V. 2. Die Frage, ob die entwerteten Sachen eines Schlafwärschen vom Schlafwärschen zu befreien sind, ist davon abhängig, ob dem Schlafwärschen ein Verbrechen zur Last fällt, z. B. mangelnde Aufsicht, Mangel der Möglichkeit, die Sachen zu verwalten. Ob ein Verbrechen vorliegt, ist von Fall zu Fall unter Berücksichtigung aller Umstände zu entscheiden. Zu dem von Ihnen vorgelegten Fall ist anzunehmen, daß die Entwertung zu Ungunsten des Schlafwärschen ausfällt. Suchen Sie sich zu einigen. — **Alte Jakobstr. 69. 3. O., G. V. 1902.** Ja. — **G. V. Gubenstraße.** Die Bewilligung des Armenrechts hat keinerlei Einfluß auf das Wahlrecht. Der Besondere bleibt wahlberechtigt. — **M. W., Dresdenstraße.** Rein. — **Sp. 8.** Leider ist der Antrag hinfällig geworden, weil der Verstorbenen es unterlassen hatte, nach Abschließen aus der Versicherungspflicht wenigstens 40 Markten innerhalb 2 Jahren zu leben. — **H. V. 100.** Der von Ihnen erwähnte Umstand ist in der Regel ohne Einfluß. — **G. W. Rein.** — **101.** Ihre Forderung ist nicht verjährig; sie verjährt frühestens im Jahre 1926. — **101.** Die Staats-Einkommensteuer beträgt bei einem Einkommen von 4200 bis 4500 Mark 104, bei 4500 bis 5000 Mark 118 Mark. Die Gemeindesteuer beträgt in Berlin 100 Proz., also nochmals 104 oder 118 Mark.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, 30. Oktober.
Anfang 7 1/2 Uhr:
Oberhaus. Margarete.
Schauspielhaus. Hamlet.
Neues Opern-Theater. (Kroll.)
Ballentins Tod.
Deutsches. Donna Anna.
Berliner. Als Heibelberg.
Leffing. Das Theaterdorf.
Neues. Ledige Leute.
Reifens. Seine Kammerzofe.
Weißen. Ranon.
Thalia. Charles Tante. Vorher:
Cassia Pascha.
Anfang 8 Uhr:
Central. O. (Wallner-Theater.)
Schiller. O. (Wallner-Theater.)
Dr. Klaus.
Schiller. N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater.) Der Biberpelz.
Carl Weh. Die Räuber.
Luisen. Hamlet, Prinz von Dänemark.
Casino. Chambregarnie. — Ein
Sohn des Volkes. Spezialitäten.
Kleines. Adernmann.
Wilhelm. Der Goldweib.
Buntes Theater. Tochter zu ver-
heiraten. Der Hund. Bunter Teil.
Liny Senders.
Metropol. Berlin bleibt Berlin.
Trianon. Die Liebeshauek. (La
Bascule).
Apollo. Lyfistenta. Spezialitäten-
Vorstellung.
Wintergarten. Spezialitäten.
Passage-Theater. Spezialitäten-
Vorstellung.
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-
Vorstellung.
Palast. Berliner in Steglitz.
Steidl. Spezialitäten.
Reichshallen. Stettiner Sänger.
Urania. Taubenjahr. 48/49.
Frühlingstage an der Riviera.
Invalidenstrasse 57/62. Täglich:
Sternwarte.

Central-Theater
Donnerstag, 30. Oktober, abds. 7 1/2 Uhr:
Die Geisha.
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
(Nimosa: Ala Berber).
Freitag wegen Vorbereitung ge-
schlossen. Die morgigen Freitags-
Abendmessen haben zu der heutigen
Geisha-Vorstellung wie auch an einem
beliebigen Wochentage der nächsten
Woche Gültigkeit. Sonnabend, den
1. November, zum erstenmal: Madame
Sherry.

Thalia-Theater.
Dresdenerstrasse 72-73.
Zum **Charleys Tante.**
Gulso Thielischer als Charleys Tante.
Anfang: Charleys Tante. 8 1/2 Uhr.
Vorher: Cassia Pascha. Anf. 7 1/2 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Die
selbe Vorstellung. Sonntagnachmittag
8 Uhr: Die zärtlichen Verwandten.

Wilhelm-Theater.
Friedrichstrasse 236.
Der Goldonk.
Poffe in 7 Bildern von E. Bohl.
Kasseneröffnung 7 Uhr. Anfang 8 Uhr.
Sonntag, 2. November: Nachmittags-
Vorstellung. Halbe Kassenspreise. Das
Mädel ohne Geld.

Luisen-Theater.
Hamlet,
Prinz von Dänemark.
Anf. 8 Uhr. Vorher: 10-2 Uhr. Kaffe,
Invaliden- und Künstlerbau.
Morgen: Zum erstenmal: **Die
Grille.** Sonnabend: Der Stabs-
kompet. Sonntagnachmittag 3 Uhr:
Die Grille. Abends: Der Stabs-
kompet.

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurterstrasse 132.
Ilse Römer.
Romantisches Schauspiel in 3 Akten
(6 Bildern) von Ernst Ritterfeldt.
Anfang 8 Uhr.
Morgen und folgende Tage: Ilse
Römer. Sonntagnachmittag 4 Uhr:
Die 7 Raben. Sonntagnachmittag
3 Uhr: Die arme Kreatur.

Apollo-Theater.
Um 8 Uhr:
Die brillanten Spezialitäten.
Um 9 Uhr: Nur noch wenige Tage!
Zum 213. Male:
Lysistrata
Operette von Paul Lincke.
Kasseneröffnung 7 1/2 Uhr. Anfang 8 1/2 Uhr.

W. Noack's Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstrasse 10.
Der Mann im Monde.
Gr. Poffe mit Gesang v. E. Jacobson.
Entree 30 Pf. Anfang 8 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tanzkränzchen.

Stadt-Theater.
Alt-Moabit 47-49.
Veruh. Rose-Theater-Ensemble:
Donnerstag, den 30. Oktober 1902:
Kyritz-Pyritz.
Große Poffe mit Gesang und Tanz
in 5 Bildern v. S. Willen u. D. Justhaus.
Anfang 8 Uhr.

Urania.

Taubenstrasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
**Frühlingstage
an der Riviera.**
Sternwarte
Invalidenstrasse 57/62.
Täglich geöffnet von 7-11 Uhr.

Passage-Theater.
Anfang Sonntags 3 Uhr,
wochentags 8 Uhr.
Letzte Woche!
Mellinis dunkl. Geheimnis.
La Dalys englische
Boxerinnen.
Georgette Langée, Excentric-
Tänzerin.
14 erstklassige Nummern.

**CASTANS
Panoptikum**
Friedrichstrasse 165.
Hochaktuelle Neuheit!!
Ein „Boeren-Museum“
(Waffen, Kriegsbeute, Briefe, Do-
kumente, Handarbeiten gefangener
Boeren etc. etc.) Grösste Sehens-
würdigkeit der Jetztzeit!!

Metropol-Theater.
Berlin bleibt Berlin.
Grosse Ausstattungs-Posse
mit Gesang und Tanz in
5 Bildern von Julius Freund.
Musik von Erik Meyer-
Helmund.
Emil Thomas u. G. Josef Josephi.
Henry Bender. Flora Siding.
Hans Reichsberg. Wini Grabitz.
— Johanna Junker-Schatz. —
Rauchen gestattet.
Anfang 8 Uhr.

Buntes Theater
(Ueberbrückt.)
Anfang 8 Uhr. Köpenickerstrasse 68.
Tochter zu verheiraten.
Der Hund. — Bunter Teil.
Regie: O. Straus.
Wiederauftreten **TINY SENDERS.**
von
Bozeta Bradsky, Marcell Salzer,
Bekken-Lasson.

Trianon-Theater.
Georgenstrasse,
zwischen Friedrich- u. Universitätsstr.
Die Liebeshauek.
Lustspiel in 4 Akten v. M. Donnay.
Anfang 8 Uhr.

Kleines Theater
(Schall und Rauch)
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr:
Ackermann.
Eine tragische Komödie in 3 Akten.

Palast-Theater
Direktion: Richard Winkler.
Nur noch kurze Zeit!
9 Uhr: **Berliner in Steglitz.**
Gr. Kunst-Darstellung mit Ges. u. Tanz.
Zum bunten Teil: Willi u. Rosita
Sandis, Sportist. Sisters Laurence,
Dressir-Akt. Mr. Atlas, die schwan-
kende Weltugel. Brothers Gaudé,
Recht-Akt. Bonodelli, Universal-Aktist.
Huo und Mao, Transformationsakt.
Fritz Brand, Humorist. Elias Gebhardt,
Vortrags-Soubrette. — Entree 30 Pf.
Anfang 8 Uhr, Sonntag 7 Uhr.

Winter-Garten
Griffin und Dubois. Excentric.
Duncan's gross. schott. Schifferbunde.
„In den Alpen“, Tanzdivertissement.
Elise de Vere, Soubrette.
Les Floridas, Spanische Tänzerinnen.
Die 2 Freydos, „Professors-Schüler“.
Die Tourbillon-Truppe, Radfahrer.
Sisters Carey's dressierte Papagelen.
Carl Maxstadt, Humorist.
Eiane de Vries, Pariser.
Kara, Meister-Jongleur.
Eucie Kratt, Sängerin.
„Der Schönheitspreis“, Tanz-
„Biograph“, divers.
tissement.

Sanssouci
Kottbuserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Donnerstag, Sonntag und
Montag:
Hofmanns
Norddeutsche Sänger
Nach jeder Vorstellung
Tanzkränzchen.
Entree: Sonntags 50 Pf.,
Sperlich 75 Pf., ab 9 Uhr
30 Pf., Wochentags 30 Pf.,
Sperlich 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelm-
städtisches Theater).
Donnerstagabend 8 Uhr: **Doktor Klaus.**
Lustspiel in 5 Akten von Adolph
Pörringer.
Freitagabend 8 Uhr:
Esther.
Hierauf: **Zwei Eisen im Feuer.**
Sonnabendnachmittag 3 Uhr:
Minna von Barnhelm.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Donnerstagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Freitagabend 8 Uhr:
Der Biberpelz.
Sonnabendnachmittag 3 Uhr:
Die Braut von Messina.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Herr Senator.

Chaussee-Str. 103. **Germania-Prachtsäle** Chaussee-
Str. 103.
Arnold Scholz.
Heute Donnerstag:
Grosses Militär-Streichkonzert
ausgeführt von der **Regimentsmusik
des IV. Garde-Regiments zu Fuss in Uniform**
unter persönlicher Leitung des königl. Musikdirektors
Herrn **Frz. A. Bergter.** 5144L*
Anfang 8 Uhr. Bons gelten. Eintritt 30 Pf.
Nachdem:
Familien-Kränzchen.

Cirkus Schumann **Cirkus Busch.**
Donnerstag, den 30. Oktober 1902, abds. 7 1/2 Uhr:
abends 7 1/2 Uhr:
Zum 8. Male:
**Die lustigen
Heidelberger.**
Grosse Ausstattungs-Pantomime
aus dem modernen Studentenleben
in 3 Abteilungen von Aug. Siems,
Hofballmeister; inszeniert vom
Direktor **A. Schumann.**
Ueberraschende Wassereffekte.
Morgen letztes Auftreten der
25 Gereiften von Martinique.
Die vorzüglichsten Amerikaner
Radford und Winchester.
Direktor Alb. Schumann mit seinen
hervorragenden Monstro-Dressuren.

Casino-Theater
Lottfänger-Strasse 37.
Ein Sohn des Volkes.
Anfang: Wochent. 8, Sonn. 7 1/2 Uhr.

Deutsche Konzerthallen.
In der Spandauerbrücke 5.
Grösstes Vergnügungsthal
Berlins.
Internationale Konzerte
von 5 Künstler-Kapellen.
Theater- und
Spezialitäten-Vorstellung.
Täglich Matinee von 12-2 Uhr.

Stablisement
Buggenbagen
am Moritzplatz.
Heute Donnerstag:
Militär-Konzert
Musikcorps Garde-Füßler-Reg.
(Der Dippel). 51992*
Im Kaiser-Saal: Norddeutsche
Sänger und Tanz.

Reichshallen.
Täglich:
Stettiner Sänger.
Anfang: Wochentags
8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Lagerhalle 11-1 1/2 Uhr.
Croschel, Plectro,
Wittmann, W. E. E. E. E.
Strome, G. B. B. B. B.
mann, G. L. L. L. L.

Elegante Costümröcke
in ganz Wolle; in neuen Façons;
in allen modernen Stoffen, sämtliche Weiten u.
Längen stets in grosser Auswahl vorrätig
3,50 Mk., 6 Mk., 10 Mk., 15 Mk., 20 Mk.
Jaketcostüme
Hochelegante Façons 15 Mk., 20 Mk.,
Sacco u. Blusen-Costüme
12 Mk., 15 Mk., 18 Mk., 25 Mk., 30 Mk.
Golf-Saccos, Golfpaletots 12 Mk., 15 Mk.
Golf-Capes 5 Mk., 10 Mk., 15 Mk.
Winter-Paletots,
Jakets und Saccos 10 Mk., 15 Mk.
bis zu den elegantesten, apartesten Modellen.

Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstrasse, Ecke Lindenstrasse.
Backfisch-Saccos 10 Mk.
Grösste Weihnachtsmesse Berlins.
Für Schausteller und Kaufleute Plätze und Verkaufsstände zur Weihnachts-
messe, vom 30. November bis 27. Dezember in 10 000 Personen
fassenden „Luisenhof“, Dresdenstr. 34-35. Quadratmeter Bodenfläche
von 5 Mk. an. — Näheres: **Buckowestr. 9, im Restaurant.** [54912*]

**Central-Kranken u. Sterbekasse
der Tischler
und anderer gewerbli. Arbeiter**
Verwaltung Berlin O.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
dass unser Mitglied 182/9
Rudolf Hanwald
am 27. Oktober gestorben ist.
Die Beerdigung findet am
Freitag, den 31. Oktober, nach-
mittags 3 Uhr, vom Krankenhaus
Moabit nach dem Heilands-Kirch-
hof (Waldsee) statt.
Um rege Beteiligung ersucht
Die Ortsverwaltung.

Am Dienstag, den 28. Oktober-
abends 7 1/2 Uhr, ist meine liebe
Tochter, Schwelmer und Nichte
Martha Lange
im 18. Lebensjahre durch einen
sanften Tod von ihrem langen
Leben erlöst worden. 76/18
Dies zeigen an
Die betriübten Eltern
und Verwandten.
Die Beerdigung findet Freitag,
nachmittags 3 Uhr, vom Trauer-
hause aus nach dem Georgen-
Kirchhof (Landsberger Allee) statt.

Arbeiter-Radfahrer-Verein „Vorwärts“
(Mitglied des Radfahrer-Bundes „Solidarität“).
Sonnabend, den 1. November 1902,
in der Kronen-Brauerei, Alt-Moabit 47/49:
6. Stiftungsfest
Bestehend in
Konzert, Theater-Vorstellung, Reigenfahren, Ball.
Auftreten der Volksänger-Gesellschaft **Lewandowski,**
sowie gütige Mitwirkung des Gesangvereins „Freiheit“.
Sportgenossen, Freunde und Bekannte des Vereins sind herzlich willkommen.
1925 **Das Komitee.**

Gratweils Bierhallen
Theater u. Varietö
Kommandantenstrasse 77/79.
Täglich:
Theater u. Spezialitäten-Vorstellg.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Jed. Sonntag, Mittwoch u. Sonnabend
nach der Vorstellung:
Grosses Familien-Tanzkränzchen.
Jeden Sonntag
von 12-2 Uhr **Matinee** bei
freiem Entree.

Wurstbrueh in schöner Ware von
50 Pf. pr. Pfund an,
sowie **Knochen,
Knochenfleisch, Giesbeine** etc. täglich
frisch in unserem Detailverkauf-Laden
Berliner Wurst- u. Fleischwaren-Fabrik
Petersburger Platz 8. 51937*
Croschel, Plectro,
Wittmann, W. E. E. E. E.
Strome, G. B. B. B. B.
mann, G. L. L. L. L.

**Gelegenheits-Parlie
Gardinen**
abgepasste Fenster,
weiss und crème
pro 250 300 400 u. 600
Fenster
Eleg. Seccions-
Tüll-Storen 200 u. 285
Gastlichte echte
Spachtel-Storen 600
Goldfarbige echte
Band-Storen 875 u. 750
Nach auswärtig per Nachnahme.
Gardinen-Haus 5306 L*
Emil Lefèvre,
Oranienstr. 158, BERLIN
Gardinen mit ca. 450 Ab-
bildungen
Katalog gratis und franco.

Wer gesund werden will,
lasse sich Prospekt von **Remedes Naturheilanstalt „Drachen-
kopf“**, Eberswalde bei Berlin, senden. Aufnahme finden arbeitslos Kranke
jeder Art. Dänisch am Walde gelegen. Centralheizung. Elektrische Licht-
behandlung. Kohlenäure- und Kräuterbäder. Vöhr. Massage. **Neue eigen-
artige, besonders bewährte Heilmethode** bei Nervenleiden, Ermüdigte Pevle,
Personen mit voller Behandlung 51922*
von 3 bis 8 Mark pro Tag.
Nützliche Zeitung. Tel.-Nuf: „Drachenkopf“, Eberswalde.

**Textil-Arbeiter-Verband
(Filiale I).**
Todes-Anzeige.
Den Kollegen zur Nachricht, das
unser langjähriges Mitglied, der
Wirtler 197/3
Julius Uhle
im Alter von 59 Jahren am
Dienstag, den 28. d. Mts., ge-
storben ist.
Die Beerdigung findet am Sonn-
abend, den 1. November, nach-
mittags 4 Uhr, von der Leichen-
halle des städtischen Friedhofs in
Friedrichsfelde aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
Der Vorstand.

!!! Spottbillig !!!
Anzugstoff-Reste
Hosen- u. Winterpaletot-Reste,
Reste auch für 90575
Damen-Paletots u. Kostüme.
Tuchfabrik-Niederlage
Koch & Seeland,
Berlin, Rosstr. 2.

**Damen-Capes
Jaquets - Saccos**
billiger
als in jeder Fabrik
zu Costimon, Damen-
Mänteln, zu Mädchen- u. Knaben-
Sachen.
Oranienstr. 202, part.

**Gelegenheitskauf! Bunte
Mocquettplische**
und abgepasste Satteltaschen,
einfarbige Plische u. Möbel-
stoffe selten billig!
Muster bei näher. Angabe franco.
Berlin S. 158.
Emil Lefèvre, Oranienstr. 158.

Prämiiert mit der goldenen Medaille.
Kraft-Rothwein
Fein-Blutarme
u. Kranke
ärztlich
empfohlen
**Feurig-
Süsser**
Fi.150
u.2M.
überall
zu haben

Santa Lucia
in Apotheken, Droguenhandlungen, De-
likates- u. Kolonialwarengeschäften.
Wegen Geschäfts-Aufgabe
werden noch **Kleidungsstücke** von
1900 u. 1901 ohne Zinsen
herausgegeben. 1915
Fermann Pander, August
strasse 36.

Vereinszimmer,
30 und 50 Personen fassend, mit
Pianino an mehreren Wochentagen
und auch Sonntags zu vergeben. Für
Gesangvereine, Ektungen etc. sehr
geeignet. 51902*
C. Grosser, Dierichenstr. 30, I.
(Nicht am Alexanderplatz).
Teleph.-Nuf. III, 1813.

A. Stippekohls Restaurant
Köpenick, Schönerlindestr. 5.
Arbeiter-Verkehrshaus. Für gute
Speisen u. Getränke ist bestens geforgt.

Lokales.

Die Schulnot.

Ist in Berlin so gut wie beseitigt. So ähnlich ungefähr sieht es zu lesen in der offiziellen Darstellung über den Stand des Berliner Volksschulwesens, die die Schuldeputation in ihrem kürzlich veröffentlichten Jahresbericht für 1901/02 giebt. Leider liegen aber die Verhältnisse in Wirklichkeit viel weniger günstig. Nach wie vor besteht in Berlin ein Mangel an Schulen und Schulhäusern und die Folgeerscheinungen dieses Mangels werden von der Bevölkerung so drückend wie je empfunden.

Die steigenden Klassen, auf deren Verminderung der Bericht hinweist, sind in der letzten Zeit weniger zahlreich geworden, das ist wahr — dafür ist aber jetzt das Uebel der Mietschulen um so ärger. Augenblicklich hat die Schulverwaltung 26 gemietete Häuser in Benutzung, in denen sie Gemeindefschulen (oder Filialen von solchen) untergebracht hat. Etwa der zehnte Teil aller Gemeindefschulen (einschließlich Filialen) ist ohne eigenes Schulhaus. Wer die Zustände in diesen Mietschulen kennt — nur zwei davon befinden sich in einem gemieteten Schulhause, alle übrigen in gemieteten Wohnhäusern oder Fabrikgebäuden — der wird sich nicht wundern, wenn er hört, daß in den betreffenden Stadtbezirken und Stadtteilen sich bei der für ihre Kinder auf die Gemeindefschule angewiesenen Bevölkerung eine steigende Erregung geltend macht. Ueber die zu Beginn dieses Winterhalbjahrs neu eröffneten Mietschulen — drei neue Schulen und eine Filiale — sind lebhaftest Beschwerden bei uns vorgebracht worden. Besonders wird über die Schule in der Lößestraße und die Filiale in der Warschauerstraße geklagt, die in Fabrikräumen untergebracht sind. Ein modernes, geräumiges und gut beleuchtetes Fabrikgebäude ist zwar immer noch eher zur Verwendung als Schulhaus geeignet, als eine enge dunkle Mietschule. Aber bei den erwähnten beiden Schulen ist die Umwandlung der gemieteten Fabrikräume in Schulzimmer zu spät fertig geworden, so daß in den ersten Tagen die Lehrer wie die Kinder in den kann von den Malern verlassenen Räumen von Unwohlsein befallen wurden.

Besonders zahlreich sind die Mietschulen gegenwärtig wieder im Osten der Stadt. Berlin O. ist ja ohne dies seit einer langen Reihe von Jahren das klassische Land der Schulen. In dem Stadtteil vom Viehhof südwärts bis zur Spree befinden sich jetzt neun Mietschulen. Hier haben zu Beginn des Wintersemesters auch die beschäftigten Umschulungen wieder in so großem Umfang vorgenommen werden müssen, daß mancher Familie schwerer Weg bereitet worden ist. Unter anderem wird uns ein Fall mitgeteilt, in welchem ein eben erst schulpflichtig gewordenes Kind in den ersten Tagen nach einander drei verschiedenen Schulen zugewiesen worden ist. Ein schöner Anfang für ein Kind, das seine Schullaufbahn beginnt!

Der Bericht der Schuldeputation versichert, der Bedarf an Schulräumen lasse sich nicht mit Bestimmtheit voraussagen, die Bevölkerung der Stadt ziehe zu sehr hin und her. Das sind abgeleierte Redensarten, mit denen sich schon der frühere Stadtschulrat Bertram zu helfen suchte. Gerade im Osten der Stadt war der Bedarf sehr wohl vorauszusagen. Oder sollte der stetige Fortschritt der baulichen Entwicklung dieses Stadtteils, der jedem andern Beobachter sofort auffiel, nur unseren städtischen Behörden entgangen sein?

Die Ursachen, aus denen man in städtischen Kreisen die Schulnot zu erklären sucht, erweisen sich bei näherer Betrachtung immer wieder als leere Ausschüfte. Gelegentlich wird selbst zu dem Unmöglichen gegriffen, wie der Ertrinkende hilflos nach dem Strohhalm hascht. Vor Jahren, als von sozialdemokratischer Seite die schon damals in Berlin O. herrschende Schulnot zur Sprache gebracht wurde, versuchte ein Führer der Neuen Fraktion der Linken gar den Sachverhalt so darzustellen, als sei die Schulnot das Ergebnis einer Mache, die sich wiederhole, so oft Stadtverordnete wählen bevorzugen.

Mit solchen Mitteln sucht der Berliner Freisinn, der sich so gern seiner „Volksschulfreundlichkeit“ rühmt, die Verantwortung für die Mißstände im Volksschulwesen Berlins von sich abzuwälzen!

Höhere Löhne befördern die Teuerheit! Mit dieser sozialpolitischen Erkenntnis hat in der letzten Sitzung desuratoriums für das städtische Obdach der Installateur Prof. Dr. Behrendt die Mittelschicht überfallen. Es handelte sich um den von unserem Parteigenossen Adolf Hoffmann gestellten Antrag, die Löhne für das Arbeiterpersonal, die jetzt für den Monat 30—45 M. betragen, auf 35—60 M. zu erhöhen. Geringfügig wurde der Herr Professor sich mit aller Entschiedenheit. Er habe ein Jahrzehnt hindurch die Erfahrung gemacht, daß er bei niedrigen Löhnen ein gutes, brauchbares Arbeiterpersonal gehabt habe, daß die Leute aber, so wie ihnen Gehaltserhöhung zugebilligt worden sei, sich dem Trunke ergeben hätten. So lauteten wörtlich die Versicherungen dieses Herrn. Genosse Hoffmann antwortete darauf, daß dieser Ausdruck von einem großen Mangel an sozialem Verständnis Zeugnis ablege. Im Gegensatz zu den angeblichen Erfahrungen des Herrn Professors habe sich immer noch gezeigt, daß bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen das beste Mittel zur Veranpflanzung des Alkohols sind. Wenn jetzt nach Meinung des Arztes ein gutes Arbeiterpersonal im Obdach vorhanden sei, dann könne man wohl daran, die Leute durch bessere Entlohnung an die Arbeit zu fesseln. Herr Professor Dr. Behrendt wandte sich nochmals gegen den Antrag Hoffmann mit der Behauptung, daß er jetzt das beste Personal von der Welt habe, daß eine Erhöhung der Löhne aber den Verlust dieses guten Personals befürchten ließe.

Von einem andern Standpunkt behandelte Stadts. Frederici die Angelegenheit. Er hat mancherlei meinte dieser Herr, daß die Stadt keine Ursache habe, die Löhne zu erhöhen, weil sie ihre Arbeitskräfte so billig wie möglich engagieren müsse. Hoffmann wandte sich auch hiergegen mit aller Entschiedenheit und fragte Herrn Frederici, ob er dem von ihm vertretenen Standpunkt auch bei der Anstellung besoldeter Stadträte Geltung verschaffen wolle.

Mit allen gegen drei Stimmen wurde darauf der Antrag Hoffmann abgelehnt; ein anderer Antrag, wenigstens die Anfangslöhne der Wärter wie bei den Hausdienern des Obdachs auf 35 M. festzusetzen, fiel mit Stimmengleichheit. Frederici erklärte noch, wenn jetzt noch einmal die Gehälter der Hausdiener zur Erörterung ständen, würde er auch hier gegen eine Erhöhung stimmen.

Einige Fiktionen mögen noch lehren, wie die Stadt für einige ihrer Angestellten sorgt. Im Etat ist das Gehalt des zweiten Assistenzarztes am Obdach auf 1200 Mark bemessen; die städtischen Ärzte erhalten 1450 Mark. Sei dies Gehalt durchaus nicht zu hoch, so müsse man, wie Hoffmann ausführte, das Gehalt des Arztes als skandalös bezeichnen. Ausdrücklich sei bemerkt, daß der mit 1200 Mark besoldete Arzt keineswegs freie Station hat. Man beschäufel darauf, die Vergleiche am Obdach ebenso zu stellen wie die übrigen im Dienste der Stadt beschäftigten Ärzte.

Die Stromzuführung bei der geplanten städtischen Unterseekabahn soll nicht wie bei der Hochbahn durch die Schienen, sondern durch Überleitung vermittelt Stromabnehmer erfolgen. Der für den Zugbetrieb erforderliche Gleichstrom wird eine Spannung von 600 Volt haben. Die Stromrückleitung erfolgt durch die Schienen,

die an den Stößen durch kupferne Verbindungen von 11 Millimeter Durchmesser mit einander verbunden werden. Die Leistungsfähigkeit der Bahn wird eine ganz enorme sein. Die aus 7 Wagen bestehenden Züge werden 282 Sitzplätze und 203 Stehplätze aufweisen, also 485 Personen befördern können. Nach den bei ähnlichen Bahnen gemachten Erfahrungen kann der von jedem Reisenden zurückgelegte Weg zu durchschnittlich vier Kilometer angenommen werden. Hiernach würde jeder Platz während einer Fahrt etwa 2 1/2 mal besetzt werden können. Da nun in einer Stunde in beiden Richtungen 40 Züge fahren sollen, so kann die Bahn stündlich rund 51 000 Personen befördern. Von dem Bau der Bahn würde der Norden den größten Vorteil haben, weil eine direkte Verbindung mit dem Stettiner Bahnhof und dem Bahnhof Wedding, der für die Bewohner der nördlichen Vororte leicht zu erreichen ist, geschaffen würde.

Für die neue Stadtbibliothek, die Volksbibliotheken und Lesehallen ist jetzt der Etatentwurf pro 1903 fertiggestellt worden. Danach sind die Einnahmen aus dem Verkauf von Katalogen z. B. auf 5830 M. und die Ausgaben auf 108 825 M. veranschlagt; die letzte Etatssumme der Ausgabe betrug 178 800 M., mitteln will man diesmal mit 9 865 Mark weniger auskommen zu verfahren. Für die Stadtbibliothek ist ein Betrag von 20 000 M., Ausgaben für Bücher und Buchbinderarbeiten, ausgeworfen, für die 28 Volksbibliotheken zusammen gebildet die Verwaltung neue Werke z. B. im Werte von 70 100 M. anzuschaffen. Die Abonnements auf Zeitungen und Zeitschriften werden diesmal 12 700 M. betragen, d. h. 600 M. mehr als im Vorjahre, eine Mehrausgabe, die sich aber lediglich aus der schon erwähnten Rationalisierung erklärt. Die Entschädigungen für die Verwalter der Volksbibliotheken, die im einzelnen je nach der Betriebsdauer verschieden ist, beziffert sich auf 18 075 M., der 11 Lesehallen auf 9000 Mark. Neu ausgestattet sollen die Volksbibliotheken 5, 8, 10, 13, 21, 24 und 27 werden; hierfür ist ein Gesamtbetrag von 21 000 Mark ausgeworfen worden (gegen 24 000 Mark im Vorjahre). Neue Nachschlagewerke werden im nächsten Etatsjahre nicht beschafft werden; für solche wurden im Vorjahre 8000 Mark ausgegeben. Es wurde ferner beschloffen, für die 1. Lesehalle in der Mohrenstraße einen im Vorderhause des Grundstücks befindlichen Laden für 3000 Mark jährlicher Miete zu pachten und die jetzt von der Lesehalle benutzten Räume noch für die Stadtbibliothek zu benutzen. Damit wird eine notwendige Erweiterung geschaffen, die wenigstens vorläufig dem vorhandenen Bedürfnis genügen dürfte. Wenn bei den großen Etats eben so gespart wird, dürfte sich die Finanzlage der Stadt Berlin bald wieder günstiger gestalten.

Die Stadtverordneten-Versammlung hat sich in ihrer Sitzung heute nachmittags 5 Uhr u. a. mit folgenden Gegenständen der Tagesordnung zu befassen: Einführung einer neuen Besoldungsordnung für die Oberlehrer an den städtischen Gymnasien, Realgymnasien, Oberrealschulen, Realschulen und höheren Mädchenschulen vom 1. Juli 1902 ab, sowie die Erhöhung des Schulgeldes an diesen Anstalten. — Vorlagen betreffend die durch den neuerlichen Synodalbeschluss hervorgerufene Gefahr einer zweifelhaflichen Schließung der Gaststätten an den Vorkammergebäuden der Sonn- und Feiertage. — Berichterstattung des zur Vorbereitung der Neuwahl eines besoldeten Stadtrats eingesetzten Ausschusses. — Berichterstattung betreffend die Wahl von 10 Beisitzern und 18 Beisitzer-Stellvertretern für die Wahlvorstände zu dem am 5. November dieses Jahres im 4. und 11. Gemeinde-Wahlbezirk der III. Abteilung und im 9. Gemeinde-Wahlbezirk der I. Abteilung stattfindenden Stadtverordneten-Erwahlungen.

Unter der Berliner Feuerwehre ereignet ein in diesen Tagen ergangener Abteilungsbescheid viel böses Blut. Es ist nämlich verordnet worden, daß die Feuerwehrleute, wenn sie in der Nacht von einem Brande auf die Wache zurückkehren, sich unerbittlich an das Reinigen und Putzen der Fahrzeuge und Geräte heranzumachen haben. Wenn man erwägt, wie anstrengend die Tätigkeit bei einem größeren Brande ist, wie oft sie die Kräfte der Wehrmänner auf das äußerste erschöpft, so begreift man, wenn die Leute sich fragen, warum es notwendig ist, daß ein Zustand geändert wird, der Jahrzehnte bestanden hat, ohne die überall anerkannte Tüchtigkeit der Wehr irgendwie zu beeinträchtigen.

Zur Arrestierung des Frankens Dr. jur. Anita Augspurg in Weimar teilt uns die Redaktion der „Frauenbewegung“ folgendes mit: Als Frankens Dr. Augspurg sich in dieser Stadt auf dem Wege zum Bahnhof befand und in völlig unangenehmer Weise die Straße hinaufschritt, sah sie sich zu ihrem Erstaunen plötzlich von einem Polizisten angehalten, der ihre eine lange Strecke zuvor begegnet war, sie demnach schon etwa 3—5 Minuten lang verfolgt hatte. In herrlichem Ton forderte er Auskunft über den Zweck ihrer Anwesenheit in Weimar. Die wahrheitsgemäße Antwort erwiderte er mit einem ungläubigen Lächeln, das sich noch verstärkte, als er auf die weitere Frage, „was sind Sie denn?“ die Auskunft erhielt: „Doktor juris“. Nun begann Frankens Dr. Augspurg zu fragen. Sie fragte: „Ist Ihnen etwas an meiner Person nicht recht?“ „Wünschen Sie mich etwa zu verhaften?“ Der Polizist erklärte, daß er allerdings die Absicht habe und Frankens Dr. Augspurg lehnte sofort mit einem entgegenkommenden „bitte!“ mit ihm nach der Stadt um, nicht ohne ihn jedoch aufmerksam zu machen, daß die Sache, da er sich in einem Irrtum befinde, für ihn unangenehme Folgen haben könnte. Er beharrte jedoch auf seinem ihm aus Paragraph 381 § 6 erwachsenen Rechtstitel und der Marsch zur Wache wurde angetreten, natürlich nicht ohne daß sich auf dem etwa vierstündigen Wege ein Schwarm von 40—50 Schaulustigen, Kindern und Erwachsenen, angeschlössen hätte. Im Wohnzimmer meinte der Polizist wieder in barschem Tone: „So, nun legitimieren Sie sich.“ Die Antwort lautete: „Nicht vor Ihnen, sondern vor Ihren Vorgesetzten, und nicht, ohne daß meine Aussagen zu Protokoll genommen werden.“ So wurde denn auf wiederholtes bestimmtes Verlangen von Frankens Dr. Augspurg endlich ein höherer Beamter von ihrer Anwesenheit in Kenntnis gesetzt, der natürlich binnen einer halben Minute das völlig Unhaltbare dieser Verhaftung ein sah. Er war aber von einem andern Besoffen und empfaß Frankens Dr. Augspurg, doch am andern Tage in der Amtsstube des zuständigen Inspektors zu erscheinen, um die Sache vollends zur Klärung zu bringen; sie erklärte jedoch, ihrerseits kein Interesse zu haben, sich in dieser Sache weiter zu bemühen, vielmehr erwarte sie, daß man sich bei ihr wegen des Verkommnisses entschuldige. Es ist danach ein amtliches Schreiben bei ihr eingelaufen, welches das Verkommnis be dauert und bestätigt, daß der Schwamm unvorzüglich gehandelt habe und entsprechend „rehabilitiert“ sei.

Ein tödlicher Bananfall hat sich auf dem Neubau des Deseggraben-Zugamts in der Ballhofstraße ereignet. Gestern nachmittags 5 Uhr stürzte der 28 Jahre alte Bauarbeiter Reimann aus Treptow so unglücklich vom zweiten Stock ins Parterre hinab, daß er nach einer Stunde im Krankenhaus am Friedrichshain, wohin man ihn gebracht hatte, infolge schwerer innerlicher Verletzungen starb. Der Verunglückte, der bei der Firma Garmisch in Beschäftigung stand, war verheiratet und Vater zweier Kinder.

Ein andres Verunglück mit tödlichem Ausgang ereignete sich Mittwoch nachmittags 2 Uhr auf dem Neubau Ede der Reiminger- und Martin Lutherstraße in Schöneberg. Auf dem von der Firma Grönde u. Piefisch angeführten Bau war der Maurer Wolf Vogel an der Führung eines Wallons an der dritten Etage beschäftigt. Auf bisher noch unangenehme Weise stürzte Vogel in die Tiefe und war sofort tot. Der Verunglückte war 45 Jahre alt und wohnte in der Potsdamerstr. 14 zu Charlottenburg.

Zu einem schweren Zusammenstoß zwischen zwei Eisenbahnzügen führte der blinde Rebel gestern, Mittwoch, morgen um 7 Uhr auf

dem Bahnhof Bestend. Der Arbeiterzug, der nur morgens und abends verkehrt, muß jedesmal nach der Fahrt bis zur Weichenbühne den Bahnhof durchlaufen, um dann nach der Jungfernbühne zu nach seinem Schuppen zu gelangen. Als er sich gestern morgen rückwärts dorthin bewegte, verlor man ihn bei dem starken Nebel bald aus den Augen. Infolgedessen wurde einem Güterzuge des Zugführers Henschel, der vorwärts fuhr, vorzeitig die Ausfahrt nach Halensee freigegeben. Der Güterzug fuhr den leeren Arbeiterzug in die Platte und zertrümmerte ihn sechs Wagen. Ihn selbst wurde die Maschine und vier Wagen stark beschädigt. Da der Maschinenführer und der Heizer zeitig absperrten, so kamen Menschen nicht zu Schaden, während der Materialschaden bedeutend ist. Die Aufräumung wurde so schnell besorgt, daß keine erhebliche Verkehrsstörung entstand.

Durch einen Bestellschein-Schwinder ist die Butter-Engros-Handlung von Jander, welche in Berlin zahlreiche Filialen unterhält, geschädigt worden. Bei der Firma ist die Einrichtung getroffen, daß sich die Filialen im Rotfahll untereinander abhelfen, indem auf Grund von Bestellscheinen, die mit Firmenstempel versehen sind, den Nebenfilialen Waren überlassen werden. In der Filiale in der Lindenstraße holte dieser Tage ein Kaufmann im Auftrage der Filiale Friedländerstraße einen Posten Butter und Schweizer Käse. Als der Filialhaber am folgenden Tage die geliehenen Waren zurückhaben wollte, stellte sich heraus, daß er einem Schwinder in die Hände gefallen. Der Betrüger, der vermutlich ein ehemaliger Angestellter der Firma ist, hat sich jedenfalls eine Anzahl Bestellscheine angeeignet. Obwohl der Kriminalpolizei der Vorfall gemeldet ist, fehlt von dem Schwinder bisher noch jede Spur.

Gegen eine Frau v. Poppel ist die Untersuchung wegen angeblicher Betrügereien in der Höhe von 600—700 000 M. eröffnet worden. Die Frau soll geistesgestört sein und sich in einer Nervenkuranstalt aufhalten.

Schlechte Geschäfte und Mergel haben den 54 Jahre alten Droschkentreiber Karl Rod aus der Reimingerstr. 102, der bei einem Fuhrherrn in der Mühlentstraße beschäftigt war, in den Tod getrieben. Er verdiente sehr wenig und mußte gerade in dieser schlechten Zeit mehrmals Strafen wegen Zuwiderhandlung gegen die Fuhrordnung bezahlen. Das griff ihn so sehr an, daß er von der Reiminger-Brücke ins Wasser sprang. Der Lebensmüde wurde zwar bald heraufgeholt und nach dem Roabiter Krankenhaus gebracht, starb dort aber schon bald nach der Aufnahme.

Die neue Boden-Ärztengesellschaft schreibt uns zu einer am 14. d. M. beachteten Mitteilung über eine Untersuchung, daß nicht ein Ansehen den fraglichen Geldbrief unterschlug, sondern ein 18 jähriger Kanariengebilde, dem durch den zuständigen, mit 1500 M. jährlich angestellten Postexpedienten instruktionswidrig der Geldbrief zur Verforgung zur Post anvertraut wurde. Der junge Mensch, der mit dem Hefen von Alten, Schreibhilfe, Potenzen u. v. beschäftigt wurde und seit etwa 4 Wochen bei der Gesellschaft in Stellung sich befand, hatte das Anfangsgeld von 50 M. monatlich.

Ein Geldstück ist am Sonnabendabend vor acht Tagen von einem Arbeiter in einem Wagen der Straßenbahnlinie Zornstraße—Gogrowstraße verloren worden. Nachträglich hat eine Dame das Geldstück gefunden. Der Verlierer wollte sich in der Sache an Frau Aron, Ritterstr. 59, I, wenden.

Feuerbericht. Die Brandchronik der letzten 24 Stunden ist eine ungewöhnlich reichhaltige. In der Nacht zum Mittwoch wurde die Wehr nach der Jerusalemstr. 66, Ede der Lindenstraße gerufen. Hier war kurz nach 10 Uhr im dritten Stock des dritten Obergeschosses in einer Drechselwerkstatt Feuer ausgebrochen, das Holzvorräte z. ergriffen hatte. Die Wehr mußte längere Zeit mit einer Schlauchleitung Wasser geben, um die Flammen zu ersticken. Die Kleiderstücke, Möbel und Gardinen hatten kurz vorher in der Urbanstr. 178 Feuer gefangen, dessen Abkühlung indes bald erfolgen konnte. In der Hagenauerstr. 15 war gegen Abend in einem Keller ein Brand ausgebrochen, der in der Hauptache Verpackungsmaterial und allerlei Gerümpel einschloß. Einen zweiten Kellerbrand hatte die Wehr abends 8 Uhr in der Gollnowstr. 3 abzu löschen. Nach der Grolowstr. 83 wurde die Wehr gerufen, weil hier eine Holzbohle in Flammen stand. Durch Umfallen einer Petroleumlampe war in der Dieffenbachstraße 56 in einer Wohnung ein Feuer entstanden, das im wesentlichen Deden und Möbel beschädigte. Längere Zeit hatte die Wehr in der Pfleistr. 28 zu thun. Hier war auf nicht ermittelte Weise auf dem Boden ein Brand ausgebrochen, der, wie er bemerkt wurde, auch schon auf den Dachstuhl übergesprungen war. Es mußte daher tüchtig Wasser gegeben werden, um die Gefahr zu beseitigen. In der Bernburgerstr. 3 hatte die dritte Compagnie einen Brand abzu löschen, der in einer Badstube entstanden war. Gegen 9 Uhr waren in der Grenzauerstr. 18 Weidentörbe, der Boden der Treppe z. in Brand geraten, der jedoch in kurzer Zeit beseitigt werden konnte. Eine Stunde später mußte in der Kleinsir. 5 ein Feuer abgelöscht werden, das unter anderem Thüren, Fenster und Deden ergriffen hatte. Außerdem hatte die Wehr in der Zwischengasse noch in der Liegnitzerstr. 18 zu thun. Alter Hausrat hatte hier auf einem Korridor Feuer gefangen. Am Mittwochnachmittag wurde die Wehr wegen eines Schornsteinbrandes von zwei Seiten nach der Langestr. 68 gerufen. Die Feuerwehr, die mit sechs Zügen zur Stelle war, rüde nach Zurücklassung eines Beobachtungspostens sofort wieder ab. Gleichzeitig hatte die 3. Compagnie im Tiergarten zu thun. Dort standen am sogenannten Großen Weg Reiterdörme in Flammen. Um diese zu löschen, mußte die Feuerwehr mit mehreren Schlauchleitungen tüchtig Wasser geben und zwei Steckerleitungen zur völligen Abkühlung benutzen. Die Ursache des Feuers konnte nicht ermittelt werden.

Madame Sarah Bernhardt hat sich entschlossen, Donnerstag, den 6. November, mit ihrer Truppe noch einmal von Hamburg zurück zu kehren, um eine Wohltätigkeits-Vorstellung zu geben, deren Ertrag zwischen dem Deutschen Verein für Volkshygiene mit besonderer Berücksichtigung von dessen praktischen Maßnahmen gegen den Alkoholmißbrauch, sowie zwischen einer ähnlichen Bestrebung in Frankreich zu gleichen Teilen geteilt werden soll. Auf die große Bedeutung dieser hochherzigen Entschloßung hinzuweisen, dürfte wohl unnötig sein. Madame Bernhardt wird zu dieser Vorstellung ein Stück von Sudermann und zwar wahrscheinlich die „Gehmat“ wählen.

„Ein Sohn des Volkes.“ Abseits von den großen Bühnen liegen im weiten Berlin eine Reihe kleiner Theater, die allerdings in der Anzahl nicht recht zählen, aber für die Lebensanschauungen der großen Masse keineswegs ohne Bedeutung sind. Das Streben dieser Unternehmungen ist verschieden. Die eine wähnt bringt heute Schafespeare, morgen Hauptmann und übermorgen eine Posen-schmurre. Ein andres Theater fristet sein Leben damit, daß es regelmäßig die Sensationsromane eines großen Berliner Lokalblattes dramatisiert. Unter den Hunderttausenden Lesern dieses Blattes, so rechnet man, mag sich immer eine erhebliche Anzahl mit dem Verlangen finden, die bei der Unterhaltungsliteratur im Geiste gehaltenen Gestalten auch einmal leibhaftig umherzuspazieren zu sehen. Von derartigen Geschäftsunternehmungen hebt sich recht vorteilhaft das kleine Casino-Theater in der Lotzingerstraße ab. Dort wird jetzt das Volksstück „Ein Sohn des Volkes“ aufgeführt, das den Direktor des Theaters, Herrn Hans Berg und einen Herrn Hans Müller zum Verfasser hat. Man will mit diesem Stück nicht hoch hinaus, es ist schlichte Lebensmoral, die es darbietet, aber dadurch eben, daß diese schlichte Auffassung sich an schlichte Leute wendet, kommt etwas Erfrischendes zu stande. Der Sohn des Volkes ist ein lieberer Asteuermacher, der sich mit Hilfe seines früheren Prinzipals selbständig gemacht hat. In der Fabrik dieses Herrn kommt es zu einem Konflikt; an dem harten Schädel des Unternehmers prallen

alle Forderungen der Arbeiter ab. Kun soll der frühere Verwalter Streikbrecherdienste verrichten und dieser schimpflichen Zumutung weigert er sich standhaft, obgleich er weiß, daß er ruiniert ist, wenn er dem Grobunternehmer nicht zu Gefallen lebt. Schließlich wird aber auch dies Muster eines Scharfmachers weiß, als er sieht, daß Kistenmacher Schäfer ein über alle Maßen ehrlicher und braver Kerl ist. Mag es nun auch richtig sein, daß die sozialen Konflikte in der rauhen Wirklichkeit selten eine so glückliche Lösung finden, wie hier auf der Bühne des Kasino-Theaters, so heimeht die gesunde Lebensanschauung doch an und bringt das anderwärts mit plumpen Schurken gefütterte Publikum auf ernste Gedanken. Eine durchweg tüchtige Darstellung vervollständigt die Wirkung des kleinen Volksstücks.

Johannisthal. Weil man von der Regierung nichts fordern, sondern erbitten soll, wurde die von unsren Vertretern beantragte Petition gegen die Verteuerung der Lebensmittel von der Gemeindevertretung abgelehnt. Ein von dem Vertreter v. Trichsfiler gestellter Antrag, die Regierung zu bitten, für die Verbilligung der Lebensmittel Sorge zu tragen, fand dann

einstimmige Annahme. Dafür stimmten auch die beiden Landwirte in der Vertretung. — Gegen die beschlossene Einmummialisierung fortistatistisches Terrains ist von dem Vertreter v. Trichsfiler Protest eingelegt worden mit der Begründung, daß keine Ländereien, welche abseits der Görtiger Bahn liegen, durch diese Einmummialisierung an Wert verlieren würden. — Die bereits berichtet, ist die Gemeinde Nieder-Schöne-weide mit ihrer auf das gesamte Terrain zwischen der Görtiger Bahn und der Gemeinde Johannisthal gerichteten Forderung abgewiesen worden; sie soll nur einen Teil zwischen der Cammer Chaussee und Baum-schulentweg und ein Stück an der Oberpreze erhalten. Die Gemeinde-vertretung beschließt nunmehr, die Annahme dieser beiden Terrains abzulehnen, wodurch für die Gemeinde Johannisthal die Aussicht entsteht, auch dies Gebiet noch zu erhalten. Infolge dieser Ent-wicklung der Eingemeindungsfrage wird in Interessententreisen die Zusammenlegung der Gemeinden Johannisthal und Nieder-Schöne-weide wieder erörtert, nur mit dem Unterschiede, daß diese Anregung jetzt von Nieder-Schöne-weide ausgeht.

Stationen	Baromet. hoch mm	Wind-richtung	Wolke	Temper. u. c.	Stationen	Baromet. hoch mm	Wind-richtung	Wolke	Temper. u. c.
Swinemünde	770	Süd	wolfig	6	Paparanha	753	SW	2 Regen	9
Hamburg	760	W	1 wolfig	5	Hellersburg	765	SW	1 bedekt	4
Berlin	760	W	1 bedekt	5	Wolfsberg	763	SW	3 bedekt	18
Kranzbr.	765	W	1 wolfig	5	Berlin	766	W	3 wolfig	1
München	765	D	5 bedekt	4					
Wien	707	Süd	wolfig	7					

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 30. Oktober 1902.
Heimlich neblig, sonst ziemlich heiter und trocken, am Tage etwas wärmer bei mäßigen südlichen Winden.
Berliner Wetterbureau.

III. u. IV. Wahlkreis (Südost)
Wähler des II. Kommunahl-Wahlbezirks.
Donnerstag, den 30. Oktober 1902, abends 8 Uhr:
Volks-Versammlung
im Lokal von Graumann, Nauynstr. 27.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Stadtdirektors Dr. Alfred Bernstein über: Die Berliner Kommunalverwaltung, 2. Diskussion. 215/3
Zahlreichen Besuch erwartet. Das Wahlkomitee.

Achtung! Achtung!
Sechster Wahlkreis (Schönh. Vorst.)
Sonntag, den 2. November, abends 5 Uhr, im Lokale Schwedterstr. 23:
Volksversammlung.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Genossen Georg Davidsohn über: „Drei wichtige Forderungen der Sozialdemokratie“. 215/3
2. Diskussion.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein und Tanz. Zahlreichen Besuch erwartet.
Der Vertrauensmann.

Central-Krankenkasse der Maurer etc.
Sonntag, den 2. November, vormittags 10 Uhr:
Mitglieder-Versammlung
im Gewerkschafts-Verband, Engel-Ufer 15.
Tages-Ordnung:
1. Kassen- und Revisionsbericht. 2. Kassenanlegenheiten. 3. Mitgliederbuch legitimiert.
NB. Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß die Kassenliste Norden von der Schwedterstraße nach der Oderbergerstr. 39 bei Beier verlegt worden ist.
Die örtliche Verwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Berlin.
Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher Amt VII, 353.
Donnerstag, den 30. Oktober 1902, abends 8 Uhr,

Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend
im Lokal der Brauerei Friedrichshain (vormals Lipp's)
Tages-Ordnung:
1. Bericht der Lohnkommission über den Stand unsres Streiks. 2. Die Antwort der Berliner Rohrleger und Helfer auf die Vermutung der Unternehmer. 104/14
Sämtliche Unternehmer unsres Berufes sind hiermit zu dieser Versammlung eingeladen. Wir garantieren volle Redefreiheit.
Zahlreichen Erscheinen der Kollegen und ihrer Frauen erwartet.
Die Ortsverwaltung.

Bauarbeiter Berlins und Umgegend.
Wir geben hiermit bekannt, daß am
Donnerstag, den 16. Oktober 1902,
die Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend
in den Streik
getreten sind.
Jeder Rohrleger und Helfer, welcher zu neuen Bedingungen arbeitet, hat eine vom Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgestellte Legitimationskarte erhalten.
Wir ersuchen alle Rohrleger, Helfer, Kupferchmiede, Klempner usw., welche Rohrlegerarbeiten machen, von unsrem Streik zu benachrichtigen.
-Deutscher Metallarbeiter-Verband (Ortsverwaltung Berlin). J. H.: Carl Wenzelthal.

10. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 29. Oktober 1902, nachmittags.
Für die Gewinnnummern über 232 000 sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.)

59 251 499 (5000) 597 676 90 797 802 65 900 43
2010 133 59 245 509 18 600 3 727 (5000) 844 51 97 920
2472 518 607 40 753 862 3004 81 321 70 812 954 4005
7 168 230 31 440 49 520 62 860 76 5239 381 600 790
907 28 44 6047 139 238 489 99 (10000) 514 62 617 30 79
934 7116 631 32 730 69 800 943 8093 355 434 65 883
929 9087 93 135 229 (5000) 48 319 61 512 24 655 881
(5000) 928
10110 86 204 85 97 340 830 72 78 947 60 (5000)
11248 324 57 78 90 420 97 580 642 56 730 99 12248
528 22035 42 228 37 63 325 454 97 531 82 88 754 808
24000 94 294 325 25163 216 62 674 788 808 26815
(10000) 857 83 27002 3 191 424 544 82 756 98 970 28988
148 352 83 (5000) 730 835 20055 67 113 224 338 322 33 400
56 40 50 (5000) 69 638
30070 134 248 52 92 349 503 44 62 883 996 94 31178
230 38 205 90 422 29 (5000) 28 (5000) 720 69 884 (1000)
32020 156 95 (10000) 316 34 95 417 689 790 836 33119
350 60 612 (5000) 728 36 43 73 928 34086 323 785 857
35022 40 96 107 219 409 89 510 13 65 640 882 850
35055 407 645 754 37142 422 43 632 53 83 734 887
981 99 89093 157 (5000) 2118 19 394 (10000) 850 988 39630
97 109 13 20 59 212 56 704 33 958
40053 78 115 76 86 237 392 571 605 877 905 36 58
41187 834 901 422113 14 588 69 72 418 534 35 674 822
992 430294 114 37 78 97 206 313 94 412 50 505 688 826
44151 81 91 242 403 5 555 71 774 989 45035 148 337
82 507 757 945 46031 259 462 594 5 76 95 781 47076
252 355 (5000) 63 778 79 817 892 80 48010 23 254 89
308 91 450 728 818 88 985 77 49043 (5000) 115 99 282
45001 593 630 82 726 84 58 78 986
50048 339 82 436 575 688 788 805 51254 93 387 899
750 94 868 915 52071 91 198 481 83 512 623 710 33 893
618 53014 15 72 91 98 165 330 70 407 88 582 745 (5000)
68 925 54020 260 437 71 (10000) 513 902 75 55007 84
686 815 37 56004 13 285 314 95 450 600 10 827 57035
(5000) 85 659 724 44 815 955 (10000) 56132 49 216 371
577 (10000) 627 (10000) 33 82 70 (5000) 59217 309 440
(5000) 65 815 985
60024 95 234 (5000) 77 424 593 (10000) 604 77 791
805 78 61051 75 180 82 402 602 14 786 (10000) 907 43
75 87 62028 226 74 423 87 734 30 842 965 95 63018
40 363 810 (10000) 82 981 64149 524 647 773 824 30 31
960 98 65138 56 247 37 91 437 82 572 (5000) 86 849
935 (5000) 66110 31 40 51 207 463 85 647 737 879 976
(5000) 67011 110 40 (10000) 98 399 30 92 68141 240 67
90 784 87 59 739 69010 305 10 421 389 650 792 886 85 918
70045 150 301 3 40 496 512 14 87 719 997 71025 34
82 (5000) 259 83 97 336 437 526 27 39 (5000) 63 703 36
813 942 67 27378 524 688 715 26 897 903 42 73061
115 427 37 855 796 39 48 91 901 74690 124 77 345 458
819 (5000) 650 45 96 787 73 815 43 (5000) 889 75001 28
91 525 630 734 824 72 (5000) 977 76105 302 6 45 85 516
822 780 888 923 (10000) 77061 269 83 407 54 547 82 83
(10000) 688 840 983 78117 67 392 79 81 441 83 (5000)
831 905 79041 142 215 552 60 672 705 833 37
84048 202 41 355 512 81057 250 400 545 622 61
853 82339 52 470 302 798 804 916 61 83065 66
75 85 137 61 87 89 98 211 60 91 325 704 60 889 914
84175 310 (5000) 53 59 42 572 578 741 820 31 85022
594 63 689 734 96 893 921 86156 99 (5000) 345 77 402
648 (5000) 633 (5000) 87090 89 131 77 246 75 631 75
707 84 944 86174 277 82 334 48 481 899 635 78 88
80142 79 283 96 303 (10000) 437 78 506 654 75 880 995
90020 203 481 654 720 49 802 945 46 56 (5000)
91025 20 62 161 84 244 61 (5000) 489 (5000) 541 53 645
62 798 815 40 92035 39 123 278 406 33 594 731 93004
77 542 60 48 81 775 839 949 58 64 94116 34 83
97 470 630 97 804 51 96 904 55114 54 88 205 24 304
478 662 94 759 90143 647 750 802 (5000) 97067
(5000) 137 43 24 258 358 483 522 604 20 33 701 32 54
62 85 89 844 80 914 45 95 98069 89 355 (10000) 424
(5000) 589 830 55 69 947 90288 140 394 327 47 56 707
69 833 901 (10000) 93
10021 294 888 470 527 616 763 101218 577
652 90 921 97 (10000) 102069 82 57 80 180 211 12
652 63 92 904 14 80 (5000) 103000 9 57 148 263 644
890 981 104031 97 248 354 (5000) 87 413 33 (5000) 54
818 741 892 105275 83 389 (5000) 95 431 (5000) 689
(10000) 512 819 97 (10000) 800 10 (5000) 965 107013
(5000) 2 168 381 632 743 (5000) 921 108108 (5000) 70 267
742 822 65 991 109144 604 774 803 79 943 32 77
110960 349 514 668 (5000) 770 809 20 111090
400 223 87 308 587 823 916 112095 113 250 396 823
61 608 (10000) 830 113490 327 746 97 964 114059 83

10. Ziehung 4. Klasse 207. Kgl. Preuss. Lotterie.
Ziehung vom 29. Oktober 1902, nachmittags.
Für die Gewinnnummern über 232 000 sind die betreffenden Nummern in Klammern beigefügt.
(Oben Gewinne.)

108 203 52 438 (10000) 990 1051 224 308 11 489 632
61 988 2223 29 59 80 602 69 811 938 3305 33 93 468
609 13 40 727 (5000) 75 (5000) 841 (10000) 88 912 4008 59
81 (10000) 240 303 688 822 908 (10000) 5101 70 382 408
510 712 809 6062 180 93 213 35 75 417 538 52 654 806 28
22 33 7009 12 146 517 640 98 8283 345 95 744 802 75
77 9100 522 723 829 43 71 999
10084 231 408 512 20 33 683 801 31007 84 102 13
12016 35 105 568 601 19 796 13066 (5000) 231 421 511
98 88 975 89 14059 61 196 225 460 25 613 75 705 62 903
15051 (5000) 42 112 214 541 537 813 83 934 47 10441
518 622 733 60 813 17083 (10000) 236 84 326 753 56 817
18084 430 38 574 622 74 744 (5000) 71 800 2 908 10128
457 39 80 881 727 (10000) 58 (10000) 38
20072 84 108 82 584 633 1 256 394 88 542 647 734
90 563 5 14 063 780 22000 137 26 394 58 542 647 734
23118 30 245 424 785 807 87 85 24661 522 98 (10000)
584 96 670 773 868 887 25000 69 94 105 294 517 631
893 26238 350 572 612 17 710 38 826 81 992 27025
362 85 423 540 80 64 (50000) 606 83 88 797 962 25002
19 28 131 52 519 96 748 74 91 803 20047 207 62 86 309
819 937 56 75
30040 231 408 512 20 33 683 801 31007 84 102 13
57 (5000) 429 685 626 32054 58 68 109 200 501 779
33012 104 20 238 6 438 47 34011 315 (5000) 42 467
578 86 629 716 36 816 87 96 (50000) 35030 98 138 43 307
12 92 95 506 50 688 774 891 960 36044 (5000) 106 812
691 882 73 94 (50000) 993 37024 167 297 541 698 708 81
310 36172 77 425 537 70 97 674 735 74 99 920 (5000)
39099 202 351 431 80 625 53 876 93
40098 93 118 290 (5000) 64 537 719 990 41023 45
114 (5000) 295 392 404 28 82 674 629 774 42374 494
603 54 64 (10000) 68 929 76 49305 10 91 445 540 80
90 (10000) 718 55 44045 46 107 34 86 207 45 35 586 650
5045683 207 20 633 (5000) 541 532 45 65 83 627 722 81
46229 90 (5000) 900 11 53 751 976 47071 112 56 (5000)
229 365 452 5105 780 8290 484 45101 233 69 338 96 413
823 84 60 600 757 (10000) 61 73 838 904 49188 235
(5000) 87 562 638 78 785 885 4 972
50029 329 (10000) 38 476 739 99 930 51016 223
334 445 524 86 738 883 (5000) 82 526 9207 185 210 372
416 40 62 526 (5000) 71 708 34 69 594 53003 66 158 71
253 539 789 54065 353 (5000) 87 72 78 214 26 94 704 46
968 38 55079 96 120 206 331 814 47 680 (5000) 68 73 833
56007 (10000) 33 555 780 884 83 626 57107 41 279 338
79 833 62 948 58907 142 (5000) 232 94 415 82 83 622
817 59025 52 199 390 600 6 83 94 732 806 908
60000 30 45 221 39 449 681 91 710 23 98 61059
65 114 46 81 315 452 62 843 945 62188 512 915 63447
597 741 61 85 841 42 901 64046 51 99 (5000) 150 226
91 368 404 39 325 65043 76 143 91 227 589 719
66115 413 49 680 83 713 17 907 29 67083 124 62
76 91 256 91 366 429 84 660 90 710 68094 (5000) 104
15 48 78 211 52 99 782 929 48 69307 423 43 58 671
773 888 901
70083 108 69 72 310 541 65 800 47 61 827 71007
39 43 143 224 31 314 72016 110 389 43 651 807 844
979 73042 163 208 390 417 (5000) 47 528 33 824 61
96 98 74050 226 303 (5000) 83 688 662 883 75212
43 203 7 462 541 (5000) 645 64 88 76000 126 204 412
530 60 1 15 737 900 33 (5000) 83 77107 96 669 757
878 89 954 78455 550 70 651 76 938 79105 (5000)
71 214 28 341 424 37 513 700 15 98 909 97
80033 351 432 758 88 946 48 81104 97 257 (5000)
70 424 91 649 99 82009 (5000) 37 136 284 355 80 86
523 821 (5000) 93 (5000) 701 850 83005 89 182 85 484
564 615 17 98 758 846 70 71 84 84080 104 (10000) 257
45 67 878 85173 247 314 474 (5000) 500 13 29 69 768
822 84230 355 459 638 98 57071 257 89 379 465 577
642 603 61 78 949 63 94 88101 (10000) 30 95 303 425
62 575 687 902 50 69 89089 137 46 93 390 429 59
585 784 956
90064 185 (10000) 430 39 544 603 860 90 91141
90 255 63 460 828 37 708 911 40 471 62058 60 90
496 578 848 981 93018 23 85 200 478 571 625 741 922
44 84026 83 387 91 410 684 788 95018 18 234
325 26 94 97 419 605 85 703 628 98005 128 36 304 67
475 869 (5000) 2 97389 477 689 55 59 74 (5000)
65 723 56 830 5 233 316 99 831 747 61 73 967 99015
46 57 110 51 335 427 (10000) 49 740 890 967 (5000) 82
60 10029 292 (10000) 61 66 10112 78 266 388
465 750 74 811 59 945 102049 788 (5000) 968 103027
242 307 90 575 610 83 888 104148 87 224 78 797 911
25 43 95 105323 100 80 203 377 453 685 (50000) 824 92
104545 744 801 915 107111 34 300 54 462 561 602
724 (5000) 20 916 26 77 108238 324 66 439 49 94
592 799 890 109120 280 850 90 607 86 (50000) 818
(5000) 851 (50000)
110024 187 206 47 58 406 648 794 805 919 111149
296 97 416 94 680 838 112078 181 252 60 95 376
588 779 844 850 56 113019 167 92 296 950 114120
(5000) 229 373 455 93 781 817 115170 71 (5000) 286
62 378 448 (5000) 873 681 97 749 74 808 86 116213

577 023 117066 68 112 409 522 644 88 741 118128
225 35 79 367 552 707 (50000) 27 902 119330 62
(5000) 501
120133 302 71 467 765 929 91 121184 605 744
837 71 122419 720 817 123146 96 310 55 57 97
58 434 638 736 828 40 91 124107 55 215 17 406 563
97 549 729 (50000) 964 126000 239 (5000) 628 (500)
904 (5000) 328185 427 64 95 627 87 808 71 (500)
120133 302 71 467 765 929 91 121184 605 744
743 88 120009 94 170 261 63 369 608 694 26 741 800
(5000) 94
130195 96 254 (5000) 88 411 563 77 679 716 31 897
10 943 59 93 131187 (5000) 211 386 778 905 (5000)
132008 (5000) 238 509 688 736 892 133406 173 253
68 631 744 935 134008 20 60 210 395 720 89 873 (500)
77 88 905 (5000) 135089 (1000) 183 257 344 405 82
626 (5000) 89 735 845 46 999 136097 139 281 328 61
420 60 80 895 679 728 825 137151 295 363 432 513
818 989 138188 376 471 74 139090 292 (5000) 415
41 594 76 84 675 737
140194 96 256 60 574 605 726 29 982 95 141129
87 210 42 96 355 501 37 88 (50000) 753 88 842 64
142188 230 72 335 66 401 57 85 554 38 728 69 820
993 143000 83 99 185 387 97